neue

Detlev Claussen — Der Tod Ho Chi Minhs, die vietnamesische Revolution und die revolutionäre Bewegung in den Metropolen / SDS-BV und VDS — Die Liquidierung des VDS / Joscha Schmierer-Günther Mangold — Der SDS-BV ist durch die Liquidation des VDS nicht zu retten — Ein Beitrag zur Flurbereinigung / Helge Sommerrock — Thomas Schmitz-Bender — Klassenkampf gegen Wahlkampf / Wolfgang Lefevre — Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 1969 für unsere Arbeit / Hannah Kröger — Die organisatorische Situation in Berlin / Francesco Clafaloni — Carlo Donolo — Gegen das falsche Bewußtsein in der italienischen Studentenbewegung

kritik

1969 54

3	*Detlev Claussen*	Der Tod Ho Chi Minhs, die vietnamesische Revolution und die revolutionäre Bewegung in den Metropolen
8	*SDS-BV und VDS*	Die Liquidierung des VDS
18	*Joscha Schmierer* *Günther Mangold*	Der SDS-BV ist durch die Liquidation des VDS nicht zu retten — Ein Beitrag zur Flurbereinigung
29	*Helge Sommerrock* *Thomas Schmitz-Bender*	Klassenkampf gegen Wahlkampf
41	*Wolfgang Lefevre*	Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 1969 für unsere Arbeit
49	*Hannah Kröger*	Die organisatorische Situation in Berlin
62	*Francesco Ciafaloni* *Carlo Donolo*	Gegen das falsche Bewußtsein in der italienischen Studentenbewegung

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 54, Juni 1969, 10. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Die Redaktion dieser Nummer besorgten:
Meino Büning, Detlev Claussen, Udo Knapp, Reimut Reiche, Monika Steffen
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon (0611) 748670
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Detlev Claussen

Der Tod Ho Chi Minhs, die vietnamesische Revolution und die revolutionäre Bewegung in den Metropolen

> Beharrlich brachte ich ein einziges Argument vor: „Wenn Sie den Kolonialismus nicht verurteilen und sich nicht an die Seite der unterjochten Völker stellen, was soll Ihre Revolution dann überhaupt?“[1]

Kein anderes weltgeschichtliches Ereignis seit Jahrzehnten hat den Begriff der *Weltrevolution* so sehr aktualisiert wie die vietnamesische Revolution. Hatten noch die chinesische und die kubanische Revolution die Macht im Staate im Schatten der Weltgeschichte ergreifen können, d. h. zunächst ohne langandauernden bewaffneten Kampf gegen die geballte militärische Potenz der imperialistischen Führungsmacht USA und zugleich ohne den permanenten Abwiegelungsdruck der revisionistischen Führungsmacht Sowjetunion, so hat die vietnamesische Revolution alle diese Widersprüche als Zentrum der weltgeschichtlichen Kämpfe aushalten müssen. Insofern war und ist die vietnamesische Revolution die bedeutendste *praktische* Revisionismuskritik, weil sie die Notwendigkeit des *gewaltsamen* antiimperialistischen Kampfes zum praktischen Bedürfnis der Revolutionäre aller Länder konkretisiert hat. Die Bedeutung Vietnams hat Che Guevara in seinem bekannten Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL deutlich ausgesprochen, indem er die Revolutionäre der 3. Welt aufrief: „Es ist die Stunde, unsere Differenzen zurücktreten zu lassen und alles in den Dienst des Kampfes zu stellen.“[2] In diesem Sinne schuf die vietnamesische Revolution auch die Möglichkeit, daß sich in den Metropolen unabhängige antiimperialistische Bewegungen konstituierten, die den Imperialismus auf eigenem Boden angreifen konnten. Als vereinheitlichendes Moment der revolutionären Kräfte hat die vietnamesische Arbeiterpartei durch den besonderen Einfluß Ho Chi Minhs gewirkt: für die aktuelle vietnamesische Revolution ist die Einheit der kommunistischen Parteien notwendig, da der gigantische Kampf gegen den US-Imperialismus nicht ohne Unterstützung der VR China und der UdSSR zu Ende gekämpft werden kann. Ho Chi Minh hat in seinem politischen Testament dieser Notwendigkeit

[1] Ho Chi Minh zu den französischen Sozialisten Anfang der 20er Jahre in „Mein Weg zum Leninismus“ (1960), veröffentlicht in Ho Chi Minh „Revolution und nationaler Befreiungskampf“, München 1968, S. 26.
[2] Che Guevara „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“, Berlin 1967, S. 14.

Ausdruck verliehen; in dem Bewußtsein, daß der Imperialismus nicht an der chinesisch-sowjetischen Grenze geschlagen wird. Dennoch hat dieser Appell objektiv an Macht verloren; die Widersprüchen im sozialistischen Lager sind anscheinend nicht mehr zu überbrücken. Aber die Sache der revolutionären Bewegungen ist es nicht, sich begriffslos oder auch geschickt apologetisch auf eine der beiden Seiten zu schlagen. Das ist die große Lehre der vietnamesischen Revolution: Die Unabhängigkeit der Strategie ist die Bedingung für eine erfolgreiche revolutionäre Führung. Der außenpolitische Druck auf die vietnamesische Führung (die Sowjetunion will entscheidende Verhandlungen, die VR China fordert zum langandauernden Volkskrieg auf, der militärisch die Imperialisten schließlich verjagen soll) ist von Ho Chi Minh in der taktischen Devise „kämpfen *und* verhandeln" neutralisiert worden. Doch gerade hier zeigt sich, daß die Perspektive der Sowjetunion der defensive, großmachtpolitische Kompromiß ist, den sie einer Revolution nur aufzwingen kann — eine Politik, die dem Imperialismus entgegenkommt. Die Führungsrolle im sozialistischen Lager hat die Sowjetunion objektiv verloren, als sie duldete, daß ein integrer Bestandteil dieses Lagers Opfer einer imperialistischen Aggression wurde. Doch erst in Zukunft wird sich entscheiden, ob sie überhaupt noch unter die sozialistischen Länder gerechnet werden kann. Deshalb müssen wir die chinesischen Vorwürfe studieren, ihre Sozialimperialismustheorie im Verband diskutieren; denn für die westeuropäischen Metropolen ist es lebensnotwendig, die objektiven Ursachen für die tendenziell immer konterrevolutionärere Rolle der Sowjetunion zu analysieren. Daß die revisionistischen KPs zur Revolution weder fähig noch willens sind, wissen wir — aber um einen Begriff von unseren revolutionären Möglichkeiten zu bekommen, müssen wir wissen, ob die sogenannten sozialistischen Systeme der Länder Osteuropas als *System* konterrevolutionär sind — dann bedarf es einer neuen Revolution und nicht nur einer neuen Führung. Das Reden von Cliquen, Zaren und so weiter stellt (ebenso wie das ewige Beschwören der Bürokratien auf Seiten der Trotzkisten) mehr oder weniger Deskriptionen und Rationalisierungen dar, die eine objektive Analyse nicht ersetzen können.

Auch aus diesem Grunde können wir uns nicht zu Apologeten der chinesischen Position machen. Wenn auch die Denunziation von Verhandlungen als amerikanischer Täuschungsmanöver im allgemeinen zugestimmt werden kann und wenn wir auch Lin Biaos internationalistische Aussagen[3] ernst nehmen, so ist doch die Außenpolitik eines sozialistischen Staates von anderen Gesetzen bestimmt als der Internationalismus einer revolutionären

[3] Lin Biao: „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" in: „Peking Rundschau" Nr. 37, 1965: „Es sind Tagträume, wenn irgendjemand meint, daß auch wir, da unsere Revolution siegreich ist, unser nationaler Aufbau voranschreitet, unser nationaler Reichtum größer wird und unser Lebensstandard sich hebt, unseren revolutionären Kampfgeist verlieren, die Sache der Weltrevolution aufgeben und den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus beiseite lassen."

Bewegung. Die Strategie der USA, die VR China zu isolieren, ist bekannt — anders als politische Gegenmaßnahme ist das chinesische Bündnis mit Pakistan, das von einer konterrevolutionären Militärclique regiert wird, nicht zu erklären. Die Objektivität der Interessen eines sozialistischen *Staates* darf keinesfalls unterschätzt werden — selbst in der revolutionären Periode der Sowjetunion kamen deshalb Konflikte mit revolutionären Bewegungen zustande, die schließlich zur Liquidation der Komintern führten und zur konterrevolutionären Unterwerfung der sogenannten Bruderparteien unter die Außenpolitik der Sowjetunion.
Ein weiteres Element der chinesischen Außenpolitik ist die Unterstützung der ML-Organisationen, die besonders in Lateinamerika eine klägliche Politik gemacht haben.[4] Wenn wir auch im allgemeinen damit übereinstimmen, daß die revisionistische Politik entlarvt und öffentlich kritisiert werden muß, so dürfen wir doch a) nicht den Hauptfeind im Revisionismus sehen und müssen b) die Organisationsformen nach den revolutionären Notwendigkeiten unserer aktuellen Gesellschaft bestimmen.[5] Die notwendige Selbständigkeit revolutionärer Politik muß auch auf unser Verhältnis zu vietnamesischen Organisationen angewandt werden: Ihre außenpolitische Bündnispolitik läßt sie häufig mit Organisationen paktieren, die in unseren Regionen revolutionsbehindernde Faktoren sind.

[4] „Deshalb haben alle neuen *politischen* Organisationen, die nach Kuba entstanden sind, und alle Parteien oder „marxistisch-leninistischen" Gruppen, die sich gebildet haben, um (wenn man ihren Erklärungen glauben soll) den durch die „Revisionisten" sabotierten bewaffneten Kampf zu beschleunigen, ihr Ziel nicht erreicht. Mehr noch, um ihren Anspruch, als einzige die Stellung einer politischen Avantgarde einzunehmen, zu verteidigen, sind diese Organisationen dazu übergegangen, den bewaffneten Kampf überall dort zu sabotieren, wo er noch aussteht; sie finden sich in manchen Punkten auf der Seite der Führungen und der Parteien wieder, von denen sie sich getrennt hatten und sie verdammen nun jene, die ihre Propaganda in die Praxis umsetzen: Sie sind Gegner in den Worten, aber Partner in der Praxis.... Aber sehr schnell drängen ihre Arbeitsmethode, der hörbare Opportunismus ihre politischen Linie, die heuchlerische Sabotage ihrer eigenen offiziellen Richtung gegenüber dem bewaffneten Kampf die revolutionären Schichten und vor allem die Jugend dieser Organisationen dazu, sie zu verlassen.... Auf jeden Fall haben sie (die von den genannten Gruppen enttäuschten Revolutionäre, D. C.) verstanden, daß sich die Spaltung der kommunistischen Parteien, als Folgeerscheinung der internationalen Polemik, auf einer falschen Ebene abspielt und daß die wirkliche, historische Trennung von revolutionären Marxisten und den anderen eine andere Qualität besitzt, und sich auf einer anderen Ebene vollzieht." (S. 130—131)

[5] Das dogmatische Übernehmen marxistisch-leninistischer Organisationsmodelle verkommt unter den Bedingungen der Metropolen entweder zu einem massenmythologisierenden Narodowolzentum im Namen des „Dem Volke dienen" oder zu sektenhaften Zetereien, um einzelne Sätze Mao Tse Tungs. Dennoch können wir die Kritik an vielen ML-Gruppen niemals ohne Selbstkritik üben, da die metropolitanischen Bewegungen beide Momente objektiv täglich reproduzieren. Das liegt an dem immer noch unhistorischen, daher zum Dogmatismus neigenden Selbstverständnis der europäischen Avantgardegruppen, da der historische Materialismus von ihnen noch nicht zu einer adäquaten Kritik ihrer Gesellschaften fortentwickelt worden ist.

Durch den außenpolitischen Druck, unter dem die Vietnamesen handeln, ist das verständlich, aber wir dürfen keineswegs dazu neigen, solche Vorgänge zu verschleiern oder zu apologetisieren.[6] bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen im sozialistischen Lager, die auch in Vietnam zu politischen Konsequenzen nach dem Tode Hos drängen, müssen wir für unsere Bewegung uns einen authentischen Standpunkt erarbeiten — die Streitereien zwischen „Maoisten", „Castristen" oder sonst wem zeigen nur die Unreife unserer Bewegung an, wo die strategischen und taktischen Konflikte nicht im Fortschritt der revolutionären Praxis entschieden werden. Das müßte eine Lehre aus Ho Chi Minhs politischer Praxis für uns sein.

Der Tod Ho Chi Minhs ist von den neuen revolutionären Bewegungen in den Metropolen kaum als das politische Ereignis begriffen worden, das es in Wirklichkeit darstellt. Nicht nur, daß die Autonomie der vietnamesischen Position durch den Verlust der Autorität Hos ernsthafter denn je von außen tangiert wird, nicht nur, daß die taktischen Fähigkeiten Ho Chi Minhs in der Phase „kämpfen und verhandeln" dringend benötigt wurden und schließlich, daß Ho das Symbol der Einheit von Norden und Süden Vietnams darstellte, stellt eine Schwächung der revolutionären Bewegung dar, sondern der Mangel an Internationalismus, der in den letzten eineinhalb Jahren in den Metropolen entstanden ist, sollte uns zu einer neuen Reflexion dieses Komplexes zwingen. Im SDS ist mit der „Wendung an die Basis" der Internationalismus zu einem spezifischen Projektbereich geworden; wir haben die internationalen Auseinandersetzungen zu einem Moment unserer Bewegung degradiert; statt unsere Bewegung als Moment dieser internationalen Auseinandersetzungen zu verstehen. Die zentrale Legitimation unserer Bewegung gegen die Realpolitiker, die auf die Zusammenbruchskrise warten, oder die Akademisten, die erst das neue „Kapital" schreiben wollen, war doch die, daß im Weltmaßstab durch die sozialrevolutionären Bewegungen der Dritten Welt eine revolutionäre Situation gegeben ist.[7] Aus diesem Zusammenhang darf auch die Repolitisierung der Metropolen nicht gelöst werden. Schon Fanon hatte gesehen, daß die europäischen Massen sich im Gefolge des Kampfes der Dritten Welt ihrer historischen Aufgabe bewußt werden;[8] jedoch ist ein historisches Bewußtsein erforderlich, daß die Rolle der europäischen Massen im Bezugsrahmen der Dritten Welt interpretiert wird: „Wenn man den Aufbau des Sozialismus in Europa streng von den Beziehungen der Dritten

[6] Unter diplomatischen Vorwänden folgt im Juni 1969 eine FNL-Delegation nicht einer schon angenommenen SDS/VDS-Einladung; während eine Delegation im Herbst auf Einladung der Friedensgesellschaft in der Hamburger Universität sprach.

[7] vgl. Oskar Negts Einleitung zu „Die Linke antwortet Jürgen Habermas", Frankfurt 1968, S. 23.

[8] Frantz Fanon „Die Verdammten dieser Ende", Frankfurt 1966, S. 83, vgl. auch Sartres Vorwort, S. 25.

Welt trennt (als hätten wir lediglich diplomatische Beziehungen zu ihr), so gibt man, wissentlich oder nicht, der Ausnutzung des kolonialen Erbes den Vorrang vor der Befreiung der unterentwickelten Länder; dann will man mit den Früchten imperialistischer Räuberei einen Sozialismus des Luxus errichten — wie man innerhalb eines *gang* die Beute mehr oder weniger gerecht verteilt und den Armen ein bißchen davon abläßt, unter dem Zeichen der guten Werke, dabei aber vergißt, daß sie es sind, die man beraubt hat."[9] Nicht nur, daß wir in Unterschätzung unserer eigenen Praxis im Vergleich zum Guerillakrieg eine unserer historischen Aufgaben verdrängt haben, nämlich den politischen Druck auf den Imperialismus in der Heimat unerträglich zu machen, sondern wir sind sogar in internationalistischen Fragen auf ein sektiererisches Niveau herabgesunken. Zwei Beispiele: Unter der schönen Parole „Liquidation des abstrakten Internationalismus" haben wir z. B. eine Angola-Kampagne führen wollen, die höchstens einen tertiären Stellenwert in unserer Politik einnimmt. In der Frage des Nahen Ostens haben wir monatelang darum gestritten, ob Al Fath oder FDPLP die revolutionäre Organisation sei, ohne die palästinensische Revolution im Kontext der arabischen und deren Rückwirkungen auf die Metropolen eingehend zu analysieren. Die umfassende Aufgabe für die Zukunft muß die Erarbeitung einer Imperialismustheorie sein, die unsere Strategie wie Aktionen und Agitation besser fundiert als bisher — was keineswegs heißen soll, daß wir unsere mangelhaften Versuche von Aktion und Aufklärung für die sich befreienden Völker der Dritten Welt aufgeben sollten. Ohne eine solche adäquate Theorie des Imperialismus werden wir keine objektive Kritik der hochindustrialisierten Klassengesellschaften leisten und keine Erkenntnis ihrer Bewegungsgesetze haben können, ohne die erfolgreiche revolutionäre Politik nicht möglich ist. [10]

[9] Marcel Péju „Mourir pour de Gaulle?" zitiert nach Fanon a. a. O. S. 80.
[10] „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart." (W. J. Lenin „Was tun?", Werke Bd. 5, S. 379).

Erklärung der Bundesvorstände des SDS und VDS
Die Liquidierung des VDS

Die gesamte erste Druckauflage dieser Erklärung wurde durch das Arbeitsgericht Bonn indiziert. Wir drucken nachstehend den Beschluß ab, der auch die ehrverletzenden Passagen enthält:

Arbeitsgericht Bonn
2 Ga 4/69

Beschluß

In der einstweiligen Verfügungssache
1. der Gabriele W i t t, wohnhaft in 53 Bonn, Kronprinzenstr. 41,
2. des Norbert Günter E h r l i c h, wohnhaft in 53 Bonn, Kurt-Schumacher-Str. 42 —

Antragsteller,
Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte H. G. Will und Peter Will, 53 Bonn, Meckenheimer Str. 42 —
gegen
1. den Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften — VDS — 53 Bonn, Georgstr. 25—27, vertreten durch die Mitglieder des Vorstandes Michael Wolf, Frank Wolff, Julian von Eckardt, und Hannes Heer,
2. den Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes — SDS —, vertreten durch die Mitglieder des Vorstandes Udo Knapp, Monika Steffen, Klaus Behnken, Burkhard Blum, Udo Riechmann, 6 Frankfurt, Wilhelm-Haupt-Str. 6,

Antragsgegner,
hat das Arbeitsgericht in Bonn durch Gerichtsassessor Dr. Klempt am 9. 9. 1969 wegen Dringlichkeit der Sache ohne mündliche Verhandlung

b e s c h l o s s e n :

1. Den Antragsgegnern wird unter Androhung der höchstzulässigen Geld- oder Haftstrafe aufgegeben, die Behauptung zu unterlassen, die Angestellten des Antragsgegners zu 1. — mit wenigen Ausnahmen — fühlten sich mehr den Bonner Ministerialbürokratien, dem CIA, dem BND und reaktionären Studentenorganisationen verpflichtet als dem Antragsteller zu 1. und leisteten praktisch Spitzeldienste, betrieben Obstruktion, angefangen von Gegenständen im Buchungskomputer bis zu permanent defekten Druckmaschinen;

2. Den Antragsgegnern wird aufgegeben, die Gesamtauflage der gemeinsamen „Erklärung der Bundesvorstände des SDS und VDS", in der die im Antrag zu 1. wiedergegebene Behauptung enthalten ist, an den Gerichtsvollzieher herauszugeben.
3. Die Kosten des Verfahrens werden den Antragsgegnern auferlegt.
4. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 3000,— DM festgesetzt.

Gründe:

Die Antragsteller haben durch Vorlage einer eidesstattlichen Versicherung glaubhaft gemacht, daß die Antragsgegner eine Erklärung verbreiten wollen, in der behauptet wird, die Angestellten des Antragsgegners zu 1. fühlten sich — mit wenigen Ausnahmen — mehr den Bonner Ministerialbürokratien, dem CIA, dem BND und reaktionären Studentenorganisationen verpflichtet als dem Antragsteller zu 1. Die Antragsteller werden durch eine Behauptung dieses Inhalts erheblich in ihrer Ehre verletzt. Sie haben glaubhaft gemacht, daß die Verlautbarung ihrem Inhalt nach unwahr ist. Den Antragsgegnern war daher gemäß §§ 940, 935 ZPO — und zwar gemäß § 944 ZPO durch Entscheidung des Vorsitzenden allein — die Verbreitung der Erklärung zu untersagen.

Die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts im Hinblick auf den Antragsgegner zu 2. ergibt sich aus § 3 Abs. I ArbGG.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 46, ArbGG 91 ZPO, die Entscheidung über den Streitwert auf §§ 61 ArbGG, 3 ff. ZPO.

gez. *Dr. Klempt*

Was in Köln und Göttingen als Hintertreppengeflüster aus den Ministerien, als Drohung der Technokraten, als Wehgeschrei der rechten Studentenfunktionäre und als Gespenst der liberalen Asta-Vertreter kursierte, muß jetzt bewußt und offensiver als auf beiden Mitgliederversammlungen vom SDS betrieben werden: die Liquidierung des VDS.

Die Bundesregierung hat uns mit der befristeten Aufforderung zur Rückzahlung von 160 000,— DM aus früheren Amtsperioden gezwungen, beschleunigt eine Diskussion zu führen, die viererlei beinhalten muß, wollen wir uns nicht kommentarlos diesen „Dachverband" von den Technokraten aus der Hand nehmen lassen.

1. Eine Beschreibung derjenigen Epoche von Studentenpolitik, deren Träger der VDS war und damit eine Beschreibung des Bewußtseinshorizontes der Studenten, die ihre Interessen in dieser Institution und von ihren Funktionären vertreten sahen.
2. Eine Analyse der Fehler, die bei der Übernahme und in der nachfolgenden Zeit der politischen Arbeit gemacht worden sind.
3. Eine Analyse der Bedingungen und der Zustände der radikalen sozialistischen Studentenbewegung, die den SDS-Bundesvorstand in Göttingen dazu bewogen haben, den Verband zu übernehmen.
4. Schließlich Konsequenzen für die zukünftige Organisation der sozialistischen Studenten an der Hochschule und darüber hinaus.

Zu 1:
Das Dilemma des alten VDS hat sich uns konkret und in seiner vollen Tragweite als tatsächliches unüberwindliches Hindernis für eine Funktionalisierung des VDS für die praktischen Belange der Studentenbewgung, für die Umwandlung in einen „sozialistischen Kampfverband" erst nach der Übernahme vom 3. Juni 1969 bis jetzt Schritt für Schritt dargestellt.
Wie oberflächlich und alibicharakteristisch derjenige Teil der Institution war, der sich verbalradikal in den letzten Jahren der radikalen Studentenbewegung und ihren Forderungen zugekehrt hatte, läßt sich an der Haltung der Angestellten im VDS beschreiben, die von ihrem politischen Selbstverständnis her sich eher den etablierten Institutionen des bundesrepublikanischen Machtapparates als dem neuen sozialistischen Vorstand verpflichtet fühlten. Sie blieben — mit wenigen Ausnahmen — verstrickt in die offiziösen Unterholzgefechte der Bonner Regierungsbürokratie.
Ein zweites Beispiel, wie eng die Organisation eingefügt war in die Belange der reaktonären antikommunistischen Bonner Lobby, wie tief sie verstrickt war in das re-education-system des Kalten Krieges, ist die Otto-Bennecke-Stiftung: organisatorisch dem VDS angegliedert, waren die VDS-Vorstände gleichzeitig im Vorstand dieser Stiftung, die während der Kalten-Kriegs-Zeit offiziell die Funktion hatte, Zonenflüchtlingen ein Stipendium an bundesrepublikanischen Hochschulen zu ermöglichen, tatsächlich aber integriert war in das Spionagesystem westlicher Abwehr. Nach dem Bau der Mauer ist begonnen worden, das gleiche Prinzip auf Studenten aus den Entwicklungsländern anzuwenden. So fanden wir die groteske Situation vor, daß sich im Bürohaus des VDS die verschiedenen Spionageorganisationen um das Erstinformationsrecht prügelten.
An diesen beiden prägnanten Beispielen läßt sich klarmachen, daß man sich im VDS objektiv nur im Sinne der Verschleierung den Ansprüchen der radikalisierten AStAs gebeugt hatte, und daß die Vorstände in einer wahren Schizophrenie — soweit sie radikalere Interessen vertraten — innerhalb dieser Institution gearbeitet hatten, ohne tatsächlich organisationspraktische Veränderungen durchsetzen zu können. Indessen mußte mit Fortschreiten der antiautoritären Studentenbewegung und unter dem Legitimationsdruck der AStAs der VDS in Konflikt mit seiner reaktionären Struktur geraten. Die Aufnahme der meist aus dem SDS entstandenen Basis- und Projektgruppen in den Verband mußte diesem unter solchen Umständen als eine Art Fata Morgana erscheinen, in der die formalisierte Institution VDS und die lebendige politische Organisation fein harmonisierten, ohne daß man in Wirklichkeit mit der institutionellen Tradition radikal gebrochen hätte.
Will man — abgesehen von der irreversibel reaktionären Struktur der VDS-Bürokratie — den Bewußtseinshorizont derjenigen Studenten beschreiben, die im VDS und den repräsentativen formaldemokratischen Gremien, Studentenparlament und AStA, ihre Interessen wie vage auch immer vertreten sahen, so muß man zwei Dinge trennen:

Die faktische Politisierung der AStAs (z. B. Berlin) im Sinne einer technischen und finanziellen Unterstützungsfunktion für die Hochschulrevolte, und das Bewußtsein der AStA-Funktionäre und derjenigen halbpolitisierten Evolutionäre, die — allen unseren damaligen Interpretationen zum Trotz — einen großen Teil derjenigen Massen ausmachten, die wir an den Hochschulen mobilisiert haben.
Die faktische Veränderung der AStA-Funktionen zugunsten der Revolte hat die vds-Funktionäre gezwungen, sich das Mäntelchen der Revolte umzuhängen, sonst hätten sie sich nicht mehr als legitime Vertreter der „Gesamtstudentenschaft" fühlen können. Die AStA-Funktionäre ihrerseits sahen sich spätestens seit Beginn des Streiksemesters dem Druck der vom SDS propagierten Basis- und Projektgruppen ausgesetzt.
Während die tatsächlichen politischen Entscheidungen längst in plebiszitären Versammlungen der einzelnen Fächer, Institute und der Gesamthochschule unter Führung der einzelnen informellen SDS-Kader gefällt wurden, hat der SDS diese Führungsrolle niemals bewußt in Bezug auf jene parlamentarischen Studentengremien wahrgenommen, in der Weise, daß er eine klare Entscheidung in Hinsicht auf ihre Existenz gefällt hätte. Pragmatisch benutzt und teilweise funktionalisiert hat er sie fast überall; aber in ihren Resten von Legitimation sind sie bestehen geblieben, wobei gleichzeitig das Bewußtsien ihrer Legitimität beim liberalen Teil der studentischen Massen erhalten geblieben ist. D. h. im Bewußtsein eines großen Teiles der antiautoritär Mobilisierten und teilweise im Bewußtsein der Genossen selber sind niemals die Basisgruppen zu legitimierten Organisationsformen geworden, sondern die Parlamente und AStAs sind es geblieben.

Zu 2.
Wenn man die verschiedenen Bedingungen analysiert, die in die Entscheidung des SDS-Bundesvorstandes eingegangen sind, den vds-Vorstand zu übernehmen, dann muß man die Art der Kompromisse beschreiben, die wir auf der Göttinger Mitgliederversammlung gemacht haben. Das Publikum der MV ist von uns niemals gesehen worden als ein von denjenigen universitären Gremien, die die Politik an den Hochschulen praktisch bestimmten, von den verschiedenen Vollversammlungen plebiszitär legitimiertes, sondern als zusammengesetzt aus antiautoritär angesteckten liberalen Funktionären. Da nur an wenigen Hochschulen die vorpolitische Funktionärsstruktur der AStAs vom SDS zerschlagen worden war, konnte diese Mitgliederversammlung auch gar nicht anders strukturiert sein. Von da her definiert sich ein selbstverständliches taktisches Verhältnis des SDS-Bundesvorstandes zu der Öffentlichkeit dieser MV. Legitimationsebene für das weitere politische Vorgehen waren für uns die SDS-AStAs, die sich regelmäßig zu Fraktionssitzungen neben der MV trafen. Dieser Fraktion gegenüber legitimierte sich der BV im Bewußtsein, daß dies die Vertretung der plebiszitären Basis- und Projektgruppen war.

Unser Konzept in Bezug auf die künftige Funktion des vds war bestimmt von einer Einschätzung technokratischer Reform, in deren Vollzug die Reste bürgerlich-demokratischer Studentenvertretung abgeschafft werden sollten, aus genau entgegengesetzten Motiven, aus denen heraus wir das Bewußtsein traditioneller Interessenvertretung abschaffen müssen. Für die Übergangszeit bis zur Abschaffung der AStAs und des vds durch die Technokraten sahen wir die Chance, diejenigen lokalen Ansätze politischer Arbeit, die die Revolte fachspezifisch hervorgebracht hatte, überregional zu organisieren und damit eine pragmatische Organisation dieser Projekte nach der Auflösung der AStAs für die Bewegung zu sichern. Damit sollte eine Diskussion in Gang gesetzt werden, die die antiinstitutionellen, antiautoritären SDS-Kerne zwingt, sich mit den strategischen Problemen zukünftiger Organisation der Studenten in einer realitätsbezogeneren Weise auseinanderzusetzen.

An der naiven Struktur unserer Kompromisse im Rahmen der Satzungsdiskussion läßt sich die ganze Bewußtseinsambivalenz der antiautoritären Bewegung beschreiben: von den oben beschriebenen Zielen her glaubten wir den Verband ganz machtpolitisch in die Hand bekommen zu müssen, ohne an die verheerenden Bewußtseinsfolgen zu denken, die es haben muß, wenn man den Vorstand mit allen politischen Machtbefugnissen ausstattet, ein parlamentarisches Legitimationsgremium wie den Zentralrat aber nicht gleichzeitig entmachtet. In Bezug auf diesen Zentralrat sind wir so verfahren, als sei der SDS eine identitätsbewußte sozialistische Organisation mit klaren bündnispolitischen Vorstellungen, für die ein gemeinsames Funktionalisieren des Zentralrates für die Politik des SDS eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Da die antiautoritäre Bewegung niemals Ansätze zu einem eigenen, über einen vagen plebiszitären Rahmen von Spontaneität hinausgehenden Legitimationsbegriff hervorgebracht hat, haben wir durch diesen Satzungskompromiß das reaktionäre bürgerliche Legitimationsbedürfnis der antiautoritär Mobilisierten noch fester an die letztliche Funktionsfähigkeit solcher Gremien gebunden. In den Fraktionssitzungen haben wir den Kompromiß zwar als solchen gekennzeichnet, haben aber die noch in der Negation bürgerlicher Legitimation steckende Fixierung undurchschaut belassen.

Wenn man diese Mängel antiautoritären Bewußtseins heute klarer beschreiben kann, so hat sich der BV damals faktisch so verhalten, als sei er tatsächlich die politische Vertretung einer realitätsbewußten sozialistischen Bewegung und nicht eine zwischen technischen und vordergründig agitatorischen Bestimmungen ihre politische Identität suchende Instanz.

Am Verhalten der Heidelberger Gruppe ist dann auch ganz deutlich geworden, in welch kleinbürgerlicher Weise selbst Genossen noch fixiert sind an ein bürgerliches Legitimationsverständnis. Die Heidelberger Genossen haben das, was an Konflikten in den Fraktionssitzungen aufgebrochen war, aus diesem falschen Legitimationsbedürfnis heraus in die Öffentlichkeit der MV getragen und damit zu einer falschen Aufwertung dieser MV

und ihrer satzungsmäßigen Organe beigetragen. In einer dämonisierten Überhöhung der Machtansprüche des BV hat die Heidelberger Gruppe sich hinreißen lassen, sich zu Sprechern und Vertretern der „geknechteten" und „lernbegierigen" liberalen AStA-Vertreter gemacht. Dabei braucht nicht in Abrede gestellt zu werden, daß auch die Heidelberger unklar denjenigen Teil des halbpolitisierten Potentials im Auge gehabt haben, demgegenüber wir Politisierungsfunktionen haben; aber sie haben die Aufklärung dieses Potentials verwechselt mit der Aufklärung der Funktionäre. Dieses Verhalten der Heidelberger Genossen folgt im wesentlichen den lokalen Bedingungen ihrer Hochschulrevolte. Hinzu kommt, daß die Angriffe der Staatsgewalt auf den Heidelberger AStA sich unglücklicherweise in die Heidelberger Auffassung von institutioneller Politik einfügen. Diese Politik bestimmt zwar Doppelstrategie, Bündniskriterien und Funktionalisierung, ohne aber die Folie sozialistischer Kriterien, auf deren Hintergrund solche institutionelle Politik erscheinen muß, tatsächlich zu explizieren.
Das hat sie zu einer strategischen Überhöhung ihres AStA verführt und ihr machtpolitisches Interesse am vds mitbestimmt.
Der vds-Vorstand war von Beginn seiner Arbeit an durch die Überlagerung der politischen Arbeit mit den unklaren bündnispolitischen Ansprüchen der Heidelberger Genossen in eine defensive Rolle gedrängt. Das Zusammengehen des Heidelberger SDS mit den linksopportunistischen AStAs ala Freiburg zwang den vds-Vorstand, an den Universitäten Abwehrgefechte in Form von Austrittsdebatten zu führen. Diese Debatten waren nicht geeignet Klarheit in Bezug auf die Notwendigkeit der Zerschlagung des vds zu gewinnen, sondern sie haben jenen Illusionen in Bezug auf die vds-Koordination als Konstituens für die Studentenbewegung an allen Universitäten Vorschub geleistet und die politische Selbsttätigkeit an den jeweiligen Universitäten behindert.
Der Apparat der bürokratischen Institution vds mit seiner den Ministerialbürokratien angeglichenen hierarchischen Arbeitsorganisation (Cheftelefon, Chefsekretärin) behinderte den Vorstand permanent an der notwendigen politischen Reflexion in Bezug auf die politische Funktion des vds. Der Umzug nach Ffm., der Austritt aus dem „input" und die Entlassung der Angestellten waren nicht nur finanzpolitische Entscheidungen, sondern Ausdruck des Bemühens, sich dem Apparat für eine politische Arbeit zu entziehen. Falsch war in diesem Zusammenhang, neben der naiven Überschätzung der politisch-technischen Fähigkeiten der SDS-Genossen im Vorstand, daß die politische Zerschlagung der hemmenden bürokratischen Institution nicht zur zentralen politischen Aufgabe des vds-Vorstandes in der studentischen Öffentlichkeit wurde. Sowohl die ansatzweise vom vds organisierte Antikriegsforschungskampagne als auch die Vietnamkampagne waren geeignet, jene unbewußte Fixierung auf den vds als notwendige, wenn auch ansatzweise links agierende, repräsentative Vertretung studentischer Interessen zu verfestigen.

Zu 3:

Die Revolte an den wesstdeutschen Hochschulen im letzten Jahr war gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen der Kontinuität der politischen Aktionen und dem sich nach außen so darstellenden Prozeß der Auflösung der organisatorischen Strukturen des SDS. Dieser Widerspruch beschreibt an der Oberfläche die nach großen Mobilisierungsphasen zwangsläufig sich ergebende Konkretisierung des politisierten Bewußtseins in einer Vielfalt von praktischen Ansätzen zur politischen Arbeit. Diese arbeitsteilige Struktur bedeutete für den SDS jedoch nicht jenen notwendigen Vollzug der antiautoritären Forderung nach Selbstorganisation mit dem Ziel der Herausbildung von Kadern, die sich als für die gesamte Strategie der Bewegung Verantwortliche begreifen, sondern verwandelte sich sehr schnell in Partikularisierung. Dezentralisierung wurde zur unpolitischen Rationalisierung der Schwierigkeit, aus dem antiautoritären Begriff der Emanzipation Kriterien für die politische Führung der Bewegung zu gewinnen.

Dieser antiautoritäre Ansatz, der sich im Kampf gegen die feudale Ordinarienuniversität und gleichzeitig im Kampf gegen das Kapital (dargestellt im internationalen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus; im Kampf gegen den autoritären Rechtsstaat mit seinen NS-Gesetzen) entfaltet hat, leistet der naiven Vorstellung der Einheit von moralischem Protest und politischem Kampf Vorschub. Emanzipation war hier die Vorstellung der studentischen Massen, sich in diesen Vorformen des politischen Kampfes als selbständige Individuen gegenüber den verdinglichten Apparaten und ihren Anforderungen in Universität und Gesellschaft zu konstituieren. Die Unfähigkeit zu begreifen, „daß die Realisation der vorgeblich ‚unmittelbaren' Emanzipationsbedürfnisse von der Möglichkeit abhängt, inwiefern nur unter repressivem Bedürfnisverzicht angeeignete Einsichten im politischen Kampf in Strategien umgesetzt werden, um die die Realisation dieser Bedürfnisse objektiv verhindernden Bedingungen aufheben zu können", führte neben der historisch richtigen Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationsstrukturen nicht zu neuen Formen politisch-organisatorischer Verbindlichkeit, sondern produzierte jene Unverbindlichkeit der Organisation der politischen Arbeit, die den SDS heute kennzeichnet.

Formal verwandelten sich die politischen Entscheidungen in dieser Zeit in plebiszitäre. Auf Massenversammlungen wurden Aktionen beschlossen, die als die politischen Vorstellungen der Massen erschienen, faktisch aber getragen waren bis in die praktische Durchführung hinein von den informellen Kadern des SDS. Diese scheinbare Emanzipation der studentischen Massen hatte in ihrem ideologischen Charakter einen theoretischen und praktischen Legitimationsverlust zur Folge.

Es war für die Kader möglich, die Legitimation der eigenen politischen Arbeit als die Frage nach dem richtigen oder falschen Weg zur Revolution sowie die Frage nach der Funktion, die die Kader auf diesem Weg zu

übernehmen hatten, auf dem Hintergrund dieses antiautoritär-emanzipatorischen Ansatzes zu verdrängen, faktisch aber dennoch die politische Arbeit der Bewegung zu bestimmen. Mit der Verstärkung der politischen Repressionen und deren fehlenden Interpretation, als dem Versuch, die studentischen Massen für den langjährigen politischen Kampf zu gewinnen, verkam die plebiszitäre Basis größtenteils zum Akklamationspublikum, entwickelte sich die ausgedehnte Subkultur, begann das umfangreiche Spektrum vom Opportunismus bis zum Sektierertum sich zu entfalten. Die informellen SDS-Kader verblieben in ihrer widersprüchlichen Haltung. Da es sie von den eigenen Ansprüchen her im Rahmen fester Legitimationsbezüge nicht gab, verkam ihre faktische Führungsrolle, die sie trotzdem wahrnahmen, in großer Beliebigkeit oder reduzierte sich auf organisationstechnische, vordergründig machtpolitische Entscheidungen. Das läßt sich auch an der Unfähigkeit der informellen Kader, für die Übernahme der AStAs andere politische Kriterien als organisationstechnische Notwendigkeiten zu bestimmen, aufzeigen. Die ganze Problematik um die Auflösung der Institution AStA als repräsentative Interessenvertretung, als das Überflüssigwerden des AStA durch die Entwicklung von selbständigen, plebiszitär legitimierten Kadern; weiter die Frage nach der Kontinuität des politischen Kampfes an der Hochschule unter den Bedingungen des außeruniversitären Kampfes wurde nicht mehr geklärt.

Die antiinstitutionelle Politik hatte zur Konsequenz, daß in den meisten Fällen den SDS-Kadern die AStAs zugefallen sind, ohne daß im Rahmen einer bewußten Strategie um sie gekämpft worden wäre. So blieb die politische Funktion der AStAs unbestimmt und die Arbeit im AStA mußte von Einzelnen übernommen werden, die dann kein anderes Interesse hatten als diese Verwalterposten so schnell als möglich wieder loszuwerden.

Faktisch haben die SDS-Kader ihre politischen Führungsaufgaben nicht erkannt, dennoch das politische Bild der Arbeit bestimmt. Nur auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Entscheidung über die Zukunft des VDS als die Frage nach seiner politischen Funktionalisierung für die Bewegung oder seiner Zerschlagung nur von den SDS-Kadern entschieden werden konnte.

Andererseits: da die informellen Kader in den SDS-Gruppen ihr Verhältnis zu den AStAs allenfalls organisationstechnisch bestimmt hatten, gab es im SDS keine Öffentlichkeit, in deren Rahmen die VDS-Problematik diskutierbar gewesen wäre. (Das wurde deutlich an dem Desinteresse, das die Diskussion um die Kölner MV auf der Aprilkonferenz fand.)

Zu 4:

Die Studentenbewegung wird im Wintersemester entscheiden müssen, welchen organisatorischen Schritt sie tatsächlich vollziehen will, um end-

gültig die bürgerliche Rollendefinition vom unpolitisch und fachbezogen Lernenden zu durchbrechen. Im antiautoritären Bewußtsein sollte sich dieser Schritt in der spontanen Aktion, dem Durchbrechen reaktionärer gesellschaftlicher Zwänge vollziehen. Im Akt dieser Spontaneität sollte alles auf einmal geleistet werden: die Konstituierung als freies politisches Individuum gegen die spätkapitalistischen Bürokratien, Lernprozesse in Bezug auf das analytische Durchschauen gesellschaftlicher Zwänge, Entwicklung von Kollektivität und Solidarität im gemeinsamen Kampf.
Der SDS war in diesem Zusammenhang nicht bewußte und explizite Organisationsform für den langfristigen Vollzug solch antiautoritärer Transformation der Massen, sondern allenfalls Identifikationsinstanz, Hort antiautoritärer Werte; er ist es in negativer Weise auch noch für diejenigen geblieben, die keine Studenten sind und ohne die bildungsbürgerlichen Voraussetzungen ihre spontane Beteiligung an Straßenaktionen nicht explizit durchschauen (und aus einer viel unmittelbareren existenziellen Not spontan werden als die Schüler und Studenten): die jungen Arbeiter und Lehrlinge.
Will man die plebiszitären Illusionen, die das antiautoritäre Bedürfnis nach Spontaneität und Solidarität produziert hat — als hätten alle Beteiligten in gleicher Weise an solchen Lernprozessen teilgehabt — aufklären, so stellen sich für die nächste Zeit eine Reihe strategischer Aufgaben:
Wenn der SDS tatsächlich mit der Liquidierung der Institution VDS vornehmlich die Beseitigung eines Bewußtseins betrieben will, das gekennzeichnet ist durch die Trennung von studentischer und gesamtgesellschaftlicher Politik einerseits und der gleichzeitigen Fixierung an die repräsentativen Studentenvertretungen, die einem System eingeordnet sind, das das ganze Abbild des parlamentarischen Apparates ist, so ergibt sich die Frage, in welcher Weise sich Politik an der Hochschule zukünftig vollziehen soll.
Abgesehen davon, daß die technokratische Funktionalisierung der Universität neue Vertretungskörperschaften als Träger von Scheinlegitimationen schafft, die von den sozialistischen Studenten in Zukunft bekämpft werden müssen, müßte die Organisation der Studenten dreierlei leisten:
1. Die Organisation des Kampfes gegen die technokratische Universität muß geeignet sein, den Individuen klar zu machen, daß sie den Kampf außerhalb der Universität führen müssen, daß sie lernen, daß sie schon in diesem Kampf an der Hochschule die gesellschaftlich vorgeschriebene Rolle des Studenten durchbrechen müssen.
An dieser Stelle muß die Kritik an den Konzepten der letzten beiden Semester, an der Parole der Selbstorganisation, an der Berufsperspektivendiskussion, an der Einteilung der Projektbereiche einsetzen. Alle drei Begriffe sind antiautoritäre Mißverständnisse und gleichzeitig um eine wesentliche Dimension antiautoritären Bewußtseins kastriert: um die Totalität der Kritik am Spätkapitalismus. Antiautoritäre Mißverständnisse sind sie, insofern sie unausgesprochen die Emanzipation der Massen

reduzieren auf diejenige der studentischen Massen. Diese Reduktion äußert sich im Verlust eines Begriffes von Organisation, von gesamtgesellschaftlicher Analyse, die von der Kritik am autoritären Rechtsstaat zu einer am autoritären Sozialstaat hätte fortschreiten müssen, äußert sich in der partikularen Einteilung der Projekte, die immer noch infiziert war von den klassenmäßigen Trennungen der bürgerlichen Wissenschaft. Den Individuen sind mit diesen drei Begriffen Illusionen vermittelt worden; als sei es möglich, fachspezifisch, in den Beruf hinein verlängert einen Begriff revolutionärer Arbeit in den Metropolen automatisch zu bekommen. Damit sind die Projekte selber strategischer Überhöhung ausgesetzt, die geeignet ist, den Einzelnen Rationalisierungen für den Rückzug von der Bewegung zu sichern.

2. Eine solche studentische Organisation hätte Koexistenzkriterien mit dem technokratisch organisierten Lehrbetrieb im Kampf zu vermitteln.

Es ist klar, daß das machtpolitische Scheitern der Hochschulstreiks für große Teile der studentischen Massen ein stillschweigendes Zurückfallen in die alte Trennung zwichen individuellem Studium und politischer Tätigkeit zur Folge hatte. Nur ein kleiner Kreis von Individuen hat radikale lebensgeschichtliche Konsequenzen aus dem Hochschulkampf gezogen; meist mit Bewußtseinsschädigungen und Verkürzungen verknüpft, die jetzt auftauchen als Theorienfeindlichkeit, als manifeste Verleugnung, jemals Student, Intellektueller oder Akademiker gewesen zu sein, verbunden mit einer falschen und reformistischen Anpassung an einen fiktiven Bewußtseinsstand der nichtstudentischen Massen. Wenn nicht die Individuen — sowohl die halbpolitisierten Liberalen, als auch die kleinbürgerlich-radikalistischen — zu solchen lebensgeschichtlichen Verdrängungen gezwungen werden sollen, müssen expliziter als bisher Kriterien entwickelt werden, nach denen die Genossen unkorrumpiert studieren und Geld verdienen können.

3. Das heißt: der ganze Komplex sozialer Sicherheiten, der mit der studentischen Existenz verknüpft ist, darf nicht unpolitisiert der technokratischen Daseinsvorsorge überlassen werden.

Es erscheint ganz klar, daß eine gewerkschaftliche Organisation der Studenten diese allererst allgemein beschriebenen Aufgaben nicht erfüllen kann. Die Diskussion um eine mögliche Nachfolgeorganisation des VDS ging bisher immer nur von einer passiven Definition von Schutzfunktionen aus. Diese lassen sich jedoch allein im Rahmen einer sozialistischen Organisation der Studenten erfolgreich und politisch explizit realisieren.

Joscha Schmierer und Günther Mangold
Der SDS-BV ist durch die Liquidation des VDS nicht zu retten - Ein Beitrag zur Flurbereinigung

„Die Hochschulpolitik vollzieht sich auf zwei Ebenen: zum einen fachspezifisch, d. h. dezentralisiert in den einzelnen Fächern und Instituten durch die ad-hoc-Gruppen, zum anderen allgemein hochschulpolitisch über die Zuspitzung von gesamtuniversitären Konflikten mit Administration und Bürokratie durch den ASTA. Der ASTA hat nicht vordringlich die Aufgabe der Verallgemeinerung und Vermittlung dessen, was an der Basis passiert, sondern er hat eigene Initiativen zu entwickeln, die die revolutionäre Phantasie der ad-hoc-Gruppen hervorrufen.... Die Hochschularbeit des SDS wird in der Ausbildung von Kadern zur zentralen Voraussetzung für unsere Arbeit in den übrigen gesellschaftlichen Bereich. Es ist daher erforderlich, daß die Politik an der Hochschule, d. h. die Politik der ad-hoc-Gruppen und der ASTen im SDS selbst kontinuierlich diskutiert und bestimmt wird. Das erweist sich auch deshalb als unbedingt notwendig, um die Genossen, die in den Institutionen (ASTen, Fachschaften) arbeiten, vor einer bürokratischen Verselbständigung und Identifizierung mit den Institutionen zu bewahren."

Es ist sehr problematisch, derzeit über Hochschulpolitik und gar über den VDS sich auszulassen. Nur für wenige SDS-Gruppen stellt die Eroberung und Handhabung des ASTA eine wichtige Erfahrung dar, und den meisten erscheint der ASTA in Hinblick auf die Hochschulgesetze der Länder zurecht keiner Anstrengung mehr wert. Die Tatsache, daß relativ viele ASTen in der Hand der Linken sind, verdankt sich eher der Schwäche der Rechten und dem appeal der Studentenrevolte; so fiel einigen SDS-Genossen der ASTA zu, nachdem sie zunächst durch eine abstrakt übertragene Parlamentarismuskritik auf die verfaßte Studentenschaft eine vergebliche Anstrengung gemacht hatten, sich seiner zu erwehren. Wo schließlich sich der SDS nicht aufraffen konnte oder wollte, unternahmen es spontan selbstorganisierte liberale Gruppen. Aus diesen und den freiwilligen und unfreiwilligen SDS-ASTen war die Mehrheit der VDS-Mitgliederversammlungen im März 1969 in Köln und im Juni in Göttingen zusammengewürfelt, die dann ein neues Strukturprogramm beschlossen und einen SDS-Vorstand wählten. Wenn zuweilen in SDS-Infos oder in der bürgerlichen Presse Nachrichten über den VDS auftauchen — sei es, daß er ausgepowert werden solle, sei es daß er umstrukturiert werden soll, sei es, daß er aufgelöst werden soll — so ist das vielen Genossen scheiß-

egal. Es erscheint nur konsequent, nach der Zerschlagung des SDS erst recht den VDS zu zerschlagen. Weil das so erscheint, wollen wir dieser Sorte von Konsequenz und Zerschlagung der Klarheit halber auf die Finger sehen.

Das angeführte Zitat stammt aus den „Thesen zur Hochschulpolitik", die auf dem letzten SDS-Bundesseminar zur Hochschulpolitik Ende Oktober 68 von Berliner Genossen (Lefevre, Knapp u. a.) formuliert worden sind (abgedr. in: SDS-Korrespondenz, Heidelberg 1968). Bedingung einer unbürokratischen und avantgardistischen ASTA-Politik ist eine mobilisierte Studentenschaft (Existenz von ad-hoc-Gruppen), auf die sich strategische gesamtuniversitäre Initiativen der ASTen beziehen, einerseits, und die Existenz einer avantgardistischen politischen Organisation, des SDS, andererseits. Die bürokratische Verselbständigung und Integration der ASTA-Genossen wird dadurch verhindert, daß sie als SDSler im ASTA arbeiten und als ASTA selbsttätig eine Konfliktstrategie entwickeln. Mit einem Wort: sie sind weder die Bürokratie des Rektorats noch die Bürokratie der arbeitenden Gruppen. Was in den „Thesen" vor knapp einem Jahr über das Verhältnis von politischen Studenten, ASTA und SDS — und zwar gerade auch in Hinblick auf die Transformation der Studentenbewegung — gesagt wurde, trifft auch als Bedingung einer sozialistischen Politik im VDS zu; und zwar in einem sehr viel strengeren Sinn, weil der geschlossene lokale Handlungsrahmen als Korrektiv ausfällt.

Soweit die ein Jahr alten Kamellen. In den Monaten vorher waren die zentralen Kampagnen gegen Springer und die Notstandsgesetze auf ihrem Höhepunkt und an einem vorläufigen Ende angelagt, einige Wochen vorher war die 23. o. DK des SDS in Frankfurt auseinandergelaufen und einige Wochen danach ihre Fortsetzung in Hannover desgleichen — die „Zerschlagung" des SDS war faktisch in Gang gekommen. Den Verband, der weitgehend in die „Bewegung" sich aufgelöst hatte, trafen die emanzipatorischen Ansprüche unterprivilegierter Fraktionen genau in dem Augenblick, als zentrale Kampagnen die Einsicht in die Notwendigkeit zentraler Organisation nicht mehr vermittelten. Die richtungslos gewordene Bewegung wandte in Gestalt unterprivilegierter Gruppen ihre emanzipatorischen Forderungen aggressiv gegen einen fiktiven Verband, den paradoxerweise nur noch Individuen, die sog. Autoritäten, als Zielscheibe darstellen konnten. Als das Geschwätz von der Zerschlagung des Verbandes aufkam, hatte dieser sich längst schon aufgelöst.

Es wurden auch auf der 23. DK und seither etliche Versuche der Rekonstruktion des SDS gemacht, die sich zumeist in Kampagneprojekten versteckten, deren inflationäre Zahl wenigstens unter diesem Aspekt plausibler wird. Der andere Versuch war die Wahl eines BV in Hannover, der sich nach den Worten eines seiner Mitglieder als ein „starker" verstand. Dieser BV leitete jene Politik gegenüber dem VDS ein, die der darauf folgende BV prompt vollstreckte. Aber die so notwendig gewordene Notschlachtung des VDS wird das Siechtum des SDS nicht beenden, auch wenn

der BV die großartigen Folgen seiner Mißerfolge im Bewußtsein der Genossen noch so glänzend ausmalt.
Die antiautoritäre Bewegung ist besonders leicht gefährdet, bürokratische Organisationsformen hervorzubringen, weil sie bis jetzt keine transparenten und einigermaßen feste Strukturen entwickelt hat. Das kann aber nicht heißen, daß Genossen, die eine bürokratische Politik betrieben haben, ihre halbherzig eingestandenen Fehler schlicht aus den Bedingungen der antiautoritären Bewegung ableiten dürfen, um sie so hinterrücks zu rechtfertigen und zu notwendigen Fehlern zu deklarieren. Selbstkritik kann nicht heißen, die Scheiße, die man angerichtet hat, mit dem Mäntelchen der historischen Notwendigkeit zuzudecken. Selbstkritik kann nur dann mehr sein als wehleidige Selbstbeweihräucherung, wenn sie nicht bei einem globalen Aufweis der angeblichen Notwendigkeit dieser Fehler stehen bleibt, sondern die subjektiven und organisatorischen Bedingungen reflektiert, unter denen diese Fehler notwendig wurden, um damit auch zu zeigen, wie wir in Zukunft solche Fehler vermeiden können. Aber wenn globale Analysen der antiautoritären Bewegung, die alle Fehler rechtfertigen (im Sinne einer mechanistischen und vulgärmaterialistischen Geschichtsschreibung), bestimmt keine Selbstkritik sind, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß die globalen Analysen wenigstens als solche richtig sind. Nun, nachdem oft genug emphatisch die „Zerschlagung des SDS" propagiert wurde, wird es langsam Zeit, sich zu überlegen, ob nicht auch dessen bürokratischer Überrest, der BV, wenn nicht zerschlagen, so doch zu den historischen Akten gelegt werden soll. Den Genossen, die mit der Selbsttätigkeit der Basis hausieren gingen, sollte die Rückkehr zu dieser erleichtert werden. Die Auflösung des SDS (und niemand sollte durch Begriffe wie „Zerschlagung" der Eindruck erwecken, als handle es sich hierbei um mehr als einen naturwüchsigen Prozeß) hat zunächst dazu geführt, daß durch nichts und niemand kontrollierbare Gremien mit dem bloßen Namen SDS eine Politik machen, deren Fehler schon deshalb der „Bewegung" zur Last gelegt werden müssen, weil es zwischen ihr und den Einzelpersonen, die sich kollektiv nicht nur zu ihren Exegeten, sondern auch Exekutoren gemacht haben, keinerlei organisatorische Vermittlung gibt. Unter diesen Umständen dürfen die Kritiker der Selbstkritik des BV, die in Wahrheit nur ein verständliches, aber unverzeihliches Regressionsbedürfnis beweist (die Lust, sich wenigstens theoretisch in den mütterlichen Schoß der „Bewegung" zurückzuziehen, aus dem man sich praktisch allzu keck hervorgewagt hat und weiterhin hervorwagen will), nicht in den gegensätzlichen Fehler verfallen und die Selbstkritik des SDS oder dessen, was davon übrig geblieben ist, auf die Kritik einzelner Personen beschränken. Die Auflösung des SDS und seiner sozialdemokratischen Strukturen hat einen unauflöslichen sozialdemokratischen Restbestand übrig gelassen, der nun wirklich zerschlagen werden muß: den SDS-BV. An seine Stelle sollte eine arbeitsfähige und demokratisch kontrollierbare Info- und nk-Redaktion treten und wenn möglich ein breiteres, möglichst

oft tagendes Diskussionsgremium, das keine ad-hoc-Entscheidungen trifft, sondern strategische Empfehlungen für die Gruppen ausarbeitet und in Info und nk regelmäßig Rechenschaft über seine Sitzungen gibt. Nur so kann verhindert werden, daß ein formeller Kader wie der BV sich ständig auf informelle Kader beruft, die vor allem insofern informell sind, als sie keinen formellen Einfluß auf die Entscheidungen des BV haben und diese deshalb bestenfalls nachträglich benörgeln können, wenn sie wenigstens auf dem Wege des Gerüchts zu deren Kenntnis gelangt sind.
Damit geben wir keineswegs unsere Ansicht auf, daß lediglich eine demokratisch-zentralistische Avantgardeorganisation, die allererst der Basis eine reale Einflußmöglichkeit bietet, den tatsächlichen Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes langfristig entsprechen kann, sondern ziehen bloß die taktische Konsequenz aus der Erfahrung, daß der als antiautoritär verkaufte SDS zumindest überregional insofern höchst autoritär ist, als er keinerlei öffentliche und organisierte Kontrolle seines Spitzengremiums zuläßt, und damit jede Kritik an dessen Politik zur bloß nachträglichen Nörgelei verurteilt. Nachdem mit dem VDS die letzte Institution liquidiert wird, zu der wir uns als Organisation hätten zentral verhalten müssen (all unsere Abwehrkämpfe gegen die Staatsmacht, seien es nun die Justizkampagne oder die Streiks gegen das Ordnungsrecht waren niemals zentral organisiert, und das gilt erst recht für unsere eigentlich offensive Tätigkeit, die langfristige mehr oder weniger systematische Wühlarbeit an der Basis in den Betrieben, Schulen und Universitäten, die in den Instituts- und Basisgruppen die ersten organisatorischen Konsequenzen zeigen), können wir auf den BV so lange verzichten, bis es den jeweils lokal arbeitenden Kadern gelingt, in denverschiedenen Gruppen ein Bewußtsein zu entwickeln, das nicht nur die Notwendigkeit einer nationalen zentralen Organisation einsieht, sondern diese auch einsetzen kann, statt von ihr ständig vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Um dieses Bewußtseins zu schaffen, bedarf es derzeit vor allem einer regelmäßigen zentralen Diskussion, die neben den lokal motivierten, aber überregional intendierten Blättern und Zeitschriften wie RPK, GEGEN DEN STROM, apo-press, Rotes Forum etc., schon durch ein SDS-Info und eine nk gewährleistet werden kann, die die theoretische und strategische Diskussion initiieren, statt wie wohl jeder in der gegenwärtigen Phase mögliche BV ohne theoretische und strategische Diskussion uns ständig mit Entscheidungen zu konfrontieren, die auf die Dauer eine undiskutierte und indiskutable Strategie uns aufzwingen werden. Die Heidelberger Gruppe hat immer wieder eine Stabilisierung des Verbandes auf nationaler Ebene gefordert und hielt auch den BV für deren mögliches Instrument. Diese Einschätzung hat sich als falsch erwiesen; der BV ist im Gegenteil deren entscheidendes Hemnis, insofern er seine Entscheidungen nicht durch die innerorganisatorische Diskussion einleitet, sondern diese im Gegenteil durch seine Entscheidungen vor vollendete Tatsachen stellt, und damit zur bloßen Akklamation oder Nörgelei verkommen läßt.

Die Erfahrungen mit der „Verbands"-Politik gegenüber dem VDS belegen diese Einschätzung im Einzelnen. In ihr zeigen sich nicht nur die Gefahren einer innerorganisatorischen Verselbständigung des BV, sondern auch die Gefahr einer Isolierung der „reinen" Revolutionäre, die der BV repräsentiert (und nicht mehr!), von den studentischen Massen. Nachdem der Verband „zerschlagen" wurde, reduziert er sich auf eine Clique, über deren innere Widersprüche man nur gerüchtweise erfährt.

Die Zwieschlächtigkeit der Politik des SDS-BV in der VDS-Frage drückt genau jenes organisatorische Verhältnis aus zwischen unkontrolliertem Spitzengremium, das den Verband nach außen vertritt, ohne in der Organisation kontrolliert zu werden, und den arbeitenden Gruppen, die, weil sie aus sich heraus keine zentralisierenden Tendenzen entwickeln, zum Objekt der Politik dieses Spitzengremiums werden: einerseits geben sie die passive Legitimationsinstanz ab, auf die sich der BV beruft, und andererseits muß ihnen irgendetwas Greifbares (sei es Geld oder Satzungsparagraphen) geboten werden, was ihre „Bedürfnisse" zu befriedigen scheint, in Wirklichkeit aber lediglich ihre organisatorische Passivität und partikularistische Interessenborniertheit verfestigt. Das führte in letzter Konsequenz nicht nur zu einer Verschärfung der widersprüchlichen Organisationsstruktur, hin- und hergerissen zwischen staatsmännischem Kalkül und bornierten partikularen Interessen, sondern auch zu einem Scheitern sowohl der propagierten als auch der insgeheim beabsichtigten Politik gegenüber dem VDS, zu einem Scheitern auf der ganzen Linie. Diese Fehler lassen sich nicht einfach als Mängel der „Bewegung" bezeichnen, sondern kennzeichnen sehr direkt einen BV, der sich über die Bedingungen seines Handelns keine Rechenschaft ablegte und sich als *Exekutive* einer Bewegung verstand, deren *antiautoritäre, d. h. partikularistische Organisationsform* er perpetuierte. So mußte er sich zum „reinen" Sprecher der revolutionären Bewegung nach außen aufspielen, um faktisch mal dieses, mal jenes rein revolutionär zu „vertreten" und nach innen die Funktion eines Dienstleistungsbetriebes anzunehmen, der seine politische Legitimation daraus zog, daß er den arbeitenden Gruppen etwas zu „bieten" hatte. Abgesehen davon, daß diese Trennung von innen und außen, die sich immer wieder auf irgendwelche Entwicklungen an der Basis beruft, letztlich nach „außen" generell auf Arroganz („halbpolitisierte Evolutionäre") und nach innen auf Richtungslosigkeit hinausläuft, mußte sie sich in der VDS-Politik in all ihrer Fragwürdigkeit deshalb entlarven, weil in Bezug auf den VDS zwischen der Ausnutzung einer Institution und einer grundsätzlich antiinstitutionellen Politik hätte vermittelt werden müssen, was theoretisch ohnehin schwierig, aber unter den bestehenden organisatorischen Bedingungen nicht einmal verbal, geschweige theoretisch ausgewiesen, praktisch geschehen konnte.

So zahlte sich weder die kursorisch geübte „Diplomatie" („Taktik") aus, also die bürgerliche Realpolitik, noch die bei Gelegenheit vorgetäuschte Intransigenz der wahren Revolutionäre. Am Ende erwies sich weniger die

Unmöglichkeit, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, als die Unfähigkeit des SDS, diese Aufgabe zu bewältigen.
Von vornherein zeigte sich der dann immer wieder auftretende Zirkel, etwas anderes zu wollen, als man eigentlich sagt, und dann doch sagen zu müssen, was man eigentlich will: der Kurzschluß von revolutionärer List und bürgerlicher Geschwätzigkeit, der sich in bombastischen Reden und heimlichem Geflüster äußert, in denen zwischen der „Notwendigkeit", die Staatsmacht und die Studentenfunktionäre hereinzulegen und sich bei der „Basis" zu legitimieren, die tatsächliche Aufgabe jeder sozialistischen Politik an der Hochschule, nämlich auch taktische Schritte vor den studentischen Massen auszuweisen, auf der Strecke bleibt. Deshalb wurde notwendig der VDS öffentlich als „sozialistischer Kampfverband" hochgejubelt und gleichzeitig intern als bürokratische Institution, die man auspowern muß, gekennzeichnet; der VDS wurde dadurch weder zum sozialistischen Kampfverband, noch konnte er ausgepowert werden. Die eine Absicht sabotierte die andere. Jede für sich war falsch. Möglich wäre gewesen, den VDS ohne große „Struktur"-Debatte (die in Wahrheit eine Neuauflage der „Organisationsdebatte" des SDS war und schlicht auf den VDS übertragen wurde, was nur gegen den SDS spricht) durch inhaltlich politische Beschlüsse festzulegen und personell deren Durchsetzung abzusichern. Das scheiterte schon in Köln während einer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Berliner und Heidelberger Genossen sich nicht gegen eine vor allem von Frankfurt geführte Fraktion durchsetzen konnten. Eine solche Übernahme des VDS hätte einerseits die überregionale, publizistische Agitation finanziell erleichtern und lokale Konflikte auf die zentrale institutionelle Ebene heben können. Das hätte einen offenen und ausdrücklich politisch motivierten Angriff der Bundesregierung nach sich gezogen und eine für die studentischen Massen einsichtige politische Abwehrstrategie ermöglicht. Statt dessen kam es zu jener Strukturdebatte, mit der eigentlich eine solche Instrumentalisierung des VDS gescheitert war, weil sie zwangsläufig zu einer bloß verbalen Aufwertung des VDS führen mußte; die aber gerade ein taktisches Verhalten gegenüber dem VDS, der unter der Hand zum „sozialistischen Kampfverband" geraten war, und seine Instrumentalisierung verhinderte. Selbst wenn die Satzungsdebatte nicht verhindert werden konnte, so hätte man sich doch nicht an deren Spitze stellen dürfen mit einem eigenen Papier, das die Satzungsdebatte dann über drei Tage hin ausufern ließ und eine politische Festlegung des Verbandes gerade verhinderte. Damit war jedes Gremium des VDS zum Organ eines „sozialistischen Kampfverbandes" geworden, dessen politische Richtung bloß personell, aber nicht durch öffentlich gefaßte, politische Beschlüsse garantiert war. Damit wurde jeder Genosse, der die persönlichen Entscheidungen des VDS — und SDS-Vorstandes kritisierte, dadurch zum „Verräter", daß er den offiziellen Anspruch des VDS insoweit ernst nahm, als er in seinen Gremien diskutierte.
Mit der Wahl eines SDS-Vorstandes für den VDS war dieses Dilemma

zwischen verbalem Anspruch und tatsächlicher Intention beileibe nicht behoben, sondern brach erst richtig auf. Denn nachdem auf den VDS-MVs alles geschehen war, den VDS zum strategischen und organisatorisch eigenständigen Organ hochzujubeln, das scheinbar den SDS ersetzen sollte, kam gleich danach wieder die taktische und gleichzeitig „rein revolutionäre" Komponente allein zum Tragen. Erstens wurde der nie diskutierte oder auch nur erwähnte Umzug nach Frankfurt beschlossen, und zweitens sollte der Prozeß gegen die Bundesregierung beendet werden, was den VDS in die Fänge der Verwaltungsgerichte getrieben hätte. Nachdem zunächst die Taktik, den VDS einfach auspowern zu wollen, zu seiner faktischen Aufwertung geführt hatte, wollte man sich nach der Wahl wieder bloß taktisch gegenüber dem VDS verhalten.

Da der Prozeß schnell wieder aufgenommen werden mußte, nachdem die Konsequenzen einer Einstellung ins Bewußtsein des VDS- und SDS-BV gedrungen waren, ergab sich in der (*an sich* harmlosen) Umzugsfrage die entscheidende Kontroverse, die durch die fehlende Diskussion vor den MVs und auf der DK verschleppt worden war. Sie ergab sich nun im Zentralrat des VDS statt im SDS. Der Vorstandsbeschluß war bekanntlich schon vor der Zentralratssitzung in die bürgerliche Presse geraten, die damit in die Rolle der Entlarvung gegenüber einer bürokratischen, nicht öffentlichen Politik der Revolutionäre kam, eine Rolle, die ihr bezüglich der Herrschenden keiner mehr abnimmt. Diese Tatsache war symptomatisch. Unsere Kritik an diesem Beschluß verlief auf zwei Ebenen: einerseits kritisierten wir die Art des Zustandekommens und der Veröffentlichungs des Beschlusses und andererseits hielten wir seine Begründung nicht für stichhaltig. Wir hatten den VDS-Vorstand als Schwerpunkt in Nord-Rhein-Westfalen verstanden, wo noch fast alle ASten rechts bis halblinks sind und keine Hochschulrevolte stattgefunden hat, und hielten die Säuberung des Büros von Spitzeln zwar für notwendig, aber für keinen Grund, den VDS-Sitz nach Frankfurt zu verlegen. Die Frage der Säuberung war zunächst das Problem etlicher Kündigungen und der Anschaffung neuer Schlösser, der technischen Beherrschung des „Chef-Telefons" und der Verhinderung eines Streits darüber, wer es bedienen bedarf. Weder war damit der Umzug überhaupt gerechtfertigt, noch der nach Frankfurt, zumal der VDS-Vorstand sich sonst politisch gar nicht ausgewiesen hatte und gerade deshalb den Umzug zum politischen Grundsatzentscheid stilisieren mußte. Angesichts der Art, wie Beschlüsse im Vorstand zustande kamen, blieb uns nichts anderes, als den Zentralrat des zum „sozialistischen Kampfverband" avancierten VDS zum Forum unserer Kritik zu machen. Wir standen vor der Alternative, uns dem vorgefaßten Beschluß, den wir formal und inhaltlich für falsch und gefährlich hielten, einfach zu unterwerfen, das Maul zu halten und die Pfote zu heben, oder halt den waghalsigen Versuch zu unternehmen, im Zentralrat eine Diskussion zu beginnen, die sonst nirgends stattfand. Zwar war uns klar, daß wir uns damit den Vorwurf des Bruchs der Fraktionsdisziplin zuziehen könnten,

doch sahen wir keine Veranlassung, uns gegenüber einer sozialdemokratisch gehandhabten Fraktionspolitik sozialdemokratisch zu verhalten in der beschränkten Öffentlichkeit des Zentralrats, um hinterher dem BV vielleicht zuzutuscheln, daß er uns nächstes Mal doch vorher einweihen soll. Damals konnten wir auch noch nicht ahnen, was wir jetzt schwarz auf weiß haben, daß der Zentralrat des „sozialistischen Kampfverbandes" VDS, nämlich ein bloßes Gremium für Leibesübungen sein solle: zum Kopfnicken und Arme heben. „In Bezug auf diesen Zentralrat sind wir (wer wir?) so verfahren, als sei der SDS eine identitätsbewußte, sozialistische Organisation mit klaren bündnispolitischen Vorstellungen, für die ein gemeinsames Funktionalisieren des Zentralrates für die Politik des SDS eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre." (BV-Papier)

Nachdem wir auf der MV in Köln einmal eine SDS-Fraktionssitzung öffentlich angekündigt und damit einige BV-Genossen peinlich berührt hatten, konnten wir eine solche Einschätzung von denen zuletzt erwarten, die normalerweise die „Zerschlagung des SDS" als wichtigstes Ergebnis der „Bewegung" propagieren, und auf den VDS-MVs den SDS am liebsten gar nicht erwähnten, um gleichzeitig im Gespräch von Mann zu Mann Prosyliten unter den Liberalen zu schaffen. Den Repräsentanten der adjektivlosen Bewegung (das Ziel ist nichts) mochten wir solchen „Organisationsfetischismus" zuletzt unterstellen.

Aber nimmt man den Hinweis des BV auf die Fraktionsdisziplin als Indiz für eine neue Einschätzung des Verbandes, so bleibt dennoch unverständlich, warum die „Fraktion" erst aus der FR zu erfahren hatte, was sie nur noch unterstützen konnte, wenn sie die Disziplin nicht verletzten wollte. Ein solches Verhalten gegenüber den Genossen läuft auf bloße Erpressung hinaus und erinnert, wenn mit Rücktrittsdrohungen verbunden, ein bißchen an Bismarck.

Wenn wir gegen den Umzug argumentierten und stimmten, so bekämpften wir eine Politik, die den SDS instrumentalisierte für partikulare Interessen im VDS, statt den VDS mit Hilfe des SDS für die Studentenbewegung zu instrumentalisieren. Damit setzten wir uns nicht durch. Alles, was wir zustande brachten, waren Scheingefechte. Und aus dieser Erfahrung hätten wir die Konsequenzen ziehen können, die der VDS-Vorstand gegenüber der WRK tatsächlich gezogen hat, nämlich künftigen Zentralratssitzungen fern zu bleiben.

Nicht im Inhalt nur, sondern vor allem in der Art des Zustandekommens der Beschlüsse zeichnete sich ganz deutlich jene lethargische und gleichgültige Haltung ab, die den VDS-Vorstand völlig unfähig machte, den Anschlägen der Bundesregierung auf den VDS öffentlich zu begegnen. Auf die Rückforderung von früheren Bestechungsgeldern, die an einen VDS-Vorstand gestellt wurde, den die Bundesregierung für unbestechlich hielt, reagierten VDS- und SDS-BV wie ertappte Diebe. Statt öffentlich die Schritte der Bundesregierung zu entlarven, verschlug es ihnen die

Sprache. Das erste, was man hört, ist ein Stoßseufzer, in dem die Anschläge der Bundesrepublik zur Hegelschen List der Vernunft oder zum automatischen Schicksalsschlag einer über unseren Köpfen hinweg sich bewegenden Bewegung werden, der wie uns nur bewußt unterwerfen müssen, um wahrhaft revolutionär zu sein: „Das, was in Köln und Göttingen als Hintertreppengeflüster aus den Ministerien, als Drohung der Technokraten, als Wehgeschrei der rechten Studentenfunktionäre und als Gespenst der liberalen AStA-Vertreter kursierte, muß jetzt bewußt und offensiver (!) als auf beiden Mitgliederversammlungen vom VDS betrieben werden:
Die Liquidierung des VDS!"
Hier zieht der BV in ziemlich erschreckender Weise aus der Rolle, die er dem SDS zugedacht hat, die Konsequenz: dieser soll jetzt bewußt das vollstrecken, was eine verfehlte VDS-Politik ihm eingebrockt hat: die Zwecke des Hintertreppengeflüsters der Ministerien, der Drohungen der Technokraten, des Wehgeschreis der rechten Studentenfunktionäre und der Gespensterseherei der liberalen AStA-Vertreter. Gleich zu Beginn wird die Stellungnahme des BV komisch. Aber über diese Komik lacht keiner. Denn es ist die Komik des tapferen Schneiderleins, das auszog, die Welt das Fürchten zu lehren, und das sich bei den ersten Schlägen der Herrschaftseite diesen nicht nur masochistisch unterwirft, sondern auch noch lauthals schreit, um den Herrschenden den Knüppel nur aus der Hand zu reißen, um ihn wirksamer gegen sich selber anzuwenden. Eine solche Tradition wurzelt kaum im Marxismus-Leninismus und ist nicht automatisches Produkt der „Bewegung", sondern muß dieser erst noch eingetrichtert werden.

*

Der VDS-Vorstand schafft sich selber ab. Was riskieren wir, wenn wir auch noch den SDS-BV abschaffen? Gar nichts. Wir verhindern im Gegenteil, daß die masochistischen Flausen einiger nach oben gefallener Antiautoritärer unsere Politik festlegen, ohne daß wir mehr tun könnten, als die Folgen dieser Politik auszubaden.
Die BV-Politik ist durch den Widerspruch gekennzeichnet gewesen, sich permanent auf arbeitende Gruppen zu berufen und sich frei von jeder Kontrolle als reine Revolutionäre zu gerieren. Bei der Reflexion des Scheiterns dieser Politik konnte nichts anderes herauskommen als eine Rationalisierung. Selbstkritik heißt für den BV nicht Kritik des BV, sondern Kritik der Bewegung, mit der er sich schon deshalb eins glaubt, weil die Studentenbewegung unter seiner Politik zu leiden haben wird (für die Politik in den Betrieben bleiben diese Fehler vorläufig völlig belanglos; ähnliche Fehler in der Betriebspolitik aber würden uns zu belanglosen Sektierern machen). In der Misere des BV gegenüber dem VDS zeigt sich die Misere zentraler Politik in der gegenwärtigen Phase. Die antiautori-

täre Bewegung hat nirgends wirklich demokratische Strukturen bis jetzt hervorgebracht. Überall haben sich an den Leerstellen der zentralen Selbstorganisation die alten Kader festgesetzt, die wohl oder übel bestimmte Entscheidungen treffen müssen, wenn die Defensive gegen den Staatsapparat und das Kapital einigermaßen organisiert werden soll. Die substantiell offensive Politik der antiautoritären Bewegung vollzieht sich dezentralisiert in permanenter Wühlarbeit. Alle zentralen Defensivaktionen werden bloß dadurch offensiv gewendet, daß sie mit einer organisierten Agitation an der Basis verbunden werden. Diese Agitation ist bloß lokal möglich und z. Z. nur dort, wo noch eine wirkliche Verbindung der zentralen Kader wenigstens mit den Instituts- und Basisgruppen, wenn schon nicht mit den Massen vorhanden ist. Die verschiedenen *Agitationsgruppen* an der Basis (und um mehr handelt es sich im allgemeinen nicht) entwickeln bestenfalls lokal Tendenzen zur Zentralisierung. Diese verhindern eine völlige Verselbständigung der lokalen Kader. Dazu kommt die permanente Notwendigkeit für diese lokalen Kader, ihre Entscheidungen dauernd zu legitimieren und sei es nur dadurch, daß sie sie veröffentlichen und rechtfertigen in Flugblättern und Artikeln, MVs und plebiszitären Massenversammlungen. Tun sie nicht wenigstens das, dann scheitern sie schon *kurzfristig* und verlieren selbst die Möglichkeit, die Massen zu mobilisieren, geschweige sie zu organisieren. Deswegen sind in der lokalen Kaderarbeit unmittelbare Erfolgskriterien eingebaut, die eine völlige Degeneration ihrer politischen Absichten verhindern. Die antiautoritäre Bewegung hat bisher auch lokal nirgends eine demokratisch-zentralistische Organisation hervorgebracht. Um so weniger kann sie sich ein zentrales nationales *Entscheidungs*gremium leisten, das derzeit per se jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist. In einer sozialistischen Politik gehört aber die demokratische Entscheidungsstruktur zum politischen Inhalt selbst. Diese Bedingung sozialistischer Politik ist auf nationaler Ebene derzeit in keiner Weise gewährleistet, im Gegenteil wird die Politik dort in dem Maße auch inhaltlich irrational, als der faktische *Repräsentations*anspruch auf die verbale Verleugnung dieser Funktion und die Berufung auf die Legitimation der arbeitenden Gruppen zur bloßen Berufung herunter gerät. Auf der nationalen Ebene sind z. Z. nur zentrale Kommunikation und theoretische Diskussion als organisierendes Element möglich, aber keine von einem Spitzengremium getroffenen verbindlichen Entscheidungen. Diese werden aber de facto permanent getroffen. Während Info und nk immer mehr verkommen und der BV selbst auf die primitivsten Tätigkeitsberichte verzichtet, statt darüberhinaus die verschiedenen Ansätze der abgedruckten Papiere wenigstens zu kommentieren, mehren sich die tagespolitischen ad-hoc-Entscheidungen (auch in Form der von oben ausgerufenen Kampagnen), die uns alle langfristig strategisch festlegen, ohne daß wir sie beeinflussen könnten.

Ziehen wir deshalb die Konsequenz aus dieser Situation und beschränken uns auf zentrale Kommunikation und Diskussion, statt in kommunika-

tions- und diskussionslosem Dezisionismus zu verfallen! Legen wir den BV zu den Akten, wohin er den SDS längst gelegt hat, um dessen Schatten nur dann hervorzuholen, wenn er seiner taktisch bedarf! Erweitern wir unsere regionalen und lokalen organisatorischen Ansätze und organisieren wir die zentrale strategische Diskussion, von deren Fehlen die Entscheidungen des BV leben!

Thomas Schmitz-Bender und Helge Sommerrock

Klassenkampf gegen Wahlkampf [1]

In gewissem Sinn drückt das Erscheinen dieses Beitrags zu dieser Zeit und an diesem Ort den traurigen Zustand unserer Bewegung aus. Vor zwei Monaten für die Diskussion eines offensiven und klassenkämpferischen Eingreifens in den Wahlkampf geschrieben, war er eigentlich schon zu spät geschrieben, um diesen Zweck erfüllen zu können. Jetzt, wo der theoretische Ansatz dieses Beitrags zur Diskussion gestellt werden kann, verfügen die Arbeiter-Basis-Gruppen in München zwar über einige Erfahrungen beim Versuch der Umsetzung dieses Ansatzes in die Praxis. Aber dieser Versuch ist nicht zu der klassenkämpferischen Praxis gekommen, die uns tatsächliche Rückschlüsse auf die Brauchbarkeit unseres theoretischen Ansatzes erlauben würde. Andererseits haben in der Hüttenindustrie, im Bergbau und Teilen der metallverarbeitenden Industrie jetzt die Auseinandersetzungen stattgefunden, die der Prüfstein auf unseren theoretischen Ansatz sein könnten — wenn dort zumindet eine der Agitation der Arbeiter-Basis-Gruppen vergleichbare Vorarbeit geleistet worden wäre.

Theorie und Praxis

Auf den ersten Blick scheint es so, als hätten wir zwar die richtige Theorie über den Parlamentarismus und als hätte es gegenüber dem Bundestagswahlkampf nur an der entsprechenden Praxis gefehlt. Tatsächlich aber sind z. B. in der Erklärung des SDS-Bundesvorstands zur Bundestagswahl die Ungenauigkeiten enthalten, die der Hilflosigkeit unseres Praxis gegenüber dem Wahlkampf entsprechen. Es heißt da: „Parlamentswahlen in hochindustrialisierten Klassengesellschaften wie der Bundesrepublik erzeugen den Schein, als könnte die ganze Bevölkerung über ihre Geschichte und ihre Interessen politilsch entscheiden. Dieser Schein verschleiert im Bewußtsein breiter Massen die Klassenherrschaft des autoritär-sozialstaatlichen Kapitalismus." Wodurch unterscheidet sich solch eine Feststellung noch grundsätzlich von der Ansicht der DKP außer, daß die DKP meint: weil die Parlamentswahlen diesen Schein erzeugen, müssen wir uns an ihnen beteiligen. Der Zusammenhang zwischen den Wahlen und der Verschleierung der Klassenherrschaft ist aber doch ein wechselseitiger: Die

[1] Dies ist die teilweise ergänzte und teilweise gekürzte Fassung eines Beitrages, der den Arbeiter-Basisgruppen in München als Diskussionsgrundlage diente und ursprünglich im SDS-INFO erscheinen sollte.

Verschleierung der Klassenherrschaft wird nicht durch die Wahlen erzeugt. Sondern einerseits ist die Reduktion des Klassenantagonismus auf den Interessenpluralismus die Voraussetzung für das Funktionieren des spätkapitalistischen Parlamentarismus. Andererseits kann der Parlamentarismus auf dieser Grundlage seine Funktion bei der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft erfüllen. Der Parlamentarismus sorgt dafür, daß in der institutionalisierten politischen Auseinandersetzung nicht mehr Klassen-interessen, sondern nur noch pluralistische Gruppeninteressen sichtbar werden.[1]) Dadurch wird einerseits eine Sphäre geschaffen, in der politische Auseinandersetzungen von vornherein ohne jeden systemgefährdenden Klassenbezug „ausgefochten" werden können. Andererseits wird dadurch wirksam der Gefahr einer Politisierung des Klassenantagonismus vorgebeugt. Indem Klasseninteressen aus der bürgerlichen Politik, die als einzige Möglichkeit von Politik erscheint, verbannt werden, erscheinen sie schlechthin als „unpolitisch". Dies zeigte sich ganz deutlich bei den streikenden Arbeitern, die immer wieder betonten, daß ihr Kampf nichts mit Politik zu tun hat. Wir machten die gleiche Erfahrung auf der Reproduktionsebene: selbst wo die Mieter deutlich gegen die herrschende Politik Stellung beziehen, betonen sie, daß ihr Kampf ganz und gar „unpolitisch" ist. Darin zeigt sich zugleich, daß der Parlamentarismus eben nicht den Schein erweckt, als könnten die Massen über ihre Interessen politisch entscheiden. Vielmehr unterscheiden sie zwischen den Interessen, die sie als ihre eigenen erkennen, und dem, was sie unter Politik verstehen. Wenn sie sich für ihre eigenen Interessen einsetzen, wehren sie sich gegen jede Politisierung, weil sie aufgrund des parlamentarisch institutionalisierten „Kampfes" zwischen pluralistischen Gruppeninteressen unter Politisierung verstehen, daß sie für die Interessen irgendeiner Gruppe eingespannt werden sollen.

Man mag die angedeutete Kritik an der Erklärung des SDS-Bundesvorstands für spitzfindig halten; besonders angesichts der Tatsache, daß sich der zweite Teil der Erklärung gegen eine Beschränkung auf „die Aufklärung über die Scheinhaftigkeit des Wahlkampfs" wendet und für den Wahlkampf konkrete Aktionen in Bereichen ankündigt, in denen Klasseninteressen zum Tragen kommen und die sich zum Teil mit den praktischen Vorschlägen dieses Beitrags treffen. Aber nicht zufällig bleiben diese angekündigten Aktionen ohne Vermittlung zum analytischen Teil der Erklärung. Eine solche Vermittlung läßt sich nicht herstellen, wenn man davon ausgeht, daß die Verschleierung der Klassenherrschaft maßgeblich durch die Wahlen geleistet wird (dann müßte die Aufklärung über die Scheinhaftigkeit des Wahlkampfs allerdings das eigentliche politische Ziel der revolutionären Gruppen sein). Erst wenn man davon ausgeht, daß

[1] Dies ist ein deutlicher „Fortschritt" im Vergleich zum Parlamentarismus vor 1933, der seine integrierende Funktion noch dadurch erfüllte, daß sich die Arbeiter durch „ihre Partei" im Parlament vertreten glaubten.

der westdeutsche Parlamentarismus und die Bundestagswahlen ihre Funktion nur auf der Grundlage der Reduktion des Klassenantagonismus auf den Interessenpluralismus erfüllen können, ergibt sich eine tatsächliche Vermittlung zwischen Kämpfen, die Klasseninteressen mobilisieren, und dem Wahlkampf: Solche Kämpfe stellen dann eine wirkliche Gefährdung der Funktion des Wahlkampfs dar. Der Versuch, den Wahlkampf gegen solche Kämpfe zu verteidigen, würde nicht nur selber den Wahlkampf entlarven, sondern würde dazu beitragen, daß diese Kämpfe über ihren unmittelbaren Anlaß hinauswachsen und sich zu Konflikten mit dem kapitalistischen System entwickeln.

Erst wenn der Wahlkampf nicht bloß da angegriffen wird, wo er sich selber präsentiert (das sind vor allem Wahlveranstaltungen), sondern wenn der Wahlkampf als Aktionsfeld für Klassenkämpfe genützt wird, ist auch die wirkliche Antwort auf die Frage der Massen gegeben, was sie angesichts der Bundestagswahl tun sollen. Es bringt die Massen keinen Schritt weiter, wenn sie aus einer Aufklärung über den Parlamentarismus nur den praktischen Schluß ziehen, daß es zwischen den zur Wahl stehenden Parteien keine Wahl gibt und daß auch nichts erreicht wird, wenn man ADF wählt. Es bringt die Massen keinen Schritt weiter, wenn wir ihnen erklären, daß sie beschissen werden etc. Das bringt sie ebensowenig weiter, als wenn wir ihnen klarmachen wollen, daß die Gesellschaft in „oben" und „unten" gespalten ist — das wissen sie nämlich schon alles, und je mehr sie es wissen, umso ohnmächtiger kommen sie sich nur vor [1]). Es ist nicht die Erkenntnis, wie stark der Gegner ist, die die Massen dazu bringt, zu kämpfen — sondern es ist die Erkenntnis und Erfahrung der Massen, daß sie stark sein und erfolgreich kämpfen können, die sie zu kämpfenden Massen macht.

Die Bedeutung revolutionärer Arbeit während des Wahlkampfs liegt weniger darin, daß dadurch der Parlamentarismus entlarvt wird. Sondern sie besteht vielmehr darin, daß der Wahlkampf für einen der vielen notwendigen Angriffe gegen den Kapitalismus genutzt wird. Die Analyse der Funktion und Wirkungsweise des Parlamentarismus im westdeutschen Spätkapitalismus, wie sie hier am Anfang angedeutet wurde, zeigt uns nicht nur, wie stark unser Gegner heute ist und welcher Mittel er sich bedient. Sie zeigt uns auch, w o und w i e er angreifbar ist.

[1] Eines der Ziele unserer 1. Mai-Kampagne war die Bekämpfung dieses Ohnmacht-Bewußtseins. Denn das noch vorhandene Bewußtsein der Arbeiter über ihre Lage verliert durch dies Ohnmachts-Bewußtsein wieder seine mögliche klassenkämpferische Wirkung. Der Ansatz bei den Gewerkschaften schien uns auch deswegen wichtig, weil sich in der Konfrontation mit ihnen für die Arbeiter noch eher ein dieses Ohnmachtsbewußtsein überwindender Handlungsspielraum eröffnet (auf die Gefahren dabei wiesen wir in unserem Bericht über die 1. Mai-Kampagne im SDS-INFO 13/14 hin). Wir zeigten darum die Gewerkschaftsführer auch nicht als starke Bonzen, sondern als um ihre Stellung bangende Lakaien des Kapitals.

Im Konsumtionsbereich

Einerseits besteht gerade die Funktion und Wirkung des Parlamentarismus in der Verdrängung des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital hinter den Pluralismus von Einzelinteressen, in denen sich der Arbeiter höchstens noch als Verbraucher, als Mieter, als Benutzer von Verkehrsmitteln usf. erkennt. Andererseits gehen mit dem Ende des „Wirtschaftswunders" auch in diese Einzelinteressen materielle Interessen ein, die unmittelbare Interessen eines größeren Teils der lohnabhängigen Bevölkerung sind und die im parlamentarischen Interessenspiel nicht mehr zur Geltung kommen können. Ganz konkret: für die Münchner Altbaumieter haben das Bundestagsspiel und die Große Koalition nach der Einführung des „Grauen Kreis" etwas von ihrer integrierenden Funktion eingebüßt. Die „linken" Jungsozialisten erwiesen ihrer Partei keinen guten Dienst, als sie vor kurzem unter dem Motto „Stoppt die Mietpreise" für die SPD Wahlpropaganda machen wollten. Trotz des Aufgebots an SPD-Prominenz und des einheimischen Paradepferdes OB Vogel erschienen zu der Massenveranstaltung kaum zwanzig Leute.

In solchen Bereichen, wo das Parlament „versagt" hat, könnten wir den Wahlkampf mit direkten Aktionen und exemplarischer Entfaltung von massenhafter Selbsthilfe (Besetzung von leerstehenden Häusern etc.) konfrontieren. Der Wahlkampf könnte dann dazu beitragen, die Alternative zwischen parlamentarischer „Interessenvertretung" und massenhafter Selbstvertretung praktisch zu machen. Dabei bestehen aber zumindest zwei Gefahren. Erstens wird es sich wohl um derart begrenzte Konflikte handeln, daß sie mit entsprechenden Zugeständnissen aufgefangen werden können. Zweitens besteht die Gefahr, daß die mobilisierten Massen nun erst recht beginnen, nach den Parteien zu schielen, weil sie sich von ihren Aktionen gerade im Wahlkampf einen sonst nicht möglichen Druck auf die Parteien versprechen. Schließlich ist ja der Konsumtionsbereich das Feld, auf dem sich der Interessenpluralismus breit gemacht hat und die Parteien hausieren gegangen sind. Schließlich dienten die Auseinandersetzungen im Konsumtionsbereich gerade dazu, den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital aus dem Bereich politischer Auseinandersetzungen zu verdrängen. Es wird also entscheidend sein, wieweit es uns gelingt, den Grundwiderspruch in diesen Kämpfen im Konsumtionsbereich praktisch zur Geltung zu bringen und die Mobilisierung in eine klassenspezifische zu überführen.

Im Produktionsbereich

Einerseits zeichnet sich also der Nachkriegsparlamentarismus dadurch aus, daß sich die Arbeiterschaft nicht einmal mehr als Parlamentsfraktion wiederfindet und der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital gänzlich aus dem Bereich verbannt ist, der sich als politisch zu erkennen gibt. Andererseits kann darin eine bedeutende Schwäche des westdeutschen Nachkriegsparlamentarismus bestehen. Denn der auf dem Boden des

faschistischen „Klassenfriedens" aufgebaute Nachkriegsparlamentarismus ist kaum auf Klassenkampf eingerichtet (bzw. seine für den „Klassenkampf von unten" getroffenen Vorkehrungen lassen von seinem parlamentarischen Spiel nicht viel übrig — Notstandsgesetze etc.). Die allen-wohl-und-niemand-weh-Parteien sind nicht die geeigneten Instrumente, um Klassenkämpfe zu kanalisieren. Nicht umsonst übernehmen die Gewerkschaften immer mehr die Funktion der früheren „Arbeitervertreter" im Parlament und vertreten gegenüber den Arbeitern den Willen des Kapitals (besonders natürlich in Krisen, wenn sich die Arbeiter als kollektiv Betroffene wiedererkennen — „Konzertierte Aktion" etc.).
Diese Schwäche besteht nun in besonderem Maße während des Wahlkampfs. Ein Hinweis darauf ist die Tatsache, daß die IG Bergbau 1966 wegen des Landtagswahlkampfs den großen Streik in Nordrhein-Westfalen auf Wunsch der SPD in letzter Minute vor Streikbeginn abblies. Im Wahlkampf stellt sich die demokratische Diktatur scheinbar der Wahl. Dabei dürfen möglichst keine Interessen auftauchen, die aus dem Interessenpluralismus herausfallen. Die Parteien stellen sich nach dem Motto „für jeden etwas" der Wahl und können es auf keinen Fall vertragen, daß ein Interessengegensatz auftaucht, in dem der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital enthalten ist und der sich darum zum unversöhnlichen Gegensatz ausweiten kann.

Wo anfangen?
Bei einer Arbeiterschaft, die so entpolitisiert und entsolidarisiert wie in Westdeutschland ist, sind die Aussichten natürlich sehr gering, daß sich im Produktionsbereich Auseinandersetzungen entwickeln lassen, die darauf abzielen können, den Wahlkampf mit Klassenkämpfen zu konfrontieren. Bei unseren gegenwärtigen Möglichkeiten kommen von vornherein nur zwei Möglichkeiten in Betracht: entweder bei einem oder einigen wenigen Betrieben einen spezifischen Konflikt so voranzutreiben, daß die Konfrontation mit dem Wahlkampf exemplarisch möglich wird, oder aber bei einer Frage anzusetzen, von der größere Teile der Arbeiterschaft überregional und überbetrieblich betroffen sind. Die Arbeiter-Basis-Gruppen sahen einen solchen Ansatz gegeben mit dem Auslaufen der Tarifverträge in der gesamten Metall-Industrie zum 30. September. Es war klar, daß das Auslaufen eines Tarifvertags und die Frage der Lohnerhöhung an sich noch zu keinen Konflikten mit dem Wahlkampf führt. Anders wird es aber, wenn Teile der Arbeiterschaft oder einzelne Belegschaften sich nicht von den Gewerkschaften vorschreiben lassen, w a s sie fordern und w i e sie ihre Forderung vertreten. Dann können die Tatsache, daß es sich um einen Tarifabschluß auf Bundesebene handelt, und mehr noch die Konfrontation mit dem Wahlkampf, den Reaktionen der SPD und des Staates und der Gewerkschaften gerade dazu beitragen, den an einzelnen Orten beginnenden Kampf auszuweiten, und dazu beitragen, den ökonomischen Kampf zum politischen Kampf zu entwickeln. Allerdings deutet sich darin

schon eine Dimension an, mit der unsere Bewegung gegenwärtig noch überfordert zu sein scheint: Sicher hat es ebenso wie in München während der Tarifverhandlungen auch in anderen Städten Ansatzpunkte gegeben, die jeder für sich nicht sehr bedeutend sind, die aber ein viel größeres Gewicht bekommen hätten, wenn sie von einer großen überregionalen Kampagne an den Betrieben aufgegriffen worden wären.

Für den Konsumtionsbereich wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß sich der Konflikt durch Zugeständnisse auffangen und durch ein Eingehen der Parteien (Versprechen von gesetzgeberischen Maßnahmen etc.) auf diesen Konflikt in den Wahlkampf integriert werden kann. Besteht bei einem ökonomischen Konflikt nicht dieselbe Gefahr? Der wesentliche Unterschied zum Konsumtionsbereich besteht darin, daß die Lohnabhängigen hier von vornherein als Lohnabhängige auftreten und es nicht nur mit dem „ideellen Gesamtkapitalisten" zu tun haben. Bei einer Zuspitzung und Ausweitung eines große Teile der Arbeiterschaft betreffenden ökonomischen Konflikts mag es langfristig im Interesse des Gesamtkapitals sein, daß die SPD angesichts eines solchen Konflikts zumindest vorübergehend wieder Züge der „Arbeitervertretung" annimmt und andererseits die Einzelkapitalisten der Metallbranche auf die Durchsetzung ihrer unmittelbaren Interessen vorübergehend verzichten. Was die SPD betrifft, so sind ihr hierfür gerade im Wahlkampf objektive Schranken gesetzt. Die in der Funktion des Parlamentarismus begründete Herausbildung der SPD zur „Volkspartei" ist im Wahlkampf auf eine klein- und großbürgerliche Wählerbasis angewiesen. Und diese Wähler würden kaum die „Vernunft" aufbringen, eine auch nur vorübergehende Rückkehr der SPD zur scheinbaren Arbeitervertretung gutzuheißen. Andererseits zeigt die gegenwärtige Überhitzung der Konjunktur, daß die Bourgeoisie keineswegs so durchorganisiert ist, daß die einzelnen Kapitalisten heute aus politischen und längerfristigen ökonomischen Notwendigkeiten heraus ihre unmittelbaren Interessen zurückstecken.

Die Frage, die an diese Kampagne gestellt werden muß, besteht also im Gegensatz zum Konsumtionsbereich weniger darin, ob sich die Parteien im Wahlkampf dieser Kampagne bemächtigen können. Sondern sie muß grundsätzlicher sein. Die Frage ist nämlich, ob die ökonomische Auseinandersetzung im Produktionsbereich überhaupt ein Ansatz für revolutionäre Arbeit sein kann. Der ökonomische Kampf um mehr Lohn leidet von vornherein darunter, daß er mit seinen Zielen innerhalb des Kapitalismus verbleibt und die Grundgesetze des Kapitalismus reproduziert. Dennoch wird er von Marx als notwendige Voraussetzung für den darüberhinausgehenden Kampf der Arbeiterklasse betrachtet.[1]) Wir haben es aber heute

[1] „... daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis (= Preis der Arbeit) zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen. Würden sie (die Arbeiter) in ihren täglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen." (Lohn, Preis u. Profit, Kap. 14)

mit einem Kapitalismus zu tun, in dem die Arbeiterschaft nicht einmal mehr den Lohnkampf führt, sondern sich von den Gewerkschaften vorschreiben läßt, was sie jeweils zu bekommen hat. Wenn wir dies berücksichtigen, dann lautet die Frage nach dem heutigen Verhältnis zwischen ökonomischem Kampf der Arbeiter und revolutionärem Kampf in ihrer genauen Form: *ist es ein Ansatz für den revolutionären Kampf, wenn wir überhaupt erstmal wieder den ökonomischen Kampf in Gang bringen?*

1) Die Fragwürdigkeit einer Kampagne, die Klassenkampf anhand der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft entwickeln will, zeigt sich ganz konkret darin, daß es nicht möglich ist, vom revolutionären Standpunkt her irgendeine bestimmte Lohnforderung als Kampfziel zu entwickeln. Jeder Versuch, die Interessen der Arbeiterklasse in einer Lohnforderung zum Ausdruck zu bringen, bleibt ein Versuch, die Interessen der Arbeiterschaft i m Kapitalismus zu artikulieren. Eine Lohnforderung, die sich durch ihre H ö h e von den bisherigen Lohnforderungen abhebt, ist besonders reformistisch. Denn sie muß notwendigerweise die Illusion erwecken, als würde sich durch einen solchen Vorstoß für die Arbeiterklasse etwas wesentliches verändern, und sie gerät beim gegenwärtigen Bewußtseinsstand der Arbeiterschaft sogleich in die Nähe der gewerkschaftlichen Forderung nach „sozialer Symmetrie" und „Reform durch Umverteilung des Einkommens". *Es kann also uns nicht darum gehen, die Gewerkschaft durch eine der Höhe nach „radikale" Lohnforderung zu „übertreffen"!* „Statt des konservativen Mottos: ‚Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk!" sollte sie (die Arbeiterklasse) auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!'." (Marx: Lohn, Preis und Profit, Kap. 14.).

2) Wir werden aber andererseits keinen Schritt weiterkommen, wenn wir der gewerkschaftlichen Tarifpolitik nur diese Losung entgegensetzen und uns darauf beschränken, die Arbeiter über die Funktion von Lohnforderungen im Kapitalismus a u f z u k l ä r e n. *Eine Kampagne, die Klassenkampf anhand der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft entwickeln will, muß — wenn sie praktisch werden will — an den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft anknüpfen.* Gibt es einen Weg, der diese Notwendigkeit berücksichtigt und ihr dennoch nicht erliegt?
Die Antwort auf diese Frage deutet sich schon an, wenn wir uns die einfache Tatsache vergegenwärtigen, daß wir es nicht nur mit den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft einerseits und den Interessen des Kapitals andererseits zu tun haben, sondern der Konflikt zwischen beiden Interessen[1]) längst mit den modernen Gewerkschaften institutionalisiert ist.

[1] Wir setzen hier allerdings voraus, daß es einen solchen Konflikt gibt. Wir betrachten auch den organisierten Monopolkapitalismus nicht als ökonomisch soweit „perfektioniert", daß in ihm das Kapital keine Versuche mehr unterneh-

Bei Marx hat der Lohnkampf noch zwei Seiten: Einerseits ist der Kampf um mehr Lohn völlig den Gesetzen des Kapitalismus verhaftet. Denn dem Kampf um die Erhöhung des Preises der Ware Arbeitskraft wohnt die Bedingung inne, daß sich die Arbeiter als Ware Arbeitskraft verkaufen. Andererseits würde ein Nachgeben der Arbeiter gegenüber den ständigen Versuchen des Kapitals, den Lohnstandard herunterzudrücken, für die Arbeiter bedeuten: „sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen." (Marx: Lohn, Preis und Profit, Kap. 14.).

Diese Argumentation von Marx setzt aber voraus, daß beim Konflikt zwischen den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft und den Interessen des Kapitals es die Arbeiter sind, die dem Kapital mit Lohnforderungen entgegentreten. Der heutige gewerkschaftliche „Kampf" um mehr Lohn bleibt aber nicht nur mit seinen Forderungen völlig innerhalb des Kapitalismus. Sondern darüberhinaus erfüllen die Gewerkschaften die Aufgabe, daß die Arbeiter gar nicht mehr an dem Konflikt zwischen ihren unmittelbaren ökonomischen Interessen und den Interessen des Kapitals beteiligt werden. Sondern die Behandlung dieses Konflikts ist fast gänzlich in die Ausschüsse der Bourgeoisie verlagert worden (so wie die Bourgeoisie die ständig auftretenden Ungleichzeitigkeiten und Disproportionalitäten ihrer Wirtschaftszweige „unter sich" zu „bereinigen" versucht). Dies stellt so stark die Wirklichkeit „gewerkschaftlicher Interessenvertretung" dar, daß die zur Verschleierung dieser Wirklichkeit bestimmten Spielregeln der Gewerkschaften verkümmern (in Tarifangelegenheiten kommt sogar das innergewerkschaftliche, der „repräsentativen Demokratie" entsprechene Delegationssystem kaum noch zum Tragen; Urabstimmungen zur Bestätigung von Tarifkompromissen werden „vergessen" etc.).

In der hervorragenden Funktionstüchtigkeit der Gewerkschaften für das Kapital liegt allerdings zugleich die Schwäche dieses Systems der Integration des Konflikts zwischen den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft und den Interessen des Kapitals. Immerhin artikulieren sich dennoch die unmittelbaren öknomischen Interessen der Arbeiterschaft bei Tariffragen soweit, daß die Gewerkschaften nach Abschluß der Tarifkompromisse besonders viel Austritte zu verzeichnen haben. Von grundsätzlicherer Bedeutung ist die Tatsache, daß solche Lakaien-Gewerkschaften in wirtschaftlichen Krisensituationen kaum imstande sind, auch nur den erreichten Lohnstandard zu halten, und daß ihre Legitimationsschwäche besonders groß ist. Wie schon die 1. Mai-Kampagne in München andeutete, reagieren sie auf Initiativen aus der

men würde, den Lohnstandard der Arbeiterschaft zumindest indirekt (über die Reproduktionskosten) zu drücken. Einerseits muß der Kapitalismus die Konsumtionsfähigkeit der Massen für den Absatz der produzierten Güter entwickeln, andererseits entfaltet sich die Krisenhaftigkeit der Kapitalverwertung letzlich immer auf Kosten der Konsumationsfähigkeit der arbeitenden Massen.

Arbeiterschaft, die ihre Legitimation in Frage stellen, derart allergisch, daß sie selbst zur Verbreitung und Politisierung dieser Initiativen beitragen.

3) Wenn wir davon ausgehen, daß auch der organisierte Monopolkapitalismus kein Kapitalismus ohne ökonomische Krisen ist, sondern daß seine Krisenhaftigkeit erst zur Entwicklung des antizyklischen Instrumentariums geführt hat, dann ist die Integration des Konflikts zwischen den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft und den Interessen des Kapitals von großer politischer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch unser Anknüpfen an den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft zu sehen: *an den unmittelbaren ökonomischen Interessen ist soweit anzuknüpfen, daß dadurch eine Basis für die praktische Auseinandersetzung mit dem Mechanismus der Integration des Konflikts zwischen den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft und den Interessen des Kapitals geschaffen werden kann.* Es geht also nicht darum, daß die Arbeiter einen Kampf für „eigene" ökonomische Forderungen neben den Tarifverhandlungen der IG Metall führen, sondern darum, daß sich die Arbeiter ausgehend von ihren unmittelbaren ökonomischen Interessen mit den Tarifverhandlungen der IG Metall praktisch auseinandersetzen.
Die Arbeiter-Basis-Gruppen haben darum auch keine eigenen, notwendigerweise nur ziemlich willkürlich festlegbaren Lohn- und Gehaltsforderungen aufgestellt. Sondern in Parolen auf den Fabrikmauern und im ersten der wöchentlich bis vierzehntägig erscheinenden Flugbätter wurde eine Forderung aufgegriffen, die in dem Münchner Großbetrieb DECKEL aufgestellt wurde (15% Lohn- und Gehaltserhöhung). Das unmittelbare Ziel der ersten Agitationsphase bestand darin, die Arbeiter für diese Forderung zu gewinnen und diese Forderung so zu verankern, daß sie von den Arbeitern auch gegenüber der Gewerkschaft aufrechtgehalten wird.
Zunächst noch unkommentiert wurde auf diesem Flugblatt dazu ein Beschluß der IG-Metall-Vertreterversammlung abgedruckt, der die von der Ortsverwaltung „empfohlene Fassung" eines Antrags der IG-Metall-Vertreter bei DECKEL[1]) darstellt. Dieser Beschluß[2]) ist in zweierlei Hinsicht — nämlich der Form und dem Inhalt nach — schon ein Teil der

[1] Antrag von Mitgliedern der IG Metall bei der Firma Deckel an die Vertreterversammlung der IG Metall, Verwaltungstelle München:
„Am 30. 9. 69 laufen die Lohn- und Gehaltstarife aus. Die Vertreterversammlung der IG Metall fordert namens ihrer 45 000 Mitglieder eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 15%!"
[2] Beschluß der Vertreterversammlung vom 14. 7.: „... Die Vertreterversammlung erklärt, daß sie eine Verbesserung der tariflichen Einkommensstruktur um etwa 15% erwartet. Die Vertreterversammlung fordert den Vorstand und die Tarifkommission auf, bei Gesprächen bzw. Verhandlungen diese Forderung zu berücksichtigen." ...

gewerkschaftlichen Abwiegelungsstrategie zur Integration des Konflikts zwischen den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft mit den Interessen des Kapitals: Erstens fängt der Beschluß eine Initiative von „unten" dadurch auf, daß einerseits sich die Vertreter aus den einzelnen Betrieben damit ihre „Radikalität" gegenüber der IG-Metall-Spitze bestätigen können und daß andererseits diese Initiative von „unten" durch den nichtöffentlichen Charakter solcher Beschlüsse innerhalb des Gewerkschaftsapparats bleibt und nicht etwa mobilisierend auf die Arbeiter anderer Betriebe wirkt. Zweitens reduziert die von der Ortsverwaltung „empfohlene Fassung" schon einmal den ursprünglichen Antrag. Die Vertreterversammlung fordert nicht mehr eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 15%, sondern „erwartet" eine Verbesserung der „tariflichen Einkommensstruktur" um „etwa" 15%. In der Diskussion auf der Vertreterversammlung wurde klar, was mit „tariflicher Einkommensstruktur" gemeint ist. Es handelt sich nicht um 15% mehr Lohn, sondern in den 15% sind schon die drei geforderten Urlaubssamstage verrechnet, die als 2,5%ige Verbesserung der Einkommensstruktur veranschlagt werden — womit schon auf der untersten Ebene der gewerkschaftlichen „Willensbildung" von den 15% nur noch 12,5% übrigbleiben.

Wir haben aber bewußt darauf verzichtet, diesen Beschluß schon auf dem ersten unserer Flugblätter zu entlarven. Sondern die erste Agitationsstufe soll die Basis dafür schaffen, daß sich die Arbeiter dann selber und auf der Grundlage einer von ihnen getragenen Forderung mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik auseinandersetzen (Im Prinzip gilt auch hier: „Den Bogen spannen, doch den Pfeil nicht abschnellen, sondern den Schuß nur markieren." — Mao Tse Tung: Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan, Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 48).

In der Losung „15% und kein % weniger!" deutet sich schon an, daß es bei dieser Forderung weniger auf ihre Quantität ankommt. Die 15% sind natürlich eine sehr minimale Forderung. Viel wichtiger als die Höhe aber ist, daß von den 15% unter keinen Umständen Abstriche gemacht werden. Der qualitative Aspekt der Losung besteht dann darin, daß sie sich von vornherein gegen den gewerkschaftlichen Mechanismus des Aushandelns und institutionalisierten Kompromiß-Machens wendet. Damit können von vornherein auch die Aktionsformen andere als bei einer reinen Lohnauseinandersetzung sein (z. B. Angriffe gegen den innergewerkschaftlichen Verschleierungsprozeß, Öffentlich-Machen von Tarifverhandlungen durch Aktionen). Unter ihrem qualitativen Aspekt weist die Kampagne den heute noch notwendigen Stellvertreteraktionen eine Funktion zur Mobilisierung der Massen zu, die sich aus einem reinen Lohnkampf nicht ableiten ließe.

Die praktische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist von vornherein zugleich eine Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Bewußtsein der Arbeiterschaft. Sie geht gegen ein Händler-

Bewußtsein, das bei vielen Arbeitern vorherrscht und eines der wesentlichen Hemmnisse für die Entfaltung des Klassenkampfs ist. Denn das Denken „Wir müssen 20% fordern, um 10% zu bekommen" weicht jede Forderung so auf, daß kein Kampf für sie zustande kommen kann (seine Vollendung findet dieses Denken bei den „linken" Reformisten, die Revolution fordern, um Reformen zu bekommen). Letzlich geht es bei unserer Kampagne also nicht um die Initiierung von ökonomischem Kampf, sondern um einen Angriff auf eine der ideologischen Grundlagen des Kapitalismus. Wenn der Kapitalismus nicht in den Köpfen der Arbeiter existieren würde, wäre ihm eine seiner wesentlichen Existenzgrundlagen entzogen. Das Händler-Bewußtsein der Arbeiter ist die Fortsetzung des Lohnsystems in den Köpfen der Arbeiter. Ihren eigentlichen Sinn bekommt unsere Kampagne dadurch, daß es für die Entfaltung des Klassenkampfes notwendig ist, die Alternative zwischen Händler-Bewußtsein und Klassenbewußtsein zu einer praktischen Alternative zu machen.
Was haben wir mit unserer Kampagne erreicht? Wenn man den Erfolg daran bemessen will, was die Arbeiter aufgrund unserer Agitation g e t a n haben, dann war sie kein Erfolg. Wenn man es jedoch für eine gegenwärtig sehr notwendige Aufgabe hält, daß wir kontinuierlich Diskussionen in den Betrieben in Gang setzen, daß wir das Vertrauen der Arbeiter erwerben und daß wir uns in der Arbeiterschaft verankern, dann hat unsere Kampagne die Erfüllung dieser Aufgabe wesentlich vorangetrieben. Anfangs bestanden innerhalb der Arbeiter-Basis-Gruppen durchaus noch Illusionen über unsere Möglichkeiten. Das unmittelbare Ziel der ersten Agitationsphase bestand darin, die Arbeiter für die Forderung „15% und kein % weniger" zu gewinnen und diese Forderung so zu verankern, daß sie von den Arbeitern auch gegenüber der Gewerkschaft aufrechterhalten wird. Dies war insofern falsch, als einige von uns dabei glaubten, daß wir die Arbeiter veranlassen könnten, sich aktiv für diese Forderung einzusetzen. Wenn man sich anschaut, welche Betriebe von der großen Streikwelle im September 1969 erfaßt wurden, dann zeigt sich, daß es fast immer „objektive Gründe" geben muß, auf die sich die Arbeiter berufen können (geringer Lohn im Verhältnis zu vergleichbaren anderen Betrieben oder Industrien, besonders hohe Gewinne etc.). Dennoch war es richtig von uns, so hartnäckig an der Forderung „15% und kein % weniger" festzuhalten: angesichts der großen Streiks lebt unsere Forderung unter den Arbeitern wieder auf und bietet uns einen guten Ansatzpunkt für die agitatorische Vermittlung der großen Streiks. Das gleiche gilt dafür, daß wir in fast jedem Flugblatt zu den Tarifverhandlungen auf das Verhältnis zwischen Wahlkampf und Klassenkampf eingegangen sind: damit existiert schon eine Grundlage, auf der wir das Verhalten der Gewerkschaften, Parteien und der Regierung gegenüber den großen Streiks wirklich materialistisch darstellen können.
Gerade, wenn wir sehen, wie die Unterstützungsversuche der Genossen bei den streikenden Arbeitern im Ruhrgebiet und Saarland auf Ablehnung

stoßen, wird die Bedeutung solcher Kampagnen wie der von uns durchgeführten deutlich: wir hatten uns mit dieser Kampagne zum erstenmal eine derartige Basis geschaffen, daß wirkungsvolle Stellvertreteraktionen von uns z. B. gegen die Sitzungen der großen Tarifkommission möglich und notwendig gewesen wären. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir erst dafür arbeiten müssen, daß die Arbeiter von uns Unterstützung erwarten. So aber sehen wir auf der einen Seite, wie die Arbeiter unsere Kampfformen aufgreifen, und stehen auf der anderen Seite in den Augen der Streikenden und demonstrierenden Arbeiter wie die Gewerkschaft da: wir können der realen Bewegung nur hinterherlaufen — mit dem höchstens den Spott der Arbeiter hervorrufenden Unterschied, daß die Gewerkschaft der realen Bewegung hinterherrennt, um sie zum stoppen zu bringen, und wir der realen Bewegung nachrennen, um sie „vorantzutreiben". Genossen, wir werden daraus kein Klagelied von Leuten machen, „die gesät haben, aber um die Ernte gebracht wurden". Wir können aber auch nicht umgekehrt uns damit beruhigen, daß die Arbeiter jetzt von sich aus zu kämpfen begonnen haben und „uns gar nicht mehr brauchen".

Was die Arbeiter tatsächlich nicht mehr brauchen, ist das Beispiel, das ihnen „die Studenten" mit dem Kampf an den Hochschulen und auf der Straße gaben. Wenn die Arbeiter zu kämpfen anfangen, sind sie selber in der Lage, die Mittel und Formen des Kampfes zu finden, mit denen sie die Interessen durchsetzen können, die sie heute als ihre Interessen erkennen können. Um z. B. den Straßenverkehr lahmlegen zu können, brauchen sie uns nicht mehr. Aber während das Komplott der Gewerkschaften, Unternehmer, Parteien und Regierung noch nie so sehr politisch entlarvt wurde wie durch die von den Arbeitern selber in Gang gesetzte Streikwelle, bleibt das politische Verhalten der Arbeiter fast unbeeinflußt von ihrem Streik. Das über ihre unmittelbaren Interessen hinausgehende politische Klassenbewußtsein werden die Arbeiter weder aus eigener Kraft noch durch das Beispiel einer Studentenrevolte erreichen. Damit aus den konkreten begrenzten Kämpfen ein solches Bewußtsein entsteht, brauchen die Arbeiter die Revolutionäre und zwar Revolutionäre, die gerade in der Zeit hartnäckig bei ihnen und unter ihnen arbeiten, wenn sie noch nicht im entferntesten an Kampf denken.

Wolfgang Lefèvre

Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 1969 für unsere Arbeit*

Um beantworten zu können, ob wir schon jetzt aus den Streikereignissen in Westdeutschland auf einige Konsequenzen für unsere Arbeit hier in Westberlin schließen können, soll zunächst versucht werden, die für uns wichtigsten Punkte der Streikereignisse in vorläufiger Form zusammenzufassen.

Aus zwei Gründen ist es im Augenblick schwer einzuschätzen, ob die Streiks vorwiegend einem einfachen gewerkschaftlichen Bewußtsein der Arbeiter Ausdruck geben oder ob sie aber darüberhinausgehende, revolutionär zu nennende Ansätze zeigen. Der eine Grund ist, daß ganz offenkundig grundverschiedene Streiktypen an den einzelnen Orten auftraten — so kann man z. B. den Kampf der Bremer Klöckner-Arbeiter kaum mit den vielen Ausständen vergleichen, die sich von Gewerkschaften und Unternehmern fast mühelos durch vage Zusicherungen auf einen rückwirkenden Tarifvertrag beenden ließen. Die Einschätzung des revolutionären oder nur trade-unionistischen Charakters der westdeutschen Arbeitskämpfe ist zum zweiten deswegen schwer, weil die Kämpfe praktisch nirgends bislang auf wirklich harten Widerstand der betroffenen Kapitalisten und ihrer Manager und ebensowenig auf die Reaktion der kapitalistischen Staatsmaschine gestoßen sind.

Die Gründe für die Günstigkeit des Streikzeitpunktes wurden vorhin in einem Beitrag aufgezeigt: der gegenwärtige Konjunkturhöhepunkt, insbesondere der export-orientierten Industriegiganten, der den Kapitalisten keinen längeren Produktionsausfall ohne Gefährdung der Marktposition gegenüber der internationalen Konkurrenz gestattet; zum anderen die politische Situation der Wahlkampfwochen, in der die Konkurrenz der systemtragenden Parteien um Sitze und Posten jede entschiedene Reaktion der Regierungsapparate unmöglich macht. Diese günstige Situation, die mit den raschen ersten Erfolgen, vor allem der Hösch-Arbeiter, das Überspringen und Grassieren der Streiks ermöglichte, ließ andererseits die Streikaktionen — eben weil es bisher kaum zu schwerwiegenden Konfrontationen kam — in einer gewissen Unentschiedenheit, was den reformistischen oder aber revolutionären Charakter dieser Streiks angeht.

Wir haben deswegen, wie es scheint, im Wesentlichen nur drei Kriterien,

* Referat gehalten auf dem Teach-In in der FU Berlin am 12. 9. 1969.

um den Charakter der Streiks einzuschätzen; nämlich 1. die angewandten Kampfformen, 2. das Verhalten der streikenden Belegschaften gegenüber den Gewerkschaften und gegenüber der bürokratischen Form der Konfliktbewegung (also vor allem gegenüber den vorgezogenen offiziellen Tarifverhandlungen) und 3. die eventuell in den Aktionen gemachten Fortschritte für die Selbstorganisation — so wenig wir auch zu diesem dritten Punkt beim jetzigen Informationsstand sagen können. Nach diesen Kriterien müssen wir wohl drei hauptsächliche Typen von Streikaktionen unterscheiden:

1. Bei wohl den meisten Ausständen, die sich der erfolgreichen Hösch-Aktion anschlossen, sehen wir lediglich die traditionelle Kampfform der Arbeitsniederlegung, können wir zudem keine offenen Unstimmigkeiten zwischen diesen Belegschaften und den Gewerkschaften bemerken; dagegen gehen in diesen Fällen die Belegschaften fast widerstandslos auf die von Unternehmern und Gewerkschaften schon bei der Hösch-Aktion fieberhaft propagierte Abwiegelungslinie ein, nämlich, die geltenden Tarifverträge vorzeitig zu kündigen und rückwirkend für den 1. September neue Tarifsätze auszuhandeln. Über in der Aktion entstandene Ansätze zur Selbstorganisation bei diesen Belegschaften wissen wir nichts — und werden wir, mit großer Wahrscheinlichkeit, auch nichts erfahren können. Dieser — wie es jetzt den Anschein hat — wohl vorwiegende Streiktyp verrät also deutlich, daß er vollständig im traditionellen, systemkonformen Rahmen stecken geblieben ist; genauer und für die Absteckung unserer Aufgaben zugeschnitten gesagt: diese Belegschaften konnten offenbar aus dem Stand, unvorbereitet und allein, ihren Streik nicht dazu nützen, auch nur einen praktischen Schritt über das eindressierte gewerkschaftliche Bewußtsein und über die mit der nur-gewerkschaftlichen Organisierung gesetzte Unorganisiertheit und praktische Unfähigkeit der Belegschaft, die sich in ihren Kampfformen verrät, hinauszukommen.

Bei dieser kritischen Einschätzung dürfen wir jedoch folgendes nicht übersehen: Zweifellos hat es auch dieser erste, kaum revolutionäre Ansätze zeigende Streiktyp mit den entwickeltsten Streikaktionen — also etwa bei Klöckner — gemeinsam, daß die Aktionen spontan und ohne jedes Zutun der Gewerkschaften begonnen werden. Darum müssen wir den objektiven Widerspruch zwischen der Belegschaft, die spontan solchen Streik beginnt, und den Gewerkschaften festhalten. Dieser im spontanen Kampfbeginn ausgedrückte objektive Widerspruch zwischen solchen Belegschaften und den etablierten Arbeitervertretungen — das haben uns insbesondere die vorjährigen Mai-Ereignisse in Frankreich gezeigt — entwickelt sich in der Anfangsphase solcher Kämpfe meist zu überhaupt keinem offenen, bewußt ausgetragenen Konflikt. Selbst die Hösch-Arbeiter, die sich mit ihrer Forderung, daß der verlangte Stundenzuschlag vollständig unabhängig von den kommenden Tarifverhandlungen zu geben sei, ausdrücklich außerhalb der gewerkschaftlichen Abwiegelungslinie bewegten, bekundeten trotzdem beim Wiederaufnehmen der Arbeit ihre Übereinstimmung mit der

Tarifstrategie der IG Metall. D. h. aber nichts anderes, als daß selbst das praktische Ausscheren von Belegschaften aus der Gewerkschaftslinie nicht bedeuten muß, daß die Arbeiter sich den darin enthaltenen Widerspruch zwischen ihrer Praxis und der Strategie der Gewerkschaften vergegenwärtigen und daraus Konsequenzen herleiten. Daß dieser Lernprozeß aus dem tatsächlichen Charakter der eigenen Praxis nicht zustandekommt, weil Ansätze zu einer alternativen Organisierung zu der bürokratisch-gewerkschaftlichen nicht entwickelt sind, liegt auf der Hand.

Der 2. Streiktyp — vor allem bei Hösch dargestellt — ist damit schon zu einem Großteil bezeichnet: Er geht in den Kampfformen (bei Hösch z. B. das sit-in), in der Schroffheit des objektiven Widerspruchs zu den Gewerkschaften und in seiner Widerstandskraft gegen die systemkonforme Abwiegelung weit über den traditionellen, im Wesentlichen von den Gewerkschaften bestimmten Praxisrahmen hinaus. (Wenn hier von Widerspruch zu den Gewerkschaften die Rede ist, so widerspricht dem nicht, daß z. B. bei Hösch der Streik von der Vertrauensleuteversammlung beschlossen wurde; denn wir meinen zunächst den Widerspruch solcher spontanen Arbeitskämpfe zu dem gesamten außerbetrieblichen Gewerkschaftsapparat; inwieweit dagegen dieser Apparat die innerbetriebliche gewerkschaftliche Vertretung vollständig beherrscht, ist von Fall zu Fall zu prüfen; bei Klöckner Bremen z. B. ist es, wie wir hörten, kurioser Weise, eben wegen der Auseinandersetzungen im Frühsommer, umgekehrt als man erwarten würde: dort ist noch der Vertrauensleutekörper zu einem Großteil vom Gewerkschaftsapparat beherrscht, nicht dagegen der Betriebsrat).

Wenn also auch dieser zweite Streiktyp den von den Gewerkschaften bestimmten Praxisrahmen weit überschreitet, bringt er es dennoch nicht zu einem Bewußtsein davon, das für die Weiterentwicklung der Praxis bestimmend würde. Die Größe des objektiven Widerspruchs zwischen der systemkonformen Gewerkschaftslinie und diesen Streiks macht es jedoch wahrscheinlich, daß diese Kämpfe bewußt antikapitalistische und antigewerkschaftliche Ausdrucksformen und selbstorganisatorische Ansätze entfaltet hätten, wären sie auf entschiedeneren Widerstand der Kapitalisten gestoßen. (Über den tatsächlichen Stand der Selbstorganisationsansätze bei Hösch und ähnlich liegenden Betrieben haben wir bislang leider so gut wie keine Information).

Auch hier ist eine Anmerkung anzuschließen, die eine Tendenz zu wachsenden Widersprüchen zwischen Gewerkschaften und Belegschaften aufzeigen soll. Die Wahlkampfmatadoren und Leitartikler führen uns in diesen Tagen zum Übelwerden vor, daß sich Streiks wie der bei Hösch scheinbar widerspruchslos als systemkonforme Korrektur eines Ungleichgewichts zwischen Lohn- und Profitentwicklung innerhalb der Konzertierten Aktion darstellen lassen; das „bedauerliche" Entstehen dieses Ungleichgewichts scheint dann lediglich die mangelnde Feinheit in der Symmetriesteuerung durch Tarifverträge zu zeigen. Was es mit der „sozialen Symmetrie" der letzten drei Jahre auf sich hat, darüber ist vorhin ge-

sprochen worden. In unserem Zusammenhang wichtig an dieser Argumentation ist jedoch folgendes:
Tatsächlich haben die regional gegliederten und durch lokale Bewertungseinstufungen verfeinerten Tarifverträge kaum etwas mit der tatsächlichen Frontlinie zwischen Arbeit und Kapital zu tun. Als am Ende der 50er Jahre in der Bundesrepublik die Vollbeschäftigung erreicht wurde, d. h. der inländische Arbeitsmarkt erschöpft war, führte in jeder Hochkonjunkturphase die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten um Arbeitskräfte dazu, daß die betriebsinternen Leistungen, natürlich vor allem der kapitalstarken Konzerne, weit dem Lohnniveau davoneilten, das in den Tarifverträgen der Gewerkschaften ausgehandelt worden war. Und umgekehrt konnte gerade deswegen in den Rezessionszeiten und beim Aufschwungsbeginn der Konjunktur von den Unternehmern, wiederum vor allem der großen Konzerne, offener und versteckter Lohnabbau vorgenommen werden, ohne daß davon die Tarifverträge im geringsten berührt wurden. D. h. aber, die Tarifstrategie der Gewerkschaften hat nur indirekt und minimal etwas mit dem wirklichen Klassenkampf auf dem Lohnsektor zu tun; oder anders ausgedrückt: die für den Kampf im Zusammenhang mit den traditionellen Tarifverhandlungen strukturierte Gewerkschaftsorganisation ist ungeeignet, die tatsächlich wichtige Auseinandersetzung mit den Kapitalisten auf dem Lohnsektor zu führen.
Dies in Betracht gezogen, erhalten der Streik bei Hösch wie Klöckner und die ähnlich gelagerten Fälle eine ganz außerordentliche strategische Bedeutung, sowenig das auch allen Akteuren bewußt gewesen sein mag. Offenkundig haben die beteiligten Arbeiter spontan die Konsequenz aus einer kapitalistischen Strukturänderung gezogen, die dem betriebsspezifischen Lohnkampf in den Großbetrieben einen Vorrang über die gewerkschaftliche Tarifpolitik verschafft. Daß die Arbeitskämpfe, die in den letzten Tagen daraus die praktische Konsequenz gezogen haben, sich von Anfang an in objektivem Widerspruch zu den Gewerkschaften entfalten mußten und zudem, wie das Beispiel Klöckner zeigt, zur erfolgreichen Durchführung dieser Sorte von Lohnkampf die selbstorganisatorischen Fähigkeiten der Belegschaft entwickeln müssen, dies ist nach dem Dargelegten also kein glücklicher Zufall. Vielmehr verlangen offenbar die in der Großindustrie geführten betriebsspezifischen Lohnkämpfe ein Maß der Beteiligung der Belegschaft, das diese Lohnkämpfe qualitativ von den bisherigen der Gewerkschaftsapparate unterscheidet.
Für den 3. Streiktyp steht im Wesentlichen Klöckner-Bremen Modell. (Über den zweideutigen Charakter der saarländischen Bergarbeiterstreiks steht in der heutigen RPK[1] das Nötige. Die gestern begonnenen und offenbar sehr weitgehenden zweiten Bergarbeiterkämpfe an der Ruhr konnten wir bei der Ausarbeitung dieses Beitrags noch kaum berücksichtigen.) Dieser dritte Streiktyp unterscheidet sich von den ersten beiden

[1] siehe „Rote Pressekorrespondenz" Nr. 30, vom 12. 9. 1969.

durch radikalere, das übliche Arsenal von Arbeitskämpfen weit überschreitende Kampfformen (vor allem die partiellen Werkbesetzungen bei Klöckner und beim jetzigen Bergarbeiterstreik an der Ruhr); auch finden wir hier größere Widerstände gegen abwiegelnde Kompromisse und ein klares Bewußtsein darüber, welche Kluft zwischen der eigenen Praxis und der Gewerkschaftslinie liegt. Zudem zeigt sich deutlich, wie die radikaleren Kampfformen und das klare Bewußtsein über den nicht-trade-unionistischen Charakter der eigenen Praxis zusammenfallen mit einer großen selbstorganisatorischen Fähigkeit der Belegschaft. Von den jetzigen Bergarbeiterkämpfen an der Ruhr kennen wir die Vorgeschichte nicht; von Klöckner haben wir jedoch vorhin gehört, daß die Belegschaft dort keineswegs nur spontan und aus dem Stand gehandelt hat. Ihre vorausgegangenen Kämpfe, vor allem die im Frühsommer um die Listenwahlen zum Betriebsrat, haben offenbar Voraussetzungen geschaffen, die der Belegschaft jetzt zugute kamen.

Für alle betrachteten Streikarten gilt also zunächst, daß über den revolutionären Charakter im Wesentlichen das Maß entscheidet, in dem die Aktionen die selbstorganisatorische, von der Gängelung der Gewerkschaftsapparate befreite aktive Kampfbeteiligung und Handlungsfähigkeit der Belegschaften hervorzubringen vermochte. Dementsprechend ist das erste, ganz abstrakte Resultat für eine an diese Streikbewegung anknüpfende Arbeit oder gar Kampagne hier in Berlin, daß dabei vor allem der Zusammenhang herauszustellen ist, der zwischen der eigenständig von der Belegschaft organisierten, aus der Umklammerung durch die Gewerkschaftsapparate gelösten Kampfführung und der Portemonnaie-Auffüllung besteht. Eine abstrakte Agitation und Arbeit z. B. für die Angleichung des westberliner Lohnniveaus an das westdeutsche wäre deswegen falsch, weil sie nicht die von den westdeutschen Kämpfen lernbare Einsicht in das einzig taugliche Mittel solcher Kämpfe vermitteln würde: eben die Einsicht in die Notwendigkeit der Selbstorganisaton. Für dieses, an Binsenwahrheiten grenzende Resultat hätten wir freilich dieses teach-in kaum nötig. Ein einfaches Gedankenexperiment hilft vielleicht einen Schritt weiter.
Stellen wir uns vor, am Montag begännen hier in Westberlin — sagen wir bei Siemens und AEG-Telefunken — wegen einer Lohnforderung wilde Streiks. Wenn wir den gegenwärtigen Arbeitszustand unserer Kräfte realistisch einschätzen unter der Frage, ob wir dann den kämpfenden Arbeitern von irgendeinem wirklichen Nutzen sein würden, so müssen wir wohl eingestehen, daß wir das so wenig wären wie angesichts der westdeutschen Streikbewegung. Wahrscheinlich würde unsere Aktivität in Solidarisierungs-seligem Erscheinen vor den betreffenden Fabriktoren und im Verteilen schlecht und recht gezimmerter, hauptsächlich abstrakte Aufrufe zur Selbstorganisation enthaltender Flugblätter bestehen; anschließend würden wir uns vier Wochen bemühen, den genauen Hergang und die initiie-

renden Gruppen herauszubekommen und einige Kontakte anzuknüpfen. Diese Kontakte würden jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit abstrakte Eingemeindungsversuche bleiben, d. h. unpraktische Kontakte, weil wir tatsächlich kaum im Stande wären, etwas Brauchbares und Nützliches für die Praxis der betreffenden Arbeiter beizusteuern. Wenn die streikenden Arbeiter in Westdeutschland nicht nur jeden Anbiederungsversuch der etablierten Partien zurückwiesen, sondern sich auch der APO gegenüber sehr mißtrauisch zeigten, so ist uns allen klar, daß sich darin nicht etwa zu überwindende Vorurteile der Arbeiter ausdrückten, sondern das durch historische Erfahrungen gewitzte, die Selbständigkeit in der Praxis hütende Bewußtsein, das seine Partner nach deren wirklichen Beiträgen zum Kampf beurteilt.

Wenn dieses Gedankenexperiment vielleicht ein bißchen übertrieben, im Wesentlichen jedoch zutreffend ist, so liegt offenbar die eindringlichste und wichtigste Belehrung, die wir von der gegenwärtigen Streikbewegung erhalten, zunächst simpel darin, daß die Art und Weise, in der wir gegenwärtig unsere Kräfte zur Unterstützung der revolutionären Entwicklung der Arbeiterklasse einzusetzen und zu nutzen verstehen, bereits von dem geringen Wiederbeginn der Klassenkämpfe dahingehend kritisiert wird, mit der tatsächlichen historischen Bewegung in keiner Weise Schritt halten zu können. An diese wenig schöne Belehrung anknüpfend, wäre also auf Besserung unseres Arbeitsstils zu sinnen.

Vorweg jedoch noch einige Bemerkungen, die einem Mißverständnis dieses Beitrags vorbeugen sollen, das unsere heutige Diskussion leicht in eine vollständig unfruchtbare Richtung führen könnte. Ein solcher Beitrag für dieses teach-in hat weder das Recht, die bisher geleistete Arbeit mit Zensuren zu versehen, und nur durch einen Taschenspielertrick könnte dieser Beitrag den Versuch unternehmen, ein Patentrezept für die kommende Arbeit aus der Tasche zu ziehen. Kritik an und Reorganisationsvorschläge für unsere Arbeit sind notwendig Gegenstand und Resultat kollektiver Anstrengungen. Was jedoch einem solchen Beitrag nicht nur zusteht, sondern was er auch leisten sollte, das ist die Untersuchung der Frage, ob die westdeutsche Streikbewegung uns Mittel in die Hand gespielt hat, die als längst fällig diskutierte Reorganisation unserer Arbeit auf soliderer Grundlage als bisher anpacken zu können.

Es gibt unter den arbeitenden Gruppen, die lange vor der jetzigen Streikbewegung die Reorganisationsdebatte führten, wohl kaum gravierende Auffassungsunterschiede darüber, daß die Unzulänglichkeit der Arbeitsorganisation vor allem in der naturwüchsigen Zersplitterung der arbeitenden Kräfte begründet ist. Dies beginnt damit, daß man wohl kaum behaupten kann, daß die Betriebsgruppenarbeit im engeren Sinn nach wirklich diskutierten Schwerpunkten erfolgt — wenn z. B. die beiden Berliner Industriegiganten Siemens und AEG-Telefunken beinahe jenseits unserer Anstrengungen liegen, so ist das gewiß ein schwerwiegendes Symptom. Zum anderen zeigt das mit dem Wort Basisgruppen-Arbeit nicht ganz

gedeckte Betätigungsfeld der verschiedenen Zubringerarbeiten für Betriebsgruppen (also von Struktur-, Branchen-, Konzern-, Arbeitsbewertungssystem-Analysen, über die kaum begonnene Organisierung von Schulung bis hin zu Agit-Prop-Hilfen) nicht nur mangelnde Koordination, sondern vor allem, daß es uns nur mangelhaft gelingt, die potentiell dafür mobilisierbaren Kräfte für diese Arbeit heranzuziehen. Es gelingt uns auch nicht, — da diese Kräfte natürlich nicht alles auf einmal bearbeiten können — diese Aufgaben der Dringlichkeit nach zu ordnen und entsprechend die Arbeit zu organisieren.
Es ist in diesem Zusammenhang nicht nötig zu wiederholen, daß sich die Betriebs- und Basisgruppen-Arbeit aus der im wesentlichen studentischen Rebellion historisch überhaupt nicht anders als eben so naturwüchsig und zersplittert herausbilden konnte. Im Zusammenhang mit der westdeutschen Streikbewegung wichtiger scheint vielmehr die schon hundertmal diskutierte Tatsache, daß die mangelnde strategische Verständigung der in dieser Basisarbeit engagierten Akteure über ihre Arbeit es auch gar nicht zulassen konnte, diese Arbeit nach Stand unserer Kräfte und nach Stand der historischen Bewegung optimal zu organisieren.
Und genau für diesen wichtigen Punkt kann es doch den Anschein haben, daß die westdeutsche Streikbewegung uns soweit den strategischen Zusammenhang der notwendigen Aufgaben vor Augen führen kann, daß jetzt eine die arbeitenden Gruppierungen vereinigende Verständigung über die strategischen Schwerpunkte möglich geworden ist und damit eine nicht formal-organisatorische, sondern aus dem inhaltlichen Zusammenhang der Aufgaben entwickelte, zentralisierende Reorganisation.

Als wir vorhin versuchten, eine vorläufige und grobe Zusammenfassung der westdeutschen Streikbewegung zu geben, schienen uns vor allem zwei Punkte für unsere Arbeit wichtig:
1) Das offenkundige Auseinanderklaffen der von den Streikenden in ihrer Praxis begonnenen Abweichung von der systemtragenden Gewerkschaftslinie und ihrem systemkonformen Mißverständnis dieser ihrer eigenen Praxis.
2) Die durch die Streiks, z. B. bei Hösch und Klöckner, von einem theoretischen in ein praktisch-strategisches Problem verwandelte Bedeutungszunahme der betriebsspezifischen Konflikte in der Großindustrie, die zugleich, so trade-unionistisch sie auch erscheinen mögen, die von der Gängelung durch den Gewerkschaftsapparat befreite, selbstorganisierte Praxis der Belegschaft als notwendigen praktischen Inhalt mit sich führen.
Diese beiden, freilich durch eingehendere Analyse zu präzisierenden Punkte, können vielleicht doch zu einer Fortschritt bedeutenden strategischen Verständigung über unsere Arbeit führen und damit zu Kriterien für die Organisierung derselben. So könnte der strategische Bedeutungswandel der betriebsspezifischen Konflikte in den konzentriertesten Industriegebilden gerade für die Entwicklung selbstorganisierter Praxis der Belegschaften

vielleicht zu dem Bewußtsein führen, daß wir die Betriebsgruppenarbeit im engeren Sinne zum einen kräfteökonomisch auf strategisch wichtige Betriebe und zum anderen auf die danach herleitbaren wichtigsten Konfliktsituationen konzentrieren müssen. Zugleich würde von hieraus dem Feld der Zubringer-Arbeiten wohl eine Prioritätenliste von analytischen, schulenden, agitatorischen und technischen Aufgaben zu geben sein.
Auf der anderen Seite zeigt die unter 1) genannte Tatsache, daß gegenwärtig bereits erstaunlich weit verbreitete Arbeitskämpfe praktisch die systemtragende Gewerkschaftslinie verlassen, ohne daß die Akteure sich dessen ganz bewußt würden und dadurch fähig, praktische Konsequenzen daraus zu ziehen, wie sehr das Feld der Zubringerarbeiten auch für den anderen Zweck zentralisiert werden muß, nämlich, Kontakte und Informationen weit über Berlin hinaus aufnehmen und verarbeiten zu können (d. h. vor allem: allen Beteiligten handlich verfügbar machen zu können) und darüberhinaus ein jeweiliges Minimum für solche Praxis wichtiger Kenntnisse in der Weise zu erarbeiten, daß diese Kenntnisse wie nützliche Handschuhe oder Molly's auch verschickt und örtlichen Gruppen zur Verfügung gestellt werden können.
Um es zum Schluß verkürzt zu sagen: die große Chance, die unserer Arbeit aus der westdeutschen Streikbewegung erwachsen kann, liegt in den um einen qualitativen Sprung verbesserten, und gegen Dogmatismus gefeit machenden Bedingungen für eine unakademische, auf die Praxis gerichtete Strategieverständigung, und zwar Strategieverständigung zwischen allen an der Basis arbeitenden Gruppierungen; die Organisation einer solchen breiten, öffentlichen, und auf praktische Resultate gerichteten Strategieverständigung würde wahrscheinlich selbst der erste Schritt zur Reorganisation unserer Arbeit sein können.

Hannah Kröger

Die organisatorische Situation in Berlin

Die beiden Tatsachen, daß immer noch ein erheblicher Teil der westdeutschen Genossen auf der Suche nach Orientierungspunkten nach Berlin blickt und ein Teil des Berliner SDS offen seinen Führungsanspruch gegenüber den westdeutschen Genossen geltend macht (vgl. Ustraaktion in Hannover und die eingeleitete Schwerpunktarbeit Ruhrgebiet), machen es notwendig, die organisatorische Situation in Berlin einmal etwas zu beleuchten.

Die folgende Analyse mag manchem Genossen, je nachdem, welchen ideologischen Standort er teilt und mit welchen Konsistenzansprüchen er von diesem Standort aus urteilt, als zu wenig eindeutig parteilich erscheinen. In der Phase der Transformation, in der wir uns befinden, ist es jedoch inadäquat, rigide von ideologischen Positionen aus zu urteilen, die sich entweder nicht mehr oder noch nicht praktisch bewährt haben. Im Zentrum der Analyse steht deshalb die Organisations*wirklichkeit*, d. h. die jüngste Entwicklung und die in ihr angelegten Tendenzen.

In Berlin wird seit Jahren keine einheitliche Strategiediskussion mehr geführt, aber seit mehr als einem Jahr klagen „informelle Kader" über Partikularismus und Reformismus der „sogenannten" arbeitenden Gruppen. Diese klassenfeindlichen Tendenzen wurden und werden nicht nur verschiedenen ad-hoc-, Projekt- und Arbeitsgruppen an den Universitäten, sondern in erheblichem Maß auch den Stadtbezirks- und Betriebsbasisgruppen zur Last gelegt. Der Widerspruch liegt darin, daß die Klage bisher weder innerhalb der Diskussion derjenigen Gruppen, die ihrem mehr oder minder expliziertem Anspruch zufolge die Avantgarde der Bewegung bilden, noch in öffentlichen Veranstaltungen zu einer grundsätzlicheren politischen Reflexion der möglichen Funktion der antiautoritären Revolte im Überbau für die proletarische Revolution und die gesellschaftliche Umwälzung oder einer Explikation des Kaderverständnisses in bezug auf die politisch- ideologische Linie geführt hat. Die „militante" Sterilität der Hochschulrevolte, die Stagnation der Basisgruppen (sowohl analytisch wie agitatorisch), der Rückgang der Mobilisierung seit den Osterereignissen wird nur in sich isolierenden ML-Gruppierungen (Romanisten, Ökonomen) zum Anlaß einer kritischen vorwärtstreibenden Analyse des eigenen diffusen ideologischen Selbstverständnisses genommen. Während dessen regenerieren sich die revisionistischen Organisatio-

nen zunehmend aus jungen frustriert-antiautoritären Genossen. „Wir sollten uns in unserer theoretischen Polemik auf das dringendst Notwendige beschränken. Der Prozeß der Selbstentlarvung der SEW wird sich an den konkreten Betriebskonflikten und an dem konkreten Kampf der Arbeiterklasse in den Westberliner Betrieben *zeigen oder er wird sich nicht zeigen (!)* ... und das ist der einzige Prüfstein, Genossen, ob wir eine revolutionäre Organisation sein WERDEN oder ob sie es SIND" (Antwort des Genossen Semler auf die Angriffe der Roten Garden auf der Großveranstaltung in der Hasenheide am Vorabend des diesjährigen 1. Mai)

Die kritische Analyse der antiautoritären Praxis zerstört die Fiktion, als ob die mit der Hochschulrevolte verbundenen Lernprozesse eindeutig in eine bestimmte ideologisch-politische Richtung tendierten. Darüber kann auch das beliebte Etikett „antikapitalistisch" nicht hinwegtäuschen.

1. Zu den Berliner Basisgruppen

Die Basisgruppen, zahlenmäßig allen anderen aktiven Gruppen überlegen, spielen politisch in Berlin keine entscheidende Rolle, da sie über kein einheitliches Konzept verfügen. Mit ihrer Sammelbeckenfunktion nach den Osterereignissen 1968 und ihrer politischen Diskriminierung durch die alte SDS-Führungsgarnitur (vgl. die Kontroverse Hemmer/Semler anläßlich des Nixonbesuchs in Berlin und die Rede Semlers am Vorabend des 1. Mai in der Hasenheide) läßt sich dieser Mangel nicht mehr erklären.

Die Basisgruppe Wedding hat z. B. sehr viel Energie und Mühe auf die Rezeption und Überprüfung des Begriffes Arbeiterkontrolle verwandt. Es bleibt aber unklar, ob unter Arbeiterkontrolle von ihr eine politische Übergangsforderung (in Zusammenhang mit Doppelherrschaft, wie es Spartakus* vertritt) oder lediglich die Praxis einer revolutionären Betriebsorganisation vor der Revolution verstanden wird. Die Basisgruppe Wedding ist die älteste Berliner Basisgruppe. Sie hat im Zusammenhang mit der Herstellung einer Betriebszeitung, auf Betriebsversammlungen gegenüber dem Betriebsrat und der Firmenleitung vertretenen Forderungen nach einem Betriebskindergarten, durch die Zusammenarbeit mit Jungingenieuren gegenüber dem Betriebsrat, anläßlich des Ingenieurschülerstreiks und des keimhaften Protestes von Arbeitern gegen die „rationalisierte" Lohnfortsetzung einige praktische Initiative gezeigt. Politisch ist sie mit dem Vorschlag hervorgetreten, die bestehenden Basisgruppen zu Keimzellen der zukünftigen Kaderorganisation umzufunktionieren und die Grundlage für die Massenorganisation in den Betrieben selbst zu legen. Dieser Vorschlag ist angesichts des Konglomeratcharakters und der politischen Schwäche der Basisgruppen als unrealistisch anzusehen; er mußte schon deswegen scheitern, weil er das Problem der historisch adäquaten Relativierung des absoluten Führungsanspruchs der marxistisch-leninistischen Partei und des Organisationsprinzips des demokratischen Zentralismus dadurch zu lösen vorgab, indem er es umging.

Demgegenüber konzentrierte sich die Basisgruppe Tegel, die aus einem Hochschulseminar hervorging, von Anfang an auf die Agitation gegen die bestehenden hierarchischen Strukturen im Betrieb. Auch hier blieb undiskutiert, inwiefern die universitätsspezifische antiautoritäre Konfliktstrategie ohne Zugrundelegung einer gesamtgesellschaftlichen Klassenanalyse auf das Vorgehen im Betrieb übertragen werden kann. Bis heute ist zu der (diffusen) Konfliktstrategie nur die Bemühung um detaillierte Kenntnis der spezifischen Betriebsprobleme (Analyse der Arbeitsplatzsituation, Analyse der neuen Lohnfestsetzungssysteme, Analyse der Verflechtung des einzelnen Betriebs innerhalb des Konzernverbandes) hinzugetreten. Darin äußert sich die Postulierung des in seiner Einseitigkeit falschen Theorems „Emanzipation vom Arbeitsplatz aus", das ja schon in der Hochschule *nur in Verbindung* mit den Anti-Imperialismus-Aktionen hatte agitatorisch wirksam werden können. Diese „Betriebsstrategie" behauptet von sich nichtsdestoweniger, sie sei „antikapitalistisch"; ebenso wie die in bestimmten Überbaubereichen Widerstandsformen entwickelnde antiautoritäre Politisierung im Hochschulbereich. „Theoretisch" drückt sich das darin aus, daß die vom Gesichtswinkel des Studenten aus verständliche Orientierung an gesellschaftlichen Hierarchien unter umgekehrtem Vorzeichen als Klassenkampfperspektive in den Produktionsbereich hineinprojiziert wird, d. h. im Bewußtsein der Studenten die Stellung im Produktions*prozeß* die Stellung zu den Produktions*mitteln* als Kriterium der Klassenzugehörigkeit *verdrängt*, wohingegen das *Maß*, um das Kategorien wie Verfügungsgewalt und Expertokratie heute das grundlegende Klassenkriterium Eigentum ergänzen, sich nur durch die durchgeführte Analyse feststellen läßt.

Einen besonderen Weg innerhalb der Basisgruppen ging die Basisgruppe Spandau. Ihre Entwicklungsgeschichte ist insofern bedeutsam, als sie das in manchen Genossenköpfen erstarrte Urteil Antiautoritarismus-kleinbürgerlich, Zentralismus-proletarisch negiert. Die Basisgruppe Spandau ist die einzige Berliner Basisgruppe mit überwiegend proletarischer Beteiligung. Sie besteht aus 8—10 Gruppen, die ihren einheitlichen Zusammenhang über die Delegiertenzentrale und zu definierten Themen stattfindende Wochenendseminare wahrt. Die Delegiertenzentrale funktioniert nach imperativem Mandat und rotierendem System (1 Monat Einarbeitung, 1 Monat Hauptvertretung). Die Basisgruppe Spandau hatte ihren Ursprung in Gruppen von befreundeten Schülern und Lehrlingen, die an Demonstrationen und Aktionen in der Innenstadt teilnahmen. Ihren Zusammenhalt fanden diese Gruppen zunächst durch Sexpol- und ähnliche Arbeitskreise. Inzwischen ist die Schulung in politischer Ökonomie und in der Geschichte der Arbeiterbewegung aufgenommen worden. Die Politisierung konnte hier die affektiven Bedürfnisse berücksichtigen, „organisch" vor sich gehen, da allein schon die geografische Entfernung von der City einen gewissen Schutz vor den ständig wechselnden Invektiven bot, mit denen das informelle Berliner SDS-Politbüro die Basisgruppenarbeit

bedachte. Da sie noch vollauf damit beschäftigt waren, ihre eigene minimale Zentralisierung von unten her zuwege zu bringen, entzogen sich die Spandauer Genossen allen Integrationsversuchen in eine Basisgruppenzentralisation auf abstrakter Ebene.

Dem Delegiertenrat der Basisgruppen („Maikomité") ist es denn auch bisher nicht gelungen, alle Basisgruppen in die Erarbeitung einer einheitlichen politischen Konzeption für die Betriebs- und übrige Basisarbeit zu integrieren. Das hat dazu geführt, daß Organisationen mit statutmäßig fixiertem Selbstverständnis - revisionistischen und antirevisionistischen Charakters (SEW, FDJ — Rote Garden — Spartakus) —, die sich untereinander bekämpfen, in den Basisgruppen um Einfluß konkurrieren.

Bei unseren „Rädelsführern" gerinnt sowohl das relative Scheitern der Hochschulrevolte wie auch das im Ganzen erfolglose Herumwursteln der Basisgruppen zu einem Praxisverständnis, das sich für diese nur insoweit interessiert, als sie die eigenen nie in Zweifel gezogenen Führungsqualitäten nicht tangiert. Mühelos wird die aufgrund des Mangels an politischer Linie objektiv rückläufige Tendenz der Hochschulrevolte in eine „höhere Stufe" des Kampfes uminterpretiert. Seinen „bewußten" Ausdruck findet dieser noch immer unter die Kategorien Subjektivität und Spontaneität einzuordnende Vorgang in der Aufgabenbestimmung der von der Hochschule her in Angriff genommenen Selbstzentralisation.

2. Zur Situation im Hochschulbereich nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes

Die bevorstehende Verabschiedung des Hochschulgesetzes und die Zerschlagung der zentralen Studentenvertretung vor Augen, spitzten sich zu Beginn des Sommersemesters in Berlin die Auseinandersetzungen um die Organisationsfrage unter dieser Bezugnahme zu. Das Berliner Hochschulgesetz hat inzwischen die Universität „modernisiert", d. h. den kapitalistischen Verwertungsbedingungen angepaßt. Gegenüber dieser kapitalistisch reformierten Universität ist die alte antiautoritäre (anti Ordinarien —) Konfliktstrategie hilflos. Sie wurde aber zunächst nicht fallengelassen, sondern mit Eiern eskaliert (bei den Germanisten, Anglisten, Historikern, Ökonomen und Juristen). Dadurch sollte denjenigen, die politisch aktive Studenten an den Staatsapparat denunziert hatten, der Weggang von Berlin erleichtert werden; die anderen wurden aufgefordert, sich von der Denunziationspraxis ihrer „Kollegen" zu distanzieren und sich mit den Studenten gegen den Senat und das Hochschulgesetz zu solidarisieren. Diese Taktik hatte zur Folge, daß die Polarisierung zu — und die Mobilisierung abnahm. Erst der immer näher rückende Termin des Inkrafttretens des Hochschulgesetzes brachte die Wende. Dabei ergriffen die um das INFI zentrierten Genossen die Initiative. Sie wollten der Liquidierung des ASTA durch den Berliner Senat mit dem Aufbau einer radikal „antikapitalistischen" studentischen Frontorganisation begegnen. Zunächst wurde freilich noch viel Zeit verloren mit Diskussionen um historisch

obsolete (radikaldemokratische Urabstimmung) bzw. politisch irreale (Sturm auf die Jur. Fak.) Vehikel zur kurzfristigen Gründung dieser Organisation.
Der ASTA hatte ursprünglich über den Konvent ein rätedemokratisches „über die Universität hinausreichendes" Modell propagiert. Im SDS tauchten bald Zweifel auf, ob man die Realisierung eines derartigen Modells politisch verantworten könne, da die implizite Grundvoraussetzung, nämlich politisch funktionierende Basisorganisation, auf Grund „des Institutspartikularismus und -reformismus" nicht als gegeben anzusehen sei. Die Modellvorstellungen „zur Lösung" der Organisationsfrage, wie sie sich auf einer nach Pfingsten einberufenen Arbeitskonferenz konkurrierend gegenüberstanden, spiegelten einen deprimierenden Mangel an politischer Theorie. Unsere führenden Genossen suchten der naturwüchsigen Konkurrenz nicht dadurch zu begegnen, daß sie darauf verzichteten, den verschiedenen ausgetüftelten Organisationsmodellen noch ein weiteres konkurrierend gegenüberzustellen und statt dessen erst einmal in breiterem Rahmen die überfällige Strategiediskussion in Angriff zu nehmen, sondern sie setzten ihre „Konkurrenz" dadurch matt, daß sie einfach mit dem Anspruch auftraten (und wer sonst könnte unangefochten mit diesem Anspruch auftreten?), das einzig richtige Organisationsmodell aus der einzig richtigen Klassenanalyse abzuleiten. Die Vorspiegelung — denn um mehr handelt es sich nicht — wurde von zahlreichen Genossen durchschaut, teilweise zugegeben und scheiterte schließlich ganz. Aber nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung" wurde jeder Widerstand gegen organisatorische Beschlüsse auf ungeklärter strategischer Grundlage mundtot gemacht (Genosse Fichter: „Wer nicht die sofortige Bildung der Kommissionen unterstützt, arbeitet dem Berliner Senat entgegen.") Über die Arbeit dieser Kommissionen, wie andererseits über die Franktionierungsprozesse in den ad-hoc-Gruppen, sollte die Sozialistische Massenorganisation (SoMao) vorbereitet werden.

Kommissionsarbeit
Von den drei gegründeten Kommissionen (Produktion, Sozialisation, Verwaltung) kam der Kommission Produktion von Anfang an besondere Bedeutung zu. Sie sollte eine Analyse der wirtschaftlichen Situation und Zukunft Berlins erarbeiten, und anhand der Ergebnisse dieser Analyse sollten dann Kriterien für den strategischen Einsatz arbeitswilliger Genossen gefunden werden. Zugleich sollten von der Plattform der Kommission aus die Basisgruppen kritisiert und der voluntaristische Fraktionierungstrend „Studenten in die Betriebe" kontrolliert werden. Gesetzt, die Analyse ergibt, daß der Anteil der Berliner Facharbeiter stetig abnimmt, daß der Berliner Investitionstrend rückläufig ist, daß immer mehr Betriebe schließen müssen, weil sie mit ihrer veralteten Maschinerie nicht mehr konkurrenzfähig sind, oder nach Westdeutschland verlagert werden — gleichzeitig aber die Subventionsleistungen des Bundes für längere Zeit noch an-

dauern — dann ist es fraglich, ob die politische Arbeit in Berlin überhaupt noch lohnt, ob man nicht seine Kräfte viel besser auf westdeutsche Regionen konzentriert, die heute oder in absehbarer Zeit von schweren Strukturkrisen erschüttert werden. Die Kommission Produktion wurde auf Drängen verschiedener Genossen, die in der praktischen Arbeit stehen und ihre praktischen Probleme aufgenommen sehen wollen, in sechs Unterkommissionen aufgeteilt: Ökonomie Westberlins (die sich im wesentlichen darauf beschränkte, die beibehaltene und in ihrer strategischen Fragwürdigkeit oben angedeutete Hypothese durch Interpretation statistischen Materials zu stützen), Lehrlinge und Jungarbeiter, Gastarbeiter, technische Intelligenz, Frauenarbeit und Kritik der bisherigen Betriebsarbeit. Die Kritik der bisherigen Betriebs- und Basisgruppenarbeit war aber infolge der Eindimensionalität der theoretischen Hypothesen, mit denen die Unterkommission Ökonomie Westberlins arbeitete, schon ganz pauschal angelegt und eine davon unabhängige Kritik der innerhalb der Betriebs- und Basisgruppenarbeit gemachten Erfahrungen für die Arbeit dieser Kommission damit irrelevant. So litt die Kooperationsfähigkeit der Unterkommissionen von Anfang an an dem verdeckten Widerspruch, daß sich die in den fünf spezifischen Unterkommissionen arbeitenden Genossen gerne an der Gruppe Ökonomie Westberlins strategisch orientieren wollten, daß die aber die Bedeutung ihrer Arbeit prinzipiell relativierte. Die Frage, welche Bedeutung eine derartige objektivistische makroökonomische Analyse strategisch für uns haben soll, wurde in der Arbeit der Produktionskommission nicht geklärt. Als hinreichende Grundlage einer Klassenanalyse kann sie jedenfalls nicht gelten. Spätestens seit den Klassenanalysen des Vorsitzenden Mao sollte allgemein bekannt sein, daß die subjektiven Bedingungen des Klassenkampfes nicht als Appendix an eine „objektive" ökonomische Situation angeklebt werden können. Vielmehr ist es notwendig, die subjektiven Bedingungen von vornherein als integralen Bestandteil der Klassenanalyse selbst zu behandeln (beispielhaft vom methodischen Ansatz her — weniger von der Durchführung und den Ergebnissen — ist dafür nur die Analyse zur Frauenarbeit).

Die Nichtbeachtung dieses Grundsatzes führte dann zu dem fatalen Schluß, daß Gastarbeiter, Frauen und Lehrlinge für uns in Berlin die einzigen lohnenden Agitationsobjekte darstellten: gerade so als ob deren *besondere* ökonomische Ausbeutungssituation auch eine im Vergleich zum übrigen Proletariat *besondere* subjektive Motivation zum Klassenkampf automatisch nach sich zöge.

Die Unterkommissionen haben ihre Berichte inzwischen veröffentlicht; wie schon aufgrund der naturwüchsigen Arbeitsteilung, mehr noch auf Grund des angedeuteten und verschleierten Widerspruchs zu erwarten war, gehen diese Arbeiten im allgemeinen über empirische Bestandsaufnahmen nicht hinaus; organisatorische Konsenquenzen jedenfalls können aus ihnen nicht gezogen werden. Indessen wurde mit gerade diesem Anspruch zum 8. 7. 69 eine Veranstaltung zur Organisationsfrage im Audimax der FU

(„Die Sozialistische Massenorganisation macht das Hochschulgesetz zum Papiertiger") angekündigt. Die Veranstaltung sollte durch Vorstellung der Ergebnisse der Kommissionsarbeit Richtung und Profil gewinnen. Es wurde eine Analyse der Ausbeutung der Frauen durch die kapitalistische Produktion und der psychischen Auswirkungen der Arbeitsbedingungen auf die Frauen vorgetragen. Die Überrumpelung und Hilflosigkeit der Genossen, die das Audimax gerade zur Hälfte füllten, zeigte sich darin, daß sich keiner zur Diskussion meldete, aber auch keiner protestierte.
Der Mangel an theoretischem Rüstzeug zur Bewältigung der Organisationsfrage konnte kaschiert werden, indem im Namen einer isolierten und darum letzlich unausgewiesenen revolutionären Strategie im Sozialisationsbereich die unartikulierten Kadervorstellungen der Roten Zelle Germanistik (ROTZEG) und der Schein-Demokratismus des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ) im neuen Propagandafeldzug für das Sozialistische Zentrum zusammengefaßt wurden („Wenn wir heute zu tausenden mit dem Lohn eines Arbeitstages das Sozialistische Zentrum bauen, so schaffen wir morgen die Sozialistische Masserorganisation"). Bei der Vielzahl der aktiven linken Gruppen in Berlin mit ihren Raum- und Arbeitsschwierigkeiten ist der Aufbau eines Sozialistischen Zentrums, pragmatisch gesehen, sicher eine gute Sache. In einem etwas anderen Licht erscheint das Zentrum allerdings, wenn es in direktem Zusammenhang mit der SoMao genannt wird, einer Massenorganisation ohne politisch klare Kaderlinie. An der politisch-ideologischen Verwirrung der Berliner Linken ändert sich auch nichts durch den inflationären Gebrauch der Begriffe. Kader und Schulung, unter denen sich jeder etwas anderes vorstellt. ES IST DRINGEND NOTWENDIG, DIE POLITISCH-IDEOLOGISCHE AUSEINANDERSETZUNG VORANZUTREIBEN, BEVOR WIR ORGANISATORISCH FORMALISIEREN, und zwar in folgenden Fragen:
1. Strategische Einschätzung des intellektuellen Kleinbürgertums (vor allem Sozialisationsberufe und technische Intelligenz) für die proletarische und gesellschaftliche Revolution
2. Verhältnis von Führung der Massen zur Selbstorganisation der Massen
3. Innerer Aufbau der Kaderorganisation
Wenn wir unsere Aufgabe darin sehen, unter den Bedingungen des deutschen Monopolkapitalismus, des deutschen Imperialismus und des bundesdeutschen Staates als eines ergebenen Vasallen der deutschen Kapitalinteressen, konkrete Klassenkämpfe zu initiieren, dann können wir diese Fragen nur durch eingehende Analyse der Entwicklungsgeschichte des deutschen und internationalen Kapitalismus historisch adäquat entscheiden. Das erfordert nicht nur ein Zugrundelegung des originären Marxismus, sondern auch eine gleichzeitige Analyse der Entwicklungsgeschichte des Bewußtseins der durch diesen Kapitalismus betroffenen Massen, einschließlich einer Analyse der Politik ihrer „Vertretungen", von den Gewerkschaften bis zu den KP's.

Der Inhalt der Fraktionierung, die die Sozialistische Massenorganisation an der Hochschulbasis vorbereiten sollte, wurde während der Vorbereitung der Arbeitskonferenz so bestimmt, daß sie sich gegen den rechten und linken studentischen Opportunismus wenden sollte. Während der rechte studentische Opportunismus als ein sich an Mehrheitsverhältnissen und der Spontaneität der Basis orientierender Demokratismus definiert wurde, galt als linker Opportunismus eine geschichtslose Haltung, die keine Lehren aus dem konkreten Verlauf des praktischen Kampfes zu ziehen imstande sei. Diese Definition des „Linksabweichens" muß aufgrund mangelnder Begrifflichkeit Verwirrung stiften; denn während sich das mangelnde historische Kontinuitätsbewußtsein dem antiautoritären Aktionismus zuordnen läßt, sind es die traditionellen (revisionistischen) kommunistischen Parteien, die zeigen, daß sie nicht imstande sind, Lehren aus dem konkreten Verlauf des praktischen Kampfes zu ziehen.
Die Bestimmung der Fraktionierung in den ad-hoc-Gruppen konnte also nur dahin gehen, alle Kraft auf die unmittelbare Aufgabe der Erarbeitung und Festlegung einer klaren politischen Linie zu konzentrieren, wobei die objektive Schwierigkeit darin besteht, sich gleichzeitig von dem bloß antiautoritären Aktionismus einerseits und dem Revisionismus und Opportunismus sozialdemokratischer und kommunistischer Provenienz andererseits abzuheben.
Die reale Bewegung der Fraktionierung innerhalb der Hochschulgruppen ist uneinheitlich verlaufen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß das WS 68/69 und besonders der aktive Streik charakterisiert waren durch die Dominanz der Diskussionen um revolutionäre Berufspraxis („Lernt euren Beruf im Klassenkampf!"). In den traditionell linken Fächern mit unklarer Berufserwartung führte die Dominanz des Themas zu sterilen Diskussionen um „Abschaffung der Soziologie als Hauptfach"; ganz allgemein verlagerte sich dadurch das agitatorische Schwergewicht innerhalb der Hochschule weg von den luxurierenden Fächern hin zu den auf klare Berufsfunktionen führenden Studiengängen, besonders denjenigen mit Staatsexamensabschluß in der Philos. Fak. Die zukünftigen Lehrer brauchten ihre Berufsperspektive nicht mehr zu verdrängen, sondern konnten im Gegenteil jetzt den nur ihnen möglichen Zugang zu einer breit angelegten Initiative im gesamten Sozialisations- und Ausbildungsbereich als allgemeine strategische Perspektive interpretieren. Es fällt also schwer, die im Zusammenhang mit dem Thema revolutionäre Berufspraxis geführten Diskussionen in den ad-hoc-Gruppen derjenigen Studiengänge, die entweder eindeutig oder wahlweise auf Berufsfunktionen im Sozialisationsbereich zuführen, in dem oben beschriebenen Verständnis als Fraktionierung zu begreifen. Prototypisch ist das Beispiel der Germanisten, bei denen gerade der Beginn der politischen Schulung an einem so wenig kontroversen Gegenstand wie dem Kommunistischen Manifest in Verbindung

mit dem durch die Berufspraxisdiskussion vorhandenen Rationalisierungsangebot die reale Fraktionierung verhinderte.
Anders verlief die Entwicklung in den ad-hoc-Gruppen der Juristischen und WISO-Fakultät. Diese Fakultäten waren während des Wintersemesters Brennpunkte des aktiven Streiks und der mit ihm verbundenen Auseinandersetzungen. Die zum überwiegenden Teil jungen Genossen in den ad-hoc-Gruppen der beiden Fakultäten wurden durch die dominante Berufspraxisdiskussion, die ihnen ausweglos erschien („Der Jurist verhält sich entweder herrschaftskonform oder er fällt raus"), neurotisiert. Die ad-hoc-Gruppe der Juristen hat sich von der Fixierung an eine politisch aussichtslose Institutspolitik und eine innerhalb der Fakultät geringe und stagnierende Mobilisierung nicht lösen können und — abgesehen von der Projektgruppe Strafvollzug — einem strategisch geklärten und kollektiv vollzogenen Anschluß an die praktische Arbeit außerhalb der Universität noch nicht gefunden.
An der Juristischen und der WISO-Fakultät bildeten sich in den Auseinandersetzungen um die Möglichkeiten revolutionärer Berufspraxis und um eine bornierte Anti-Ordinarien-Institutspolitik eine „kommunistische Fraktion", die sich eine kritische Distanz zu dem heillosen Gezänk innerhalb der ad-hoc-Gruppen ihrer Fakultäten zunächst nur dadurch schaffen konnte, daß sie die (voluntaristische) Parole „ausgewählte Studentenkollektive in die Betriebe" ausgab. Diese Studenten waren bereit, ihr Studium ab- bzw. zu unterbrechen, um als Kollektive in der Produktion zu arbeiten und dort mit dem Aufbau von Betriebskadern zu beginnen. Mit der Anvisierung dieser konkreten Praxisperspektive stellte sich das Problem der ideologischen und fachlichen Schulung. Auf der Suche nach Orientierungspunkten nahm die Gruppe Kontakt auf zu den Roten Garden und zur KPD (ML). Inzwischen hat sie das Grundschulungsprogramm der Roten Garden übernommen. Ähnliche Gruppen bestehen oder sind im Entstehen begriffen bei den Romanisten, Medizinern und Psychologen. Sie tendieren dazu, sich der — *innerhalb der Revolte gestellten* — Aufgabe der Lösung der Kaderfrage gegenüber abstinent zu verhalten. So hat diese Gruppe, indem sie als einzige den politischen Sinn der Fraktionierung angefangen hat zu realisieren, eine Wendung gegen alles Antiautoritäre genommen, daß ihnen jetzt als „bürgerlich" bzw. gar „revisionistisch" gilt, wodurch sich für sie die konkrete Bedingungsanalyse des Klassenverhältnisses, das die antiautoritäre Studentenrevolte hervorgebracht hat, subjektiv erübrigt.

Rote Zellen an den Universitäten
Die Rote Zelle Germanistik wurde auf der Veranstaltung zur Organisation der Studentenschaft unter den Bedingungen des Hochschulgesetzes gegen Ende des Sommersemesters als exemplarische Organisationsform vorgestellt und propagiert („Wir fordern euch auf, in allen Studiengängen und Instituten rote Zellen zu bilden"). Die Zellentaktik selbst wurde

nicht grundsätzlich diskutiert. Jedes Mitglied der Roten Zelle Germanistik hat pro Monat einen Mitgliedsbeitrag von DM 5.— plus DM 4.— für das Abonnement der Roten Presse Korespondenz zu entrichten. Der Wortradikalismus in der Anfangsphase der Konstituierung der ROTZEG („Hauptquartiere", „Banner aufpflanzen", „gelobe, ein guter Marxist zu sein") stand in eigenartigem Widerspruch zu der politischen Vagheit dessen, worauf die Mitglieder inhaltlich verpflichtet wurden (s. o.).
Drei der fünf Ausschüsse, an denen verbindlich mitarbeiten muß, wer Mitglied der ROTZEG werden will, orientieren sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Germanistikstudenten (Basisarbeit im Institut: Arbeit mit Erstsemestern, SV, Kollektives Grundstudium; „Unterlauft das Prüfungssystem"; Studienorganisation und Schulung). Der Ausschuß IV (Initiativausschuß für die Sektion Erziehung und Ausbildung) arbeitet mit den PH-Studenten und dem Lehrlingszentrum (SALZ) zusammen und hat sich darüber hinaus die Aufgabe gestellt, Genesis und Perspektive der Schülerbewegung zu erarbeiten, während die Aufgabenstellung des Ausschusses V (Initiativausschuß für Agitation und Propaganda) innerhalb dieser Konstruktion völlig im Dunkel bleibt.
Abgesehen von der Roten Zelle Ökonomie, die identisch ist mit der ML-Schulungsgruppe, hat das Beispiel der Germanisten bisher nur bei den ad-hoc-Gruppen der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern Resonanz gefunden.

Rote Garden und Lehrlingszentrum
Die Zusammenfassung der Jugendorganisation der KPD (ML) und des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums rechtfertigt sich nur von ihrer praktischen Aufgabenbestimmung her, in deren Zentrum die Lehrlingsarbeit steht.
Das SALZ nahm seinen Anfang bei einzelnen Studenten, die schon längäre Zeit intensive Lehrlingsarbeit bei der IG Metall gemacht hatten und sich dem Opportunismus der Gewerkschaftsfunktionäre nicht mehr länger beugen wollten. Ihm kommt, weil es zusammen mit der ROTZEG maßgebliche Initiative bei der Propagierung des Sozialistischen Zentrums entwickelte, besondere Bedeutung zu. Vertreter des SALZ haben sich an der Arbeit der Kommission Produktion beteiligt, indem sie zusammen mit einigen SDS-Persönlichkeiten den Bericht für die Unterkommission Lehrlinge und Jungarbeiter anfertigten. Das SALZ besteht gegenwärtig aus 20—30 Lehrlingen, Jungarbeitern und Studenten, wobei die Lehrlinge quantitativ das Übergewicht haben. Diese Gruppe ist die einzige, die unabhängig davon, daß der empirische Teil ihres Berichts organisatorische Konsequenzen nicht zuläßt, im Rahmen der Kommissionsarbeit bisher bestimmte organisatorische Vorschläge gemacht hat: Umstrukturierung der bestehenden Basis- und Betriebsgruppen zu Betriebsgruppeneinheiten, die überbetrieblich nach Konzernen bzw. Branchen strukturiert werden, bzw. Betriebsgruppeneinheiten für das Handwerk und Kleinbetriebe, die sich

aus Berufsschulbasisgruppen zusammensetzen (dementsprechend wird vom SALZ jetzt eine Berufsschulkampagne geplant). Daneben stellt sich das SALZ die Aufgabe, die Voraussetzungen der Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Jugendorganisation historisch und systematisch aufzuarbeiten. Zur Frage der Notwendigkeit der Schaffung einer proletarischen Kaderorganisation und deren politisch-ideologischer Linie nimmt die Unterkommission in ihrem Bericht nur indirekt negativ Stellung: die lapidare Feststellung, daß sich die Kader aus den Betriebsgruppeneinheiten rekrutieren, und die formale Bestimmung der Schulung nur nach ihrer Aufteilung „nach Betrieb, Handwerk, kaufmännische Angestellte etc." reduzieren den Organisationsvorschlag auf ein puristisches Modell, das die Frage der Kaderlinie dadurch umgeht, daß es die Kader kaderwidrig selbstentstehend begreift. Da die Lehrlingsarbeit eine zentrale Aktivität der Roten Garden darstellt, die sich gegenwärtig auf Kaderschulungsarbeit konzentrieren, und das SALZ sich ebenfalls (neben der Propagierung konkreter politischer Forderungen wie der nach einem tariflich festgesetzten Lehrlingsgehalt von DM 500,— und der Einrichtung von „vom Kapital unabhängigen (?) zentralen Lehrlingswerkstätten" auf Schulung konzentriert, drängt sich die Frage auf, weshalb es zwischen den Roten Garden und dem SALZ keine Zusammenarbeit gibt. Mit der Frage der Zusammenarbeit stellt sich für das SALZ die Frage nach der ideologischen und funktionalen Bestimmung der Kaderorganisation und für die Roten Garden die Frage nach der Praxis und der Massenlinie. Die Roten Garden stehen noch in der Phase des Kaderaufbaus. Aus ihren Statuten geht klar hervor, daß es ohne Kaderlinie keine Massenlinie geben kann, und daß, wenn diese Voraussetzung fehlt, „Subjektivismus, Individualismus verbunden mit Cliquenwesen und Liberalismus" als Erscheinungsformen der kleinbürgerlichen Ideologie entstehen. Den Roten Garden wird oft der Vorwurf gemacht, ihre Schulung zu „unvermittelt" festzulegen, zu wenig von „den Erfordernissen der Praxis her" zu bestimmen. In diesem Vorwurf zeigt sich, daß das Interesse an der Wahrung des die Aktion fetischisierenden antiautoritären Selbstverständnisses das Interesse an der Herstellung des Kontinuitätsbewußtseins gegenüber dem internationalen und deutschen Klassenkampf und den von ihm hervorgebrachten Organisationsformen überwiegt. Der Fehler kann niemals darin liegen, daß sie sich gründlich schulen (wenn das auch auf Kosten einer aktionistischen Praxis gehen mag), sondern allenfalls darin, daß sie sich zuwenig gründlich schulen, daß sie die Methode des Historischen Materialismus qua Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Partei und der siegreichen Revolution für diese einengen auf eine Analyse der explizierten Zielvorstellungen und dann jede Strukturanalyse der kommunistischen Parteigeschichte beispielsweise nur noch als konterrevolutionär begreifen können.

Perspektiven

Ausgehend davon, daß wir nicht unter den Bedingungen eines anarchi-

schen und unentfalteten Kapitalismus, sondern eines monopolistischen und zentralisierten Überproduktions- und Vergeudungskapitalismus kämpfen, dem es nur durch konzentrierte Manipulation in allen Bereichen gelingt, die objektive Möglichkeit der kurzfristigen revolutionären gesellschaftlichen Umwälzung dem Bewußtsein der Beherrschten unzugänglich zu machen, hat der SDS bisher an dem Postulat festgehalten, daß nicht gutgemeinte Aufklärung, sondern erst die Provokation der Träger irrationaler Herrschaft, also die speziell gegen die Bewußtseinmanipulation gerichtete Aktion, selbst ein Bewußtsein äußert, demgegenüber die Arbeiterklasse aufhört, spontanen Widerstand zu entwickeln, weil diese Aktionen selbst ja die reale Möglichkeit der radikalen Negation der Wirklichkeit zugleich antizipieren und materialisieren. Die Reaktion der Arbeiterklasse auf diese kategorische Praxis des SDS ist uneinheitlich; sie reicht von Apathie über Aggression bis zu zögernder Sympathie. Phänomenologisch läßt sich sagen, daß phantasievolle Überraschungsaktionen die beste Wirkung erzielen; leiden unsere Aktionen an Wiederholungsversuchen, dann perpetuiert sich unsere eigene Demoralisierung in der proletarischen Hoffnungslosigkeit. Wichtiger ist, herauszufinden, was zur Praxis der Aktionen hinzutreten muß, um ihre Wirksamkeit und die proletarische Eigeninitiative zu fördern und so den Prozeß der revolutionären Erhebung der Massen zu beschleunigen. Ganz formal heißt das: Schulung als Voraussetzung der Herausbildung der Kaderorganisation. Die beiden dezentralisierten Berliner Schulungstendenzen laufen, wie gezeigt, in Richtung Expertenschulung mit linkem Touch (mit Ausnahme der Technologen) und traditionelle KP-Schulung (mit Ausnahme der Germanisten). Aber gerade an „Experten" und Parteibürokraten hat die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte und Gegenwart keinen Mangel. Es hat keinen Sinn, der Arbeiterklasse immer wieder zu sagen, was sie selbst besser weiß als wir: wieviel an Zuversicht und Organisation der Klasse der Faschismus zerstört hat, und wie korrumpiert die revisionistischen Parteien und die Gewerkschaften sind. Die kommunistische Partei, die heute den Anspruch erhebt, die Arbeitermassen im Kampf gegen den deutschen Neoimperialismus und für die proletarische Demokratie und Selbstverwaltung zu führen, muß den Massen zwei Fragen beantworten: einmal, warum die kommunistische Partei die proletarischen Massen nicht im Kampf gegen den Faschismus siegreich führen konnte, und zum anderen die Frage, wie ihre Stellung zur „Partei der Arbeiterklasse" im benachbarten „Arbeiter-und-Bauern-Staat" ist. Der SDS kommt, wenn es ihm ernst ist mit der Initiierung der proletarischen Eigeninitiative, um die Beantwortung dieser Fragen ebenfalls nicht herum; er hat bisher in dieser Richtung so gut wie nichts geleistet. Beim Vergleich unserer Situation mit der der französischen und italienischen Genossen entdeckt man leicht, daß der springende Punkt unserer relativ größeren Schwierigkeiten nicht in der relativ „stabileren" deutschen Konjunktur, sondern eben in diesem eklatanten Mangel an revolutionärem geschichtlichem Kontinuitätsbewußtsein und revolutio-

närem Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse liegt; eben darum müssen wir unsere Anstrengungen auf diese Aufgabenstellung konzentrieren. Im Maße des Fortschritts bei der Lösung dieser Aufgabe, die sich zunächst als theoretische stellt, muß sich zeigen, in welchem Maße Zusammenarbeit mit der KPD (ML), die selbst noch in der Phase des Aufbaus und der inneren Auseinandersetzungen steckt, möglich und notwendig ist.

Francesco Ciafaloni und Carlo Donolo

Gegen das falsche Bewußtsein in der italienischen Studentenbewegung*

I.

Zweifellos hat das Entstehen der Studentenbewegung 1967—68 die politische Situation in Italien weitgehend verändert. Alles in allem hat jedoch die Bewegung weder Änderungen in der Machtstruktur hervorgerufen, noch reale — und noch weniger institutionelle — Macht in einzelnen Organisationen und Strukturen erobert, noch hat sie im allgemeinen die Machtverhältnisse zwischen den sozialen Klassen verändert. Es ist der Bewegung weder gelungen, in irgendeiner besonderen Institution ‚die Macht zu ergreifen', und sei es auch nur vorübergehend, etwa als Doppelherrschaft, noch irgendeine Institution im ganzen oder teilweise im Sinne eines antiautoritären und antikapitalistischen Kampfes zu verändern. Das gilt sowohl für die Universität wie für die Schule oder einzelnen Kliniken usw.

Die Bewegung hat die politische Situation sehr stark geprägt, jedoch nicht dadurch, daß sie irgendwelche intendierten Ziele ihrer Aktionen erreichte, sondern durch unabsichtliche, strukturelle Konsequenzen, gewissermaßen durch ihre latente Funktion. Da eine politische Organisation und eine Strategie fehlten, konnte es kaum anders sein. Die Bewegung war weder in der Lage, im einzelnen zu bestimmen, was sie tat, noch konnte sie die mittelbaren Konsequenzen ihres Eingreifens kontrollieren. Aus diesem Grunde war der dem „System" und der parlamentarischen Linken bei der taktischen und strategischen Funktionalisierung der Bewegung gelassene Spielraum größer als der durch die allgemeinen Machtverhältnisse gegebene. Selbstverständlich hat die Entwicklung der Bewegung, auch im zweiten Jahr ihrer Existenz, relevante strukturelle Auswirkungen gehabt; dabei genügt es, an *die Beschleunigung der institutionellen Krise* zu erinnern (die eine Krise sowohl der Funktionalität als auch der Legitimität ist, insbesondere der politischen Institutionen und der sozialen Kontrollinstitutionen. Eine solche Krise schafft eine vergleichsweise günstige politische Situation für die Verbreitung umwälzender politischer Aktionsmodelle; zugleich jedoch wird sie von den fortgeschrittensten neokapitalistischen Sektoren der Gesellschaft benutzt (und in diesem Sinne wird

* Aus „Quaderni Piacentini", Heft 38, Juli 1969.
Übersetzt von Renate Zahar.

auch die Bewegung instrumentalisiert), um ganz bestimmte, dem System funktionale Modernisierungen durchzusetzen. Außerdem könnte diese institutionelle Krise von eher konservativen Sektoren der Gesellschaft benützt werden, um autoritäre Lösungen zu erreichen; genauer gesagt könnte sich unter gewissen Umständen eine Verbindung oder zeitweilige Übereinstimmung der Interessen beider genannter Sektoren herstellen. Überdies hatte der studentische Protest den Effekt, andere Gruppen zu ähnlichen politischen Aktionsformen anzuregen; den Umständen gemäß handelte es sich dabei entweder um rein instrumentelle Nachahmungen, um korporativen Forderungen größere Wirksamkeit zu verleihen, oder um wirkliche Innovationen (wie im Falle der Techniker und Forscher) sowie um Radikalisierungen (wie in den Episoden des Volksaufstandes im Süden). Unter einem anderen Aspekt hat die Protestbewegung der KPI, der PSIUP und den Gewerkschaften taktische *Bedingungen* auferlegt, zumeist oberflächliche: die großen politischen Organisationen tendieren leicht dazu, die oberflächlichsten Aspekte des Protestes zu integrieren oder die fortschrittlichen Forderungen der Massenbewegungen zu funktionalisieren. Schließlich muß man sich ins Gedächtnis rufen, daß die Bewegung in erster Linie diejenigen prägt, die daran teilnehmen, dergestalt, daß sie tendenziell eine *neue politische Generation* sozialisiert. Einige aktuelle Grenzen eines solchen Sozialisationsprozesses werden im folgenden diskutiert.

Man muß die Schwierigkeiten analysieren, die bisher eine Entwicklung der Bewegung zu einer organisierten politischen Kraft verhindert haben. Sie sind verschiedener Art. Wir klammern hier die allgemeinen Mechanismen aus, die jedoch in einer kapitalistischen Gesellschaft wirksam sind und gewiß große Bedeutung haben: Verwandlung des Protestes zur Ware, Einsatz der Massenmedien gegen die Bewegung, Mechanismen sozialer Isolierung, Aktivierung der Vorurteile zwischen den Klassen und Schichten usw.

Betrachten wir eher die immanenten Schwierigkeiten, auf die die Bewegung in ihrer eigenen Entwicklung stieß. Sie betreffen: die Beziehungen zwischen sozialer und politischer Rolle und die Formen der Politisierung, die soziokulturellen Charakteristika der bisher beteiligten Gruppen, die Existenz eines falschen revolutionären Bewußtseins. Daraus resultieren Schwierigkeiten in der politischen Arbeit (Beziehung Avantgarde-Masse, „Führung"-Basis, Beziehung zwischen Gruppenarbeit und Massenaktion, zwischen Praxis und Theorie). Diese Schwierigkeiten haben ihrerseits das organisatorische und strategische Wachsen der Bewegung verhindert.

Eine der bedeutendsten Neuerungen, die die „Protestbewegung" hervorbrachte, liegt in der Einsicht, daß es unter den Bedingungen des Neokapitalismus nicht mehr möglich ist, „externen" revolutionären Subjekten die Umwälzung des Systems aufzutragen. Dieser Einsicht liegt zugrunde das Wissen um die Integration von Staat und Gesellschaft, von produktiven Funktionen und sozialer Kontrolle, der tendenziellen Integration

aller sozialen Sphären in den immer stärker zentralisierten ökonomischen und kulturellen Markt, usw. Auf der Ebene des individuellen Handelns verschwindet so die Idee einer, unabhängig von der jeweiligen sozialen Rolle, rein „ideologischen" Politisierung und folglich auch die einer den gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen selbständig gegenüberstehenden Avantgarde. Die Trennung von Qffentlichem und Privatem, von Arbeit und Freizeit, von sozialer und politischer Rolle wurde als wesentlicher Mechanismus der Entpolitisierung und Apathie der Massen erkannt. Weniger bewußt war der Gedanke, die Politisierung mit einer entmystifizierenden Interpretation der sozialen und individuellen Bedürfnisse zu verbinden, um von einer Neuinterpretation dieser Bedürfnisse im politisch relevanten Sinne zu einer politischen Neuinterpretation sozialer Rollen und/oder zur Erarbeitung besonderer politischer Inhalte der verschiedenen Rollen zu gelangen. Man begriff auch, daß eine Beziehung zwischen der Entwicklung neuer politischer und sozialer Inhalte und der Idee einer sozialistischen Gesellschaft bestehen müsse. Nur die Entwicklung einer naturwuchsigen (nicht: spontaneistischen) Dialektik von Bedürfnis-Repression-Emanzipation konnte für die Erhaltung des Systems relevante soziale Gruppen ohne ideologische Verschleierung politisieren. Besonders hatte man auch ohne große Bewußtseinsprozesse eingesehen, daß gewisse Typen von Rollen (sog. kognitive Rollen) eine solche Neuinterpretation erforderten, weil sie jeder anderen Methode der Politisierung Widerstand leisteten. In solchen Fällen ist Politisierung tatsächlich unmittelbar identisch mit Entschleierung professioneller odr kultureller Ideologien und mit einer wachsenden Distanz zur Rolle. Das erzwingt aber die Berücksichtigung der normativen und materiellen Inhalte der Rollenanforderung und verbindet somit die Politisierung mit einer den ökonomisch entwickelten Ländern eigenen Form der Kulturrevolution. Es handelt sich im allgemeinen um eine bewußte Wiederaneignung der politischen Dimension jeder sozialen Rolle, die in den institutionellen Definitionen sowie in den Formen politischer Aktivität, die normalerweise vom System erlaubt oder gefordert werden, verlorenging. Dieser Aspekt der Bewegung, der insbesondere ihre Anfänge charakterisiert, wurde jedoch von den Studenten, gerade wegen eines falschen politischen Bewußtseins (s. weiter unten) nicht ernst genug genommen. Tatsächlich haben sich die erwähnten Dichotomien schnell reproduziert, ohne daß die Bewegung in der Lage gewesen wäre, die dadurch in Gang gesetzte Dynamik zu kontrollieren oder wenigstens zu begreifen. Ohne eine solche Verbindung ist der Verlust der Massenbasis (wesentliches Charakteristikum einer „Bewegung") und die Rückkehr zu Formen politischer Arbeit in „Grüppchen" unvermeidlich.

Im großen und ganzen blieb die Politisierung eine abstrakte Erfahrung, wohl auch eine Kompensierung von Problemen aus dem Bereich der sozialen Rolle, jedoch keine angemessene Artikulierung der in ihr unterdrückten Bedürfnisse. Die Studenten handeln häufig politisch, *weil* sie Objekte soziokultureller Repression und Ausbeutung sind, ohne daß die Knoten-

punkte solcher Repression zum Kern des politischen Handelns würden. Sie schleppen private Motivationen mit sich, die objektiv die unumgängliche materielle Basis des Protestes bilden. In dem Maße jedoch, wie diese Motivationen weder individuell noch kollektiv als politische Elemente thematisiert werden, bleiben sie unreflektiert und üben unkontrolliert auf politische Entscheidungen und Orientierungen Druck aus.
Offensichtlich kann die Politik für individuelle Probleme keine Lösung bieten; die beiden Dimensionen fallen nie zusammen. Aber ohne Verankerung in der individuellen Erfahrung gibt es keine Alternative zu Voluntarismus und ideologischem Bewußtsein. Politik *ist nicht* Abreagieren individueller Motive, aber sie kann nicht davon absehen. Die Bewegung wurde, gerade weil sie die Probleme der wiederentdeckten Politik durch die sozialen Rollenkonflikte verdrängte, zum Opfer eben jener unkontrollierten Motive, die sich hinter einer verbal revolutionären Ideologie verbargen.
Als Konsequenz entwickelte sich eine gewisse „Hypostasierung" der Kadergruppen im Bezug zur Basis. Diese haben sich meistens nicht in „Berufsrevolutionäre" verwandelt, die sich irgendeiner marxistisch-leninistischen Organisation anschlossen, sondern blieben auf halbem Wege stehen, zwischen der Organisationsform einer internen Avantgarde und der (in sich anomisch und vielleicht vorübergehend) entwurzelter „Kader" auf der Suche nach einer Organisation. Das Phänomen ist nicht notwendig negativ, jedoch muß man sich der in ihm enthaltenen Gefahren bewußt sein; gerade diese Gruppen aktiver Mitglieder neigen dazu, die Situation nicht objektv einzuschätzen, sondern subjektiv, ausgehend von (für sie) interessanten Gelegenheiten politischer Arbeit, die sich in der jeweiligen Situation bieten. So hört man solche Genossen häufig sagen, daß die politische Arbeit in der Schule und in der Universität „überholt" sei, daß die Erfahrung des politischen Kampfes in diesen Institutionen zu Ende und daß die bestimmte politische Funktion des Studenten erschöpft sei. In Wirklichkeit jedoch ist man in der Schule und Universität niemals oder fast niemals vom antiautoritären Protest zu umwälzender politischer Arbeit übergegangen (Errichtung von Doppelherrschaft, Benutzung der Schule als Basis für Klassenanalysen der Gesellschaft und als Kontaktpunkt verschiedener gesellschaftlicher Schichten und Gruppen, Kritik kultureller und wissenschaftlicher Inhalte, Kritik der Arbeitsteilung, usw.). Die mangelnde Vermittlung der politischen Arbeit innerhalb und außerhalb der Institution ist noch heute das zentrale Problem der Bewegung. Ohne eine solche Vermittlung kann man keine Massenbasis erlangen und die Gruppen der Aktivisten müssen nolens volens die außerordentlich problematische Rolle von „Berufsrevolutionären" übernehmen. Aber dann werden sie nicht mehr interne Avantgarde einer Massenbewegung sein und dessen müssen sie sich bewußt werden.
Die soziokulturellen Charakteristika der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und Schichten haben die Entwicklung der Bewegung gewiß be-

einflußt. Es wäre besonders aufschlußreich zu wissen, in welchem Maße der Individualismus, das Fehlen vorhergehender praktischer Erfahrungen (besonders im Arbeitsprozeß), die Art der verwendeten Sprache usw., die Formen der Politisierung beeinflußt haben. Mangels genauerer Informationen kann man hypothetisch feststellen: relevante Faktoren waren die Art der bisher gemachten Erfahrungen, die Distanz zur Praxis, die Tendenz zur Ideologisierung und das Schuldgefühl. Das erste Element vermag die Naivität, die Unmittelbarkeit (gerade um hic et nunc Erfahrungen zu machen), die Begrenztheit des Erfahrungshorizontes zu erklären. Der zweite Faktor erklärt die Bereitschaft, mit der verbal manipulierbare Formeln und Slogans übernommen wurden, die Rhetorik des Protestes, die häufig den Mangel an Analyse ersetzt; schließlich die Tendenz, sich mit dem anderen, der Arbeiterklasse, zu identifizieren, oft ohne die konkreten Inhalte einer solchen Beziehung zu erarbeiten.

Ein anderes Element: die schlechten Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen, kritischem Denken und aller Reflexion abhold, bringen Studenten hervor, die unvorbereitet sind für politische Arbeit, d. h. für Zusammenarbeit, für die Analyse konkreter Situationen, für interpretative Schlußfolgerungen, für rationale Entscheidungen, für die Entschleierung ideologischer Formeln. Hinzu kommt das Fehlen konkreter Informationen über die eigene Gesellschaft und die Gegenwart. Ein solcher Sozialisationsprozeß macht die Studenten, als noch relativ privilegierte Gruppe, zu kulturell Enteigneten. Das Zusammentreffen dieser negativen Faktoren fand seinen vielleicht problematischsten Ausdruck in der Schwierigkeit, eine Gruppenarbeit mit einem Minimum von Kontinuität auf die Beine zu stellen. Es handelt sich nicht um eine marginale Frage, denn sie berührt das Kernproblem der Beziehung zwischen interner (in Schulen, Universitäten und anderen Institutionen) und externer Aktivität der Bewegung und also einen der zentralen Momente in der Genesis der Organisation. Die Basis der in der Gruppenarbeit aufgetretenen Schwierigkeiten sind sowohl ein mißverstandener Antiautoritarismus und eine falsche Befreiung als auch ein gewisser Kult der revolutionären Unmittelbarkeit, ein falsches Bewußtsein der objektiven Rolle der Bewegung.

Ein weiteres Hindernis für eine Politisierung und eine politische Innovationsarbeit war tatsächlich die Entwicklung eines falschen revolutionären Bewußtseins. Das zeigte sich unter gewissen Aspekten bereits in der Art, sich mit revolutionären Kräften der Dritten Welt zu identifizieren, auch wenn dieses Moment für den Beginn der Bewegung außerordentlich wichtig war (genau so wichtig, wie es wohl für seine Strategie sein sollte). Denn von dieser Art des Kampfes übernahm man das Konzept des unmittelbaren, wohl auch bewaffneten Kampfes, und die moralische Identifikation (perspektivisch: die strategische Identifikation) wurde mit einer politischen Rollenidentität verwechselt.

Die Studenten erlagen dem Mißverständnis, schon die Revolution zu machen, wo sie nur protestierten; der Protest ist wohl die Voraussetzung

und Moment der subversiven Strategie und Organisation, ist aber mit diesen selbst nicht identisch. Er deckt nicht den ganzen Bereich der Politik ab und bleibt in gewissem Sinne vorpolitisch. Dies Mißverständnis war durch die Tradition der „Grüppchen" als Erbe der klassischen Arbeiterbewegung bedingt. Die Bewegung stellte sich sofort in die revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung und führte den von den offiziellen Organisationen aufgegebenen Kampf fort. Ohne sich theoretisch als neues historisches Subjekt zu begreifen, hielt sie sich für den neuen Initiator oder potentiell für die provisorische Avantgarde einer Erneuerung der Arbeiterbewegung. Selbst die Führung der Bewegung hat mitunter das mißverstandene Verhältnis von Protest-Revolution ausgenützt, um die eigene Funktion zu legimitieren, und hat — unwidersprochen — die Verbreitung des falschen Bewußtseins begünstigt. Ein solches Bewußtsein ist falsch, weil es den Akteuren ein falsches Bild ihrer tatsächlichen historischen Rolle vermittelt und die Entwicklung der organisatorisch-strategischen Problematik verhindert.

Die Studenten haben die Situation des Chaos und der institutionellen Krisen, die oberflächlichen Auswirkungen des Protestes mit einer vorrevolutionären Situation verwechselt (das zeigt sich in der Tendenz, einen Staatsstreich, das negative Pendant zur Revolution, für wahrscheinlich zu halten); sie verwechselten die Infragestellung der Herrschaft (besser ihrer Legitimität) mit der Machtergreifung in einzelnen Institutionen; von da haben sie auf die schnelle Machtergreifung in allen sozialen Sphären geschlossen.

Natürlich hat das falsche Bewußtsein auch eine Schutzfunktion. Ohne die Illusion der Nähe radikaler Veränderungen ist es vielleicht unmöglich eine Massenbewegung in einer Situation diffuser Apathie und Entpolitisierung in Gang zu bringen. Naivität und mangelndes Bewußtsein haben soweit eine positive Funktion, als sie in der Erfahrung und in der Praxis, die nicht einfach in einem organischen Wachstum besteht, einen Sprung bewirken; die Schockwirkung der Bewegung ist Bestandteil ihrer politischen „Erfolge". Aber das falsche Bewußtsein hat eine defensive Funktion, es verhindert jede Kursänderung, die Frustrationen, Enttäuschungen, Unterbrechungen mit sich bringt. Keinesfalls darf es sich aber über die Anfangsphase hinaus perpetuieren.

Selbstverständlich berühren diese kritischen Beobachtungen nur die problematischen oder nicht ausreichend problematisierten Aspekte der Bewegung. Wir sind der Meniung, daß es unmöglich ist, korrekt das Problem der Strategie und Organisation und im allgemeinen der zukünftigen Entwicklungen der Bewegung zu betrachten, ohne daß die Bewegung selbst ihre Natur und ihre eigenen Funktionen geklärt hätte: nichts wäre gefährlicher als ein Mißverständnis. Die Krise der Bewegung im letzten Jahr — die weder Verschwinden noch Niederlage bedeutet — muß auch als Produkt der Irrtümer in der Konzipierung der politischen Arbeit durch die verschiedenen Führungen verstanden werden. Nur wenn die Bewegung den

Widerspruch zwischen subjektiven Intentionen und Bewußtsein einerseits und latenten Funktionen, andererseits zwischen Selbstinterpretation und politischer Wirksamkeit reflektiert, kann sie sich zu einer explizit politischen Bewegung fortentwickeln.

II.

Man kann die verschiedenen Aspekte der Studentenbewegung nur analysieren, wenn man die Versuche ernst nimmt, dem dringenden Bedürfnis nach einer Strategie und einer Organisation abzuhelfen. Es ist unmöglich, die Bildung neo-leninistischer und neo-stalinistischer Gruppen als zufälliges Ereignis zu betrachten, das den allgemeinen, von der Massenbewegung geschaffenen Rahmen nicht verändert. Korrekterweise sollte man versuchen, ihre Bedeutung besonders im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen zu interpretieren. Die Massenbewegung muß ihre politische Rechnung mit ihnen machen. Die relevanteste unter den neo-leninistischen oder neo-stalinistischen Gruppen, nicht nur wegen ihres relativen Erfolges bei der Rekrutierung von Mitgliedern, ist die „Unione marxistaleninista".
Deren hervorstehende Charakteristika sind: 1) die Übernahme eines rigiden „stalinistischen" Modells in der Organisation und im Aufbau der Gruppe; 2) die Übernahme einer „maoistischen" Sprache für die Analyse und politische Agitation.
Zu 1): die Gruppe versteht sich nicht als Partei, sondern als Kern einer zukünftigen Partei und unterscheidet sich so von anderen Experimenten „chinesischer" Prägung. Auf den ersten Blick übernimmt sie so die Rolle einer der Massenbewegung externen Avantgarde, die Hegemonieansprüche stellt, indem sie Kader rekrutiert und ausbildet, die eigene Linie bei jeder möglichen Gelegenheit lautstark vertritt und den demonstrativen Effekt ausnutzt, eine Linie und Organisation zu „haben", die dagegen der Bewegung fehlt.
Die Unione verläßt sich auf Interventionen in solchen Situationen, in denen sie zur Zeit handeln kann, ohne die Konkurrenz anderer Gruppen oder der Studentenbewegung fürchten zu müssen. Es gäbe also einen wirklich maoistischen Ansatz, wenn er nicht durch die Tatsache sabotiert würde, daß die den Massen als „Massenlinie" vorgestellte „Linie" nicht schon im Zentrum oder doch in den Köpfen der Aktivisten der Unione präfabriziert wäre; es fehlt in der Tat sowohl die Möglichkeit, die Linie praktisch zu verifizieren (die somit immunisiert ist), als auch die „von unten" kommende Interpretation der politisch zu artikulierenden Bedürfnisse. Die Arbeit eines Militanten, der mit analytischen und politischen Kategorien ausgestattet ist (ansatzweise mit einer Klassenanalyse der Gesellschaft und einigen grundsätzlichen politischen Beurteilungskriterien), um an der Ausarbeitung politischer Themen von der Basis her mitzuarbeiten, ist etwas anderes als der instrumentelle Gebrauch der Bedürfnisse oder Interessen der Masse oder sozialen Gruppe, die auf eine Linie hin funktionalisiert werden, die von der Masse selbst nicht „korrigiert" werden

kann. Die „Linie" ist noch nicht einmal eine Strategie im strengen Sinne, umso weniger im marxistischen Sinne, denn sie entbehrt: a) der Gesellschaftsanalyse, von der sich jede Strategie herleiten muß, b) der Kriterien zur Individuierung der „revolutionären" sozialen Kräfte und zur Beurteilung des Erfolges oder Mißerfolges der „Linie". Die Kaderbildung, die durch eine Art Parteischule geleistet wird, die Indoktrinierung, die starke Identifikation mit der Gruppe, das Auftreten unter einem bestimmten und deutlich von anderen unterscheidbaren Ettiket (zumindest in den Augen der Mitglieder; für die Masse sind diese Dinge vielleicht nicht so klar), die zentralisierte Ausarbeitung der politischen Linie und der Parolen, die Wiederaufnahme der Rituale der stalinistischen Partei, sowohl im Werdegang des Mitglieds (Einschreibephasen etc.) als auch in seinen Krisen (Selbstkritik, die Gruppe als Tribunal für das Verhalten des einzelnen, auch im privaten Bereich): das alles bestätigt, daß es darum geht, einen Apparat, „im Dienste des Volkes" natürlich, aber doch immer einen Apparat zu errichten. Das hat nichts mit dem Konzept der externen Avantgarde zu tun (wenigstens nicht im Sinne der Genossen von „potere operaio" in Pisa); aber vielleicht ist diese Unterscheidung zu subtil und den „Maoisten" nicht bewußt.

Zu 2): Man kann behaupten, die Unione habe keine Klassenanalyse oder irgendeine Analyse der italienischen Gesellschaft geleistet und sei möglicherweise mit den von ihr gewählten Kategorien dazu nicht fähig. Das scheint falsch zu sein, berücksichtigt man, daß sich die Publikationen der Unione häufig auf Enqueten als Instrument politischer Analyse berufen und außerdem ein ziemlich genaues Bild der Entwicklungstendenzen der Gesellschaft geben. Schlimm ist nur, daß es sich um ideologische und doktrinäre Formeln handelt, meistens ohne spezifische Aussage, immer und überall gültig, d. h. also fast niemals. So z. B. wenn man behauptet, der Zeitpunkt der Krise der Bourgeoisie nähere sich („Servire il Popolo" Nr. 3), wiederholt man einen Satz, der seit 100 Jahren zirkuliert, der aber leider — in seinem wahren Sinne, als Endkatastrophe — im Westen niemals wahr wurde. So ist die Klassenanalyse nur eine formale Klassifikation, in der imaginäre politische Subjekte wie „das Volk", die „armen Bauern" usw. auftauchen. Gewiß gibt es arme Bauern, aber die Unione sagt nicht, daß sie in China die Mehrzahl der Bevölkerung bilden, während sie in Italien eine soziale Randgruppe sind, die zudem durch die Emigration entkräftet ist. Obgleich Mao importiert wurde, haben wir den Populismus schon immer im eigenen Hause gehabt, und es ist sehr wahrscheinlich, daß der Maoismus nichts anderes als Populismus ist. Aber auch diese Unterscheidung scheint der Unione unverständlich, gerade weil sie eine historisch determinierte politische Sprache, die der chinesischen Revolution, mißbraucht, weil sie wörtlich und deshalb lächerlich ins Italienische übersetzt wird; das aber ist mystifizierend, denn niemand hat je geklärt, worin die italienische Gesellschaft der chinesischen ähnelt. Ganz offensichtlich ist es einfacher, mit bequemen Etiketten zu operieren, als

neue, der Situation angemessene Analysen zu erarbeiten. Ihr Gebrauch ist zudem an eine komplexe Rhetorik gebunden, deren Funktionen dem nicht bewußt sind, der sie anwendet. Es genügt hier, darauf hinzuweisen, daß der proklamatorische, feierliche und letztenendes devote Ton der Eingeweihten (wird er aber vom Volk verstanden?) Zeichen der Unwahrheit ist und eine Abwehrfunktion erfüllt, die gegen die Realität immuniseren und helfen soll, der Ambivalenz und der Widersprüchlichkeit sich zu entziehen, die ihr glücklicherweise eigen sind. Und schließlich: ist es heute noch möglich zu glauben, das „Volk", die Bauern, die Arbeiter brauchten rhetorische Reden, und seien es auch revolutionäre? Die Politisierung der Massen ist nicht unabhängig von den Formen, in denen sie geschieht: die Agitation auf der Basis von Stimuli, Slogans, Etiketten müssen wir der bürgerlichen Werbung überlassen, die das besser versteht, und dabei grösseren Erfolg zu haben scheint. Aber braucht die Bewegung einen solchen Erfolg? Wer über die Geschichte der westlichen Arbeiterbewegung und über bestimmte aktuelle Bedingungen einer revolutionären Bewegung in den entwickelten Ländern nachdenkt, müßte wenigstens lernen, daß die Indoktrinierung, die Agitation in ritualisierten Formen, der Aufbau eines Apparates und die Figur des Berufsrevolutionärs nicht mehr auf „der Höhe der Zeit" sind, nicht die Widersprüche und Probleme reflektieren, von denen eine Bewegung im Westen neu ausgehen kann. Natürlich kann man die Notwendigkeit gewisser politischer Rituale diskutieren und zugestehen; darum geht es aber hier nicht, sondern es geht um die Bedeutung dieser Rituale für die Entstehung und Entwicklung des politischen Bewußtseins. Die Unione, wie auch die anderen „chinesischen" Gruppen, kritisieren die Revisionisten und sind dennoch im Begriff, eine Partei auf den gleichen Prinzipien zu errichten, die unter anderem den Revisionismus hervorbrachten. Diese Inkonsequenz müssen die Unione und die anderen maoistischen Gruppen durch eine konspirative Theorie der Geschichte überdecken, die mit dem Marxismus prinzipiel unvereinbar ist. Sie tun so, als sei der Revisionismus eine Sache des politisch-ideologischen Verrates der Führer und Bürokraten (d. h. einer subjektiven Korruption)!

Gerade die Rituale und die künstliche Sprache der Unione erlauben jedoch die zugrundeliegenden Motivationen zu verstehen. Im wesentlichen gibt es drei Bedürfnisse bzw. Probleme zu befriedigen: 1) das Bedürfnis nach Identifikation, 2) das Bedürfnis nach Sicherheit, 3) das Bedürfnis nach Stabilität. Wenn hier von Bedürfnissen die Rede ist, so nicht, um Psychologismus zu treiben; diese Bedürfnisse werden subjektiv erfahren und sind als solche ein individuelles Problem, dennoch könnte man ohne sie weder umwälzende Energien mobilisieren, noch wäre es möglich, vom individuellen Bedürfnis zur kollektiven Notwendigkeit (der Organisation und Strategie z. B.) überzuleiten. Die Unione ist eine verzerrte Antwort auf diese Bedürfnisse, die lediglich ihre Charakteristika erklären. Da die Unione jedoch vorgibt, sie sei eine *revolutionäre* Gruppe mit einer *kohärenten* Theorie und Strategie, die den *aktuellen* Erfordernissen umwälzen-

den politischen Handels entspricht, ist es gerechtfertigt, einen solchen Anspruch sowohl an der Realität der Unione und gerade auch an den Aspekten, die ihre Mitglieder nicht sehen wollen, als auch an den aktuellen Erfordernissen und Bedingungen revolutionären Handelns zu messen. In Bezug auf diese Probleme ist eine Kritik der Unione als Kritik ihres „Marxismus-Leninismus-Maoismus" sekundär.

Das Bedürfnis nach *Identifikation* hat viele Quellen: die Tatsache, daß es in einer entfremdeten Gesellschaft wie der unseren niemandem möglich ist, sich ernsthaft mit einem mehr als individuellen Zweck zu identifizieren (die Studentenbewegung hat als erste dieses Bedürfnis nach kollektiver Identifikation katalysiert, war jedoch nicht in der Lage, es zu funktionalisieren, unter anderem, weil sie als Gemeinschaft ihre internen Konflikte bagatellisiert und nicht zum Objekt politischer Kritik gemacht hat); die Tatsache, daß die Subjekte jung und also noch auf der Suche nach einer Identität sind, oder aber bereit, ihre Identität zu wechseln; die Tatsache, daß sie in der Mehrzahl dem mittleren, Groß- oder Klein-Bürgertum entstammen und so das dringende Bedürfnis haben, die Brücken zu der eigenen Herkunft abzubrechen; dazu kommen noch das Schuldgefühl, sich mit einem mehr oder weniger idealisierten Anderen zu identifizieren, die Flucht vor dem Leistungsprinzip (und auch vor dem Realitätsprinzip), das von der Gesellschaft auferlegt wird, und die Suche nach einer hier und jetzt verpflichtenden affektiven Bindung, die vor der Aussicht eines Lebens wie dem der Eltern rettet. Dies sind unter anderen die Motive, die zu einer starken Identifikation treiben. Das Bedürfnis nach Reinheit erzeugt dann Dogmatismus, Doktrinarismus, in jedem Falle die klare, scheinbar sichere Unterscheidung und Trennung vom Feind, der ebenfalls mythologisiert wird: die Eltern, die Lehrer, die Bourgeoisie, das System. Es fällt auf, daß es sich eher um neue Probleme für eine umstürzlerische Bewegung handelt gewiß gab es sie auch zu der Zeit, als sich der Intellektuelle als Deserteur von seiner eigenen Klasse theoretisch definierte, aber dennoch handelte er, um in die Partei einzutreten, die ihn integrierte; jetzt aber wird eine ganze soziale Gruppe tendenziell zum Deserteur und das Problem der Identifikation ist anderer Natur: es besteht die Gefahr daß ihre Mitglieder sich mit sich selbst identifizieren, mit ihrer eigenen revolutionären Rolle, die zum falschen Bewußtsein wird. Die Probleme sind durchaus reale und politische Probleme: die Lösung ist mystifizierend. Der Jargon, die Kategorien, die Rituale verstärken die Identifikation, sie sind nicht ihr Reflex. Eine politische Kraft auf solch einer Basis kann ihren Führern Befriedigung verschaffen, löst aber nicht das Problem eines adäquaten politischen Handels. Es wird völlig übersehen, daß Politisierung und Revolution keine statischen, ein für allemal de:finierten Konzepte sind.

Das Bedürfnis nach *Gewißheit:* entspricht dem Bedürfnis nach einer festen Handlungsorientierung dank — jedoch — der radikalen Reduktion der Komplexität einer Situation. Das wird mit Hilfe eines Schwarzweiß-

Interpretationsschemas erreicht: wir und die Feinde, das Gute und das Schlechte, die Revolutionäre und die Revisionisten. Diese Art, die Wirkkeit mit Etiketten zu versehen, hat weder etwas mit der realen Notwendigkeit zu tun, die Vielfältigkeit unter analytischen Gesichtspunkten synthetisch zu erfassen, noch mit den Bedingungen einer Kampfsituation, in der tatsächlich alle gegen mich kämpfen, die nicht auf meiner Seite sind. Der Schwarzweiß-Schematismus und Doktrinarismus erlaubt gerade, der Analyse auszuweichen; die Gewißheit, daß die eigene Position in der Gesellschaft und in der Bewegung eindeutig ist, gibt zwar große Befriedigung, löst aber kein Problem; gerade weil sie stabilisiert, blockiert sie die Problematik und verhindert ihren dialektischen Ablauf.
Die Gewißheit ist auch die Sicherheit zu wissen, wie die Dinge laufen, und wer die Gewißheit hat, fühlt die Verpflichtung, die anderen daran teilhaben zu lassen. Im Inneren dieses ideologischen Universums ist die Gewißheit maximal, nicht falsifizierbar; die überflüssigen Enqueten dienen im Höchstfall dazu, die lokalen Gegebenheiten zu kennen, um einzugreifen, sind aber niemals in der Lage, die einmal feststehende Linie zu widerlegen: aber eine wissenschaftliche und revolutionäre Theorie ist nur eine solche, die in der Lage ist, auch eine besonders liebgewonnene Linie zu korrigieren. Die Gewißheit macht auch das Resultat und sein imminentes Eintreten gewiß: die Revolution wird kommen und zwar bald. Das jedoch ist Fideismus und basiert nicht auf einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus.
Das Bedürfnis nach *Stabilität:* ist des Bedürfnis nach etwas Definiertem und Endgültigem, für das, in und mit dem man arbeitet. Dies ist möglicherweise das am wenigsten verschleierte Bedürfnis: die politische Arbeit in der Studentenbewegung ist fast unmöglich geworden oder hat sich, mangels Stabilität, auf die Dimensionen von Grüppchen reuziert. Stabilität und Kontinuität der politischen Arbeit und des politischen Engagements: das ist das ungelöste zentrale Problem. In der von der Unione praktizierten Form scheint jedoch auch dieses Problem zu dem Bedürfnis deformiert, die Suche abzuschließen und ein für allemal die eigene Rolle zu definieren. Im allgemeinen herrscht in diesen Formen der Politisierung und in der Art und Weise, wie die hier genannten Bedürfnisse befriedigt werden sollen, der Wille vor, die Distanz zur Rolle (zur eigenen politischen und sozialen Rolle) auf ein Minimum zu beschränken, und gewaltsam die durch die realen, sowohl individuellen wie strukturellen Widersprüche bedingte Ambivalenz zum Verschwinden zu bringen. Es gibt aber nur *eine* korrekte Methode, diesen Widersprüchen zu begegnen: die zunehmende Fähigkeit zu politischer Arbeit, zu Analysen, Reflexionen und Selbstreflexionen, wodurch zugleich auch immer die Fähigkeit wächst, die Ambivalenz auszuhalten; das bedeutet, in problematischen Situationen — und nicht nur in solchen, in denen die Welt schlicht zweigeteilt ist — angemessen zu handeln, und schließlich eine zunehmende Distanz zur Rolle zu gewinnen, ohne die keine Reflexion über sich selbst

als politisches Subjekt möglich ist. Es handelt sich deutlich um eine besondere Problematik, die sich der Bewegung nur deshalb stellt, weil sich jetzt gesellschaftliche Gruppen, wie die Studenten oder die Techniker *als Gruppe* politisieren und nicht als desertierende Individuen, die Berufsrevolutionäre werden wollen. Ihre revolutionäre Identität muß erst noch erzeugt werden, und sie bilden sie auch in der Praxis aus; aber eine revolutionäre Identität aus Formeln und Ritualen zu erzwingen bedeutet, daß man diesen Gruppen ihren politisch umwälzenden Möglichkeiten entfremdet und sie statt dessen in doktrinäre und verdinglichte Modelle und Kanäle zwingt.

Der Fall der Unione muß auch als Extremfall einer unkritischen, falsch interpretierten und inzwischen in sich selbst problematisch gewordenen politischen Tradition gesehen werden. „Marxismus—Leninismus" und „Maoismus" sind keine politischen Theorien, die unmittelbar Kriterien für die politische Aktion unter den spezifischen Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft liefern. Ihre doktrinäre Anwendung ist nicht nur deshalb gefährlich, weil sie das politische Handeln im Schutz der Etiketten irrationalisiert, sondern weil sie die Erarbeitung neuer Analysen und neuer politischer Inhalte verhindert, ohne die jeder Versuch, eine revolutionäre Massenbewegung in entwickelten kapitalistischen Ländern zu organisieren, zum Scheitern verurteilt ist. Im übrigen haben Maoismus und Leninismus in sich selbst nur eine Bedeutung, wenn sie kritisch angeeignet und im Licht der besonderen Probleme politischen Handelns unter den im Westen gegebenen Bedingungen neu interpretiert werden. Es ist weder erlaubt, die Vergangenheit zu wiederholen, noch „China" zu imitieren. Der Rekurs auf häufig undiskutierte oder falsch verstandene politische Doktrinen dient nur dazu, das tatsächliche Fehlen einer adäquaten revolutionären Theorie zu verschleiern.

Die Bewegung muß lernen, auch die politischen Traditionen zu kritisieren, ohne die sie sich anfangs nicht einmal hätte bilden können. Eine revolutionäre Bewegung, die, durch falsches Bewußtsein geblendet, nicht in der Lage ist, sich zu begreifen, hat wenig Chancen, eine Alternative zu dem darzustellen, was sie kritisiert und bekämpft.

III.

Nachdem der Versuch der Selbstorganisierung der Unione Marxista-Leninista kritisiert wurde, bleiben noch zahlreiche Probleme der Beziehung zwischen Spontaneität und Organisation zu klären, besonders im Hinblick auf das Wiederaufleben der Studentenbewegung und die Intervention der Studenten und kleinen Gruppen bei den Arbeitskämpfen.

Zunächst, um nicht mißverstanden zu werden: die autonome, auch die anarchische oder individuelle, auch die apolitische oder unpolitsche Revolte der Arbeiter und Studenten oder anderer Gruppen, die — sei es kollektiv, sei es individuell — durch die gegenwärtige Organisation der Gesellschaft und ihre Produktionsbeziehungen unterdrückt werden, ist immer legitim und muß unterstützt werden.

Ein Kollektiv oder eine Klasse braucht, um sich aufzulehnen, keine Legitimationen. In gewissem Sinne hatte die Studentenbewegung der vergangenen Jahre diesen Charakter, und hat ihn noch in den Vereinigten Staaten; gleicher Art war die Revolte der Arbeiter bei FIAT in der letzten Zeit oder die der Emigranten in den Wohnvierteln. Es fehlen uns aber noch, und wohl nicht nur uns, Informationen darüber, in welchem Maße diese Revolte ein subversives Potential enthält und inwieweit sie der Beginn einer Arbeitskampfpolitik angelsächsischen Typs ist, die im Verlaufe weniger Jahre dazu führte, in diesen Ländern von einer integrierten Arbeiterklasse zu sprechen.
Es geht um ganz andere Argumente, wenn man versucht, die „Programm-Partei" Lenins, die Avantgarde als „Intelligenz der Revolution" aufzubauen, denn dann braucht man entweder eine gute Theorie dessen, was Revolution heißt, oder eine gute Methode, um es herauszufinden, und man muß genau wissen was am man Bestehenden umstürzen will und in welchem geographischen und sozialen Rahmen; mit welchem und gegen welche Klassen man sich verbündet; in welchen Phasen sich der Kampf entwickelt. Man muß auch wissen, was man vom repäsentativen System akzeptiert und was man ablehnt.
Es ist uzulässig, von der Revolution wie von einer Metapher zu sprechen. Der Sozialismus in einem Land hatte einmal „Erfolg", in Rußland, d. h. in einem riesigen Land, während eines Krieges, mit einer *schon bewaffneten Armee*, gegen eine Aristokratie und eine, vom „Volk" deutlich unterschiedene hohe staatliche und industrielle Bürokratie. Und er ist— so behaupten wir — mißlungen. In Italien Revolution zu machen bedeutet nicht, sie nur in Italien zu machen; es heißt, sie in Europa, in Rußland, in Amerika zu machen; etwas zu machen, von dem wir noch nicht wissen, wie es aussieht. Wir wissen nur mit Gewißheit, daß es keine Wiederholung von 1917 sein kann. Weder der Form noch den Inhalten nach. Noch, so hoffen wir, was die Resultate betrifft, da in Italien inzwischen recht und schlecht, schlecht, um genau zu sein, eine Industriegesellschaft existiert, und keine Revolution mehr erforderlich ist, um sie zu ermöglichen. Den Preis für die ursprüngliche Akkumulation haben wir bereits gezahlt und wollen ihn gewiß nicht noch einmal bezahlen.
Das war nötig, um kurz auszudrücken, was alle wissen müßten, aber nicht alle wissen: daß Lenin tot ist.
Stalin ist tot. Darum ist der „Stalinismus", der zu seiner Zeit Realpolitik war (Entscheidung für die Einheit in der Stärke anstatt der Freiheit in der Schwäche; eine gewiß reale, aber fragwürdige Entscheidung), heute nur noch ein Mythos. Aber auch Lenin ist gestorben, schon vor Stalin. Was von Lenin außer seiner Mumie im Mausoleum auf dem Roten Platz und außer seinen Büchern bleibt, die nicht die Bücher eines Intellektuellen, sondern eines politischen Führers sind, und das bedeutet: *Bruchstücke* der *damaligen* Aktionen —, was also außer dieser Mumie und diesen Büchern bleibt, ist immerhin ein Block von Berlin bis zum Pazifik. Eine

große Sache, eine große Revolution: und heute nennt sich das Ganze Breschnew. Und in Italien KPI.
Und weshalb stehen wir außerhalb der KPI? Sagen wir, kurz und knapp, aus zwei Gründen: 1) wegen des Widerspruchs zwischen dem, was sie sagt, und dem, was sie macht; zwischen der noch verbal gepredigten „Revolution" und der faktisch betriebenen Politik der Integration in Italien und des Kräftegleichgewichts in der Welt; 2) weil in einem gesellschaftlichen Produktionszusammenhang, dessen Grundwiderspruch nicht mehr der zwischen den juristisch im Besitz der Produktionsmittel Befindlichen und den Produzenten ist, sondern ein Widerspruch zwischen denen, die über die Bedingungen der Produktion bestimmen, und denen, die produzieren, oder man könnte geradezu sagen, zwischen denen, die verfügen und denen, über die verfügt wird, — weil in dieser Situation eine Partei wie die KPI selbst eher ein Moment des Widerspruchs ist, als ein angemessenes Instrument, ihn zu überwinden. Eine Partei wie diese genügt uns nicht, eine Partei, die die Uhr um ein Dutzend Jahre zurückstellt, um dann die damalige KPI nachzuäffen; oder auch einfach eine Organisation, die die Arbeitsteilung zwischen denen, die die Politik machen, und denen, die Flugblätter verteilen, wiederholt, und nicht einmal die ideologische Festigkeit der alten Partei besitzt.
Die Analyse der Produktionsverhältnisse und der Gesellschaft, von der die KPI, aber auch viele andere, ausgehen, genügt uns nicht. Wir meinen, daß es heute keine Analyse der kapitalistischen Welt, der „sozialistischen" Länder und des Imperialismus gibt, die der vergleichbar wäre, über die die Bolschewiki verfügten. Vielleicht sehen wir auch heute die Grenzen der damaligen Theorie für die damaligen Verhältnisse besser; aber ganz gewiß sehen wir die Grenzen der damaligen Theorie für die heutigen Verhältnisse. Man kann nicht die Hinfälligkeit aller oder fast aller Gesetze zugeben, die zum objektiven Zusammenbruch des Kapitalismus führen sollten und sich zugleich weiter so verhalten, als seien sie noch zutreffend. Man kann nicht so tun, als wisse man nichts von der Soziologie der politischen Partei und der Organisation im allgemeinen; schließlich funktionieren alle großen Unternehmen mit Hilfe des „demokratischen Zentralismus". Man kann auch nicht so tun, als ob die Identifikation der Arbeiterklasse mit der einzigen revolutionären Klasse noch gültig wäre. Diesen Punkt halten wohl nur noch wenige rigide aufrecht: zumindest werden die Bauern mit eingeschlossen, was jedoch mittlerweile in Italien wenig bedeutet (außer in Bezug auf die Herkunft der Emigranten), und, in geringerem Maße, die Techniker. Aber wir sind kaum weiter als blinde Hühner, wenn es darum geht, die großen Probleme in Angriff zu nehmen: die Ausbildung (die das nicht zu vernachlässigende Problem des neuen Menschen oder des neuen Revolutionärs beinhaltet); die Arbeitsteilung (es ist leicht zu sagen, was daran falsch ist, oder nachzuweisen, daß diese Art der Arbeitsteilung nicht absolut ist; es ist sehr viel schwieriger ein Programm zu entwerfen, eine Anleitung, um im Sinne einer Veränderung zu

handeln, ohne zum Holzpflug zurückzukehren); die Wissenschaft (d. h. eine ökonomische und ideologische Macht, der Motor der ganzen Maschine: sagen wir ruhig, *das was vor 50 Jahren die Fabrik war*. Und solange wir in diesem Bereich noch wie blinde Hühner sind, können wir nicht Revolution machen, auch deshalb nicht, weil wir nicht wissen, was das ist. Wir machen sie auch dann nicht, wenn die Arbeiter der FIAT den Atem hätten, bis zum nächsten Jahr so weiter zu machen, auch wenn wir den Mai wiederholten. Denn wend es sich lohnen soll, den Mai bewußt zu wiederholen, muß man wissen, was man im Juni machen wird. Andernfalls wird man sich in den Armen eines Pompidou wiederfinden.

Was tut man also? Wie geht es vorwärts? Zunächst setzen wir unsere Kämpfe fort: die eigenen vor allem, aber auch die anderen, wenn man in sie verwickelt ist und aus dem einen oder anderen Grund wirklich teilnimmt. Aber ohne blauen Dunst zu verbreiten und die Rolle des kaum aus dem plombierten Waggon gestiegenen Iljitsch zu rezitieren; ohne sich für das Politbüro einer nicht existierenden Partei zu halten oder sich dementsprechend zu organisieren; denen, die die Kämpfe machen, sollen wir, Analysen und keine agitatorischen Beschimpfungen liefern. Und ohne die Kämpfe zu erfinden, wenn es keine gibt und man keine anständige Theorie oder Erfahrung hat, die anzeigt, es müßten Kämpfe stattfinden.

Aber es geht vor allem darum, die *eigenen* Kämpfe zu führen; und diese zumindest völlig zu kontrollieren und zu wissen, warum sie stattfinden. Es ist unwichtig, a priori über die Theorie zu verfügen, die angibt, ob die Kämpfe revolutionär sind oder nicht, integrierbar oder nicht. Es geht darum, wenigstens über den Rahmen zu verfügen, in dem sich das eigene Leben abspielt, und zu wissen, was man darin erreichen will.

Auch sind die Kämpfe der Studenten kein „Resonanzboden" für die Kämpfe der Arbeiter: die Transmissionsriemen haben versagt und die Resonanzböden werden versagen. Außerdem soll niemand des anderen Resonanzboden sein: wenn die studentischen Kämpfe Massenkämpfe sind, wenn es die Kämpfe der arbeitenden Studenten sind und es ihnen gelingt, wirklich etwas an den Ausbildungsmechanismen zu verändern, dann sind sie genau so wichtig wie die Kämpfe der Arbeiter. Aber nicht im Sinne einer sogenannten „Kaderbildung". Wenn man ohne klare Ziele kämpft, mit dem einzigen Zweck, Krach zu machen und „Kader zu bilden", erzeugt man in Wirklichkeit einen neuen Teil der politischen Klasse. Erneute studentische Kämpfe und ihre Funktionalität, auch im Bezug auf die Kämpfe der Arbeiter, können nur aus neuen Kämpfen „in eigener Sache" und aus einem Zusammentreffen von Studenten und Arbeitern resultieren, die sich wie Arbeiter untereinander, aber nicht wie „Politiker" und Arbeiter verständigen müssen. Bei diesen Kämpfen macht man nicht die Revolution, nicht notwendigerweise. Aber man beginnt zu begreifen, was man tun muß, um Revolution zu machen, man beginnt die fehlende Theorie zu entwickeln. Indem man zugleich kämpft und studiert. Wie auch der Vorsitzende Mao sagt.

Denn Mao lebt schließlich, während Stalin und Lenin tot sind. Sei es in dem Sinne, daß sein theoretisches Werk, das heißt, das seiner Partei und seines Volkes, lebendig ist, daß es wirklich über die rigiden Formeln einer mehr oder weniger fernen Vergangenheit *hinausweist*, sei es, in dem daß er in dem gesellschaftspolitischen, die Produktionsweise verändernden Experiment von 750 Millionen Menschen lebt, die dem Hunger entrinnen und sich gerade anschicken, auf der Ablehnung der unterdrückenden Arbeitsteilung, über die wir so wenig klare Gedanken haben, eine Zivilisation aufzubauen. Als Experiment ist das nicht wenig. Aber es genügt nicht. Denn wir sind nicht in China; die Organisation der Produktion und die gesellschaftliche Organisation sind außerordentlich viel komplexer; die Arbeitsteilung ist in den Maschinen und in den Köpfen der Arbeiter, der Techniker, der Politiker und analphabetischen Bauern.

In gewissem Sinne wäre die Organisation das geringere Problem, wären wir uns über dieses oder ein anderes Programm einig. Daß man weiß, was man will und daß es doch nicht gelingt, sich zu „organisieren", daß heißt, Informationen auszutauschen, die Aufgaben zu verteilen und in Übereinstimmung zu handeln: das kann nur Minderbemittelten passieren. Vielleicht wissen wir nicht, was wir wollen, aber dann ist es höchste Zeit, es zu klären. Dazu ist es nötig, was man macht und denkt ganz deutlich zu sagen und, je nachdem, selbstverständliche oder blasphemische Gedanken, wie diese, zu äußern.

Archiv sozialistischer Literatur 17

Karl Marx
Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses
Das Kapital. I. Buch. Der Produktionsprozess des Kapital. VI. Kapitel

144 Seiten, DM 8,–

Aus dem Nachlass von Marx' Vorarbeiten zum „Kapital" sind bisher nur wenige Teile, im wesentlichen die in der Zeit 1861–63 entstandenen „Theorien über den Mehrwert" bekannt geworden. Über die späteren, bis zur Veröffentlichung des ersten Bandes des „Kapital" 1867 und bis zu seinem Tode entstandenen, umfangreichen Vorarbeiten gibt zwar Engels in seiner Ausgabe des zweiten Bandes des „Kapital" detaillierte Hinweise, der allergrösste Teil des Komplexes liegt jedoch bis heute unzugänglich im Moskauer Marx-Engels-Institut.
Der vorliegende Text gehört zu diesem Komplex. Der Band erschien 1933 im „Marx-Engels-Archiv" in Moskau in einer synchronen deutsch-russischen Ausgabe, die praktisch keine Verbreitung fand.
Bisher unbestritten geblieben ist die Annahme von A. Leontjev, des seinerzeit vom Marx-Engels-Institut beauftragten Herausgebers, „dass das Manuskript nichts anderes ist, als der erhalten gebliebene Teil des ursprünglichen Konzeptes zum ersten Band des „Kapital", das von Marx zwischen 1863 und 1865 geschrieben worden war."
Der Band enthält eine Zusammenfassung der Theorien über den Mehrwert, eine Charakterisierung der Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Marxens letzte Untersuchungen über das Problem der produktiven und unproduktiven Arbeit.

Verlag Neue Kritik KG, 6000 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5

Archiv sozialistischer Literatur

1 **Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals** 446/120/VII, DM 28,–
2 **Leo Trotzki, Die permanente Revolution** 168/XIII Seiten, DM 18,–
3 **Eugen Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus** 202/X Seiten, DM 19,–
5 **A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle, Das rote Gewerkschaftsbuch** 190/XX Seiten, DM 19,–
6 **Leo Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven** 136 Seiten, DM 15,–
7 **F. Bieligk, E. Eckstein, O. Jennsen, K. Laumann, H. Wagner, Die Organisation im Klassenkampf** 45/190 Seiten, DM 18,50
8 **Henryk Grossmann, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems** 628/XXIII Seiten, DM 36,–
9 **Franz Jakubowski, Der ideologische Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung** 120/XII Seiten, DM 15,–
10 **Susanne Leonhard, Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges** 120/IXX Seiten, DM 15,–
11 **A. Pannekoek, H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution** ca. 240 Seiten, ca. DM 22,–
12 **Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen** 461 Seiten, DM 25,–
13 **Nikolai Bucharin, Imperialismus und Weltwirtschaft** 138 Seiten, ca. DM 18,–
14 **N. Bucharin, E. Preobraschensky, Das ABC des Kommunismus** 376 Seiten, ca. DM 23,–
15 **Paul Mattick, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA** ca. 160 Seiten, ca. DM 16,–
16 **Angelica Balabanoff, Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919** ca. 168 Seiten, ca. DM 16,–

Verlag Neue Kritik KG, 6000 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 282564

trikont-Verlag
8 München 80, Josephsburgstr. 16

Conrad Schuhler
Zur politischen Ökonomie der armen Welt
Soziale Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in den sogenannten Entwicklungsländern
180 Seiten, DM 9,80

Aufgrund einer detaillierten Analyse ihrer historischen Prägung und der speziellen „Modernisierungstheorien" verwirft der Autor die Konzepte der bürgerlichen Soziologie als apologetisch und dem Problem – der sozioökonomischen Entwicklung der armen Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas – unangemessen. Die Diskussion der sowjetischen und der chinesischen Theorie des internationalen Klassenkampfes ergibt die theoretische Überlegenheit des chinesischen Ansatzes, der jedoch näher auf die empirischen Bedingungen der Armen Welt konkretisiert werden muß. Das Problem der „Unterentwicklung" ist nicht das Problem des Kapitalmangels noch das Problem fehlender Unternehmertalente noch das Problem der Übervölkerung: Es ist das Problem der Ausbeutung der menschlichen und physischen Ressourcen der armen Gesellschaften durch inländische und imperialistische Machtgruppen.

C. Bettelheim, H. Marchisio, J. Charriere
Der Aufbau des Sozialismus in China
Paperback, 174 Seiten, DM 9,80

Das wissenschaftliche Werk zur wirtschaftlichen Struktur des Neuen China hat vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution seinen Abschluß gefunden. Es handelt sich aber wahrscheinlich um die einzige größere Abhandlung in deutscher Sprache, die die sozioökonomischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen der kulturellen Umwälzungen in China behandelt. Kulturrevolution ist Grundbedingung zur Lösung der Administrations- und Wachstumsprobleme in der Kommune. Das gemeinsam erwirtschaftete Sozialprodukt jeder Kommune wird durch die Diskussion der Mitglieder zur Verteilung gebracht, die Streuung der Investitionsanteile unterliegt im wesentlichen der Selbstbestimmung, das ökonomische Gefälle zwischen den verschiedenen Kommunen fodert gegenseitige Unterstützung. Das Buch erhält seine Aktualität weil die Analyse des Verhältnisses von zentraler Planung und dezentralisierten Entscheidungszentren als Gegenmodell zu den Neuen Ökonomischen Systemen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien herausarbeitet. Die sozioökonomische Struktur Chinas hat wahrscheinlich nicht nur exemplarischen Charakter für den Aufbau des Sozialismus in den unterentwickelten Ländern, sondern zeigt auch Ansätze zur sozialistischen Reproduktion in den hochindustrialisierten Nationen.

Sozialistische POLITIK

Organ kritischer Sozialwissenschaft

Aus SoPo 1/69 (April) und 2/69 (Juni)

Aufsätze

Elmar Altvater
Die Krise der europäischen Währungen

Helmut Reichelt
Anmerkungen zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretation bei Werner Hofmann

Ossip K. Flechtheim
Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik

Ulf Kadritzke
Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung

Eric Hobsbawm
Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung

Bernd Rabehl
Rätedemokratie in der industrialisierten Gesellschaft

Wolfgang Müller
Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie

H.C.F. Mansilla
Bolivien, Debray und revolutionäre Strategie

Berichte und Kurzanalysen

Wolfgang Schöller
Tupamaro in Uruguay – Guerilla im Apparat

Pete Gibbon/Frank Unger
Nordirland – ‚Dritte Welt' in der Metropole

Bassam Tibi
Fanons Gewalttheorie und Hegel–Rezeption

Dokumentation

Sozialistische Organisation Israels
Das Palästina–Problem

Diskussion

Johannes Agnoli
Zur Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik

SoPo 3/69 (Okt.) enthält u. a.:

Sebastian Herkommer	**Technische Intelligenz im Spätkapitalismus**
Hubertus Hüppauff	**Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz**
Peter Hess	**Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht**
Bernhard Blanke	**Thesen zur Faschismus-Diskussion**
Frank Unger	**New Left in Großbritannien**
Palästina-Komitee (Westberlin)	**Zur Lage im Nahen Osten**

Redaktion und Vertrieb
1 Berlin 33, Ihnestr. 21
Tel. 76 90 23 41

Jährlich erscheinen vier Hefte. Einzelheft DM 3,–. Jahresabonnement incl. Porto DM 12,– (für Studenten gegen Studienbescheinigung DM 8,–).